

PROTOKOLL

Begrüßung

Voswinkel

In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Körber-Stiftung begrüße ich Sie zum 109. Bergedorfer Gesprächskreis stellvertretend für Bundespräsident a. D. von Weizsäcker, der erst heute nachmittag in Istanbul eintreffen wird.

Nur eine kurze Bemerkung zum Bergedorfer Gesprächskreis; viele von Ihnen nehmen ja zum ersten Mal daran teil. Träger dieses Forums ist die politisch und wirtschaftlich unabhängige Körber-Stiftung, die 1959 von dem Unternehmer Kurt A. Körber in Hamburg gegründet wurde, der er testamentarisch - er ist im Jahre 1992 verstorben - sein gesamtes Vermögen einschließlich des Maschinenbaukonzerns, die Körber AG, übertragen hat. Die Körber-Stiftung ist auf verschiedenen Gebieten gemeinnützig tätig, insbesondere auch mit mehreren Projekten, die die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei betreffen.

Mit dem Gesprächskreis verfolgt die Körber-Stiftung keine eigenen politischen Ziele. Vielmehr stellen wir nur den Tisch zur Verfügung und bringen Menschen aus unterschiedlichen politischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, publizistischen Bereichen zusammen in der Absicht, durch das offene Gespräch zur Lösung von Problemen und Konflikten und zum friedlichen Zusammenleben der Völker beizutragen.

Es ist das erste Mal in seiner über 35jährigen Geschichte, daß der Bergedorfer Gesprächskreis in der Türkei tagt. Mit der Wahl des Ortes und des Themas tragen wir einem wichtigen Element des Wandels der europäischen und der internationalen politischen Entwicklung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Rechnung. Der Wegfall der Systemgrenze hat nicht nur für Deutschland und seine unmittelbaren Nachbarn die Welt und ihre künftigen Perspektiven grundlegend geändert.

Wer Istanbul in den letzten fünf Jahren etwas genauer beobachtet hat, wird feststellen, daß die Dynamik dieser Stadt einen neuen Schub erfahren hat. Sie ist dabei, wieder zu dem Kreuzungspunkt der Region zu werden, den sie viele Jahrhunderte darstellte. Wir können heute wohl wieder mit vollem Recht von der Metropole am Bosphorus sprechen.

In dieser Entwicklung spiegelt sich auch der Wandel der internationalen Rolle der Türkei. Das frühere südöstliche Bollwerk der NATO ist auf dem Weg, seinen Platz in einem weiteren regionalen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang zu bestimmen, ohne dabei auf seine etablierten internationalen Beziehungen verzichten zu wollen. In diesem Sinne ist es sicher nicht nur glücklicher Zufall, daß der Gesprächskreis nach seinen Treffen in Jerusalem und Moskau sich jetzt in der Türkei versammelt.

Eine Institution, die ihre Aufgabe nicht zuletzt in der kritischen Reflexion und intellektuellen Begleitung des vielgestaltigen europäischen Entwicklungsprozesses sieht, kommt gerade unter den heutigen Bedingungen nicht umhin, dabei über den engeren europäischen Tellerrand hinauszuschauen. Die Türkei gerät dann in das Blickfeld als ein Land, in dem sich zahlreiche internationale Entwicklungslinien treffen, die für die Zukunft Europas auf je unterschiedliche Weise von grundlegender Bedeutung sind. Die Rolle, die die Türkei in diesem Zusammenhang spielt, läßt sie zu einem bedeutenden Faktor der europäischen Entwicklung werden. Das gilt unabhängig von der nicht immer problemlosen Beziehung mit der Europäischen Union. Diese erhält durch die internationale Position der Türkei ebenfalls eine Reihe neuer Facetten, die bei der Entscheidung über die Gestaltung der zukünftigen Rolle der Türkei in und für Europa zu berücksichtigen sind.

Ich danke Ihnen, lieber Herr Gasteyer, als altbewährten Freund des Bergedorfer Gesprächskreises, daß Sie sich bereit erklärt haben, die Diskussionsleitung zu übernehmen.

Gasteyger

Die Schwierigkeit dieser Aufgabe ist mir wohl bewußt. Um so nachdrücklicher möchte ich mich für das mir damit ausgedrückte Vertrauen bedanken.

Als Schweizer sehe ich mich am ehesten in der Rolle eines Hoteliers, der in erster Linie für einen möglichst störungsfreien Ablauf der Veranstaltung und für das Wohlbefinden der Teilnehmer verantwortlich ist. Als Leitmotiv für diese Tagung könnte uns vielleicht der Titel des sehr eindrucksvollen Filmes über die Türkei "Let there be light" dienen. Denn er mahnt uns an die verschiedenen Aspekte und Konfrontationen, denen wir uns in diesem Land und damit auch auf dieser Tagung gegenübersehen.

Was die Türkei für Europa, für die atlantische Gemeinschaft und ihre vielfältigen Verknüpfungen mit der Welt bedeutet, ist Gegenstand europäischer Politik und europäischen Nachdenkens unter anderem darüber, wo Europas Grenzen liegen. Das war übrigens das Thema eines Bergedorfer Gesprächskreises in Warschau vor zwei Jahren: Wie weit soll und muß sich Europa nach Nordosten und eben auch nach Südosten öffnen?

Die Türkei ist in vielem eine Welt für sich. Anlässlich des von Herrn Voswinckel erwähnten Gesprächs in Jerusalem über den Nahen Osten begann Herr Stürmer seinen Vorsitz mit dem Satz: "So viel Geschichte und so wenig Geographie." Für die Türkei trifft das erste sicher ebenfalls zu: "So viel Geschichte." Dem bliebe aber hinzuzufügen: "So viel Geographie." Oder, wie es in der "International Herald Tribune" so treffend formuliert wurde: Die türkische Außenpolitik ist ein Alptraum von 360 Grad. Das ist Vorteil und Nachteil zugleich. Es ist ein Vorteil, weil die Türkei aus ihrer unendlich reichen Geschichte, ihrer kulturellen Ausstrahlung und ihrer politischen Eigenständigkeit aus osmanischer und kemalistischer Identität schöpfen kann. Von Nachteil ist sicher, daß die Türkei eben aufgrund dieser vielschichtigen Ausstrahlung und Identität bei den Nichttürken häufig wenig Verständnis findet. Es gelingt uns mit anderen Worten nicht immer, die Türkei so zu verstehen, wie sie es erwartet und wie sie es wohl auch verdient. Vielleicht geben wir uns nicht immer die hierfür nötige Mühe.

Insofern hoffe ich auf einen auch selbstkritischen und fruchtbaren Dialog. Bei ihm sollte es weniger um das Gegeneinander unterschiedlicher Standpunkte gehen, also die Türken auf der einen, alle übrigen Teilnehmer auf der anderen Seite. Dem steht allein schon entgegen, daß es, Gott sei Dank, in unseren Demokratien keine vereinte Türkeifront gibt. Wer heute nach Ankara blickt, findet auch in der türkischen Demokratie auf sehr eindrucksvolle, mitunter Besorgnis erregende Weise bestätigt, daß hier über zentrale Themen der Politik sehr unterschiedliche Positionen vertreten werden. Sie mögen den inneren Zustand des Landes ebenso betreffen wie die Frage nach seinem künftigen Platz in Europa, im Mittleren und Nahen Osten - oder die Rolle in den benachbarten Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, wo nicht in der Welt überhaupt. Ich bin also sicher, daß wir uns auf eine ebenso lebhaft wie fruchtbare Debatte freuen können.

Nun darf ich unsere drei Referenten herzlich begrüßen, die uns mit kurzen Statements in die Debatte einführen werden. Wir beginnen mit dem früheren Außenminister und Botschafter der Türkei, Herrn Ilter Turkmen, der uns seine Sicht der Innen- und Außenpolitik der Türkei vorstellen wird. Anschließend spricht Herr Morton Abramowitz, früher Botschafter der Vereinigten Staaten in der Türkei und heute Präsident des "Carnegie Endowment for International Peace" in Washington. Den Eingangsreigen beschließt Herr Hans Ulrich Klose, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der sich seit längerem intensiv mit der Türkei beschäftigt.

Türkmen

Ich halte es für eine sehr gute Idee, dass der Bergedorfer Gesprächskreis eine Konferenz über türkische Geopolitik an einem Ort durchführt, von dem aus man über den Bosphorus blickt, dem geographischen und historischen Symbol der schwierigen und faszinierenden Geopolitik der Türkei.

Die grundlegenden Veränderungen im globalen und regionalen Machtgleichgewicht, die neuen politischen Orientierungen in Europa, das Entstehen neuer Staaten in Eurasien, der Rückgang der politischen und militärischen Macht Rußlands sowie die Entwicklung im Nahen Osten seit dem Golfkrieg haben sich erheblich auf das geopolitische Umfeld der Türkei ausgewirkt. Abgesehen von den ehemaligen Ländern des Warschauer Pakts stellt sich jedoch die Frage, wie viele dieser Veränderungen auf mittlere und längere Sicht Bestand haben werden. Wie sich die Dinge gegenwärtig darstellen, hat die neue internationale Konstellation die Rolle der Türkei auf dem Balkan, am Schwarzen Meer, im Kaukasus, in Mittelasien und im Nahen Osten beeinflusst.

Diese weitreichenden Entwicklungen haben zu einer Zeit stattgefunden, als die Türkei sich nicht nur mit einer umfassenden terroristischen Bedrohung auseinandersetzen mußte, sondern auch während einer längeren Phase mit einer instabilen und ineffektiven Regierung zu tun hatte, begleitet von einer Pattsituation im Parlament und in der Politik sowie einer Spaltung der Gesellschaft im politischen und sozialen Bereich. Dies hat die Fähigkeit der Türkei eingeschränkt, eine konsistente Politik und ein langfristiges strategisches Konzept zu entwickeln. Während dieser gesamten Periode hat die türkische Politik lediglich auf Ereignisse und Entwicklungen reagiert, wobei manche Reaktionen zweifellos klug und angemessen, andere jedoch schlecht beraten, widersprüchlich und kontraproduktiv waren.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat auf der einen Seite die strategische und politische Überlegenheit des Westens erhöht, auf der anderen Seite aber neue Spannungsgebiete entstehen lassen, vornehmlich auf dem Balkan und im Kaukasus. Da der Nahe Osten ohnehin von jeher ein explosiver Bereich ist, sieht sich die Türkei einer Situation gegenüber, daß sie im Westen, im Osten und im Süden an Gebiete grenzt, die durch Instabilität und fortdauernde oder potentielle Konflikte gekennzeichnet sind.

Die Zeit nach dem kalten Krieg verlangt keinen substantiellen Wandel in der Grundorientierung der türkischen Außenpolitik insbesondere im Hinblick auf Europa. Der neue Faktor in Europa ist die Beschleunigung der Einheits- und Integrationsbewegungen, die auch die osteuropäischen Länder umfassen werden und im Ergebnis zu einer Erweiterung der Europäischen Union führen. Was die Türkei angeht, so wird sie ohne Frage an ihrer grundlegenden Zielsetzung festhalten, ebenfalls Vollmitglied der Europäischen Union zu werden. Die Westorientierung der Türkei begann schließlich schon vor der Zeit der Republik. Die Politik des Osmanischen Reiches während des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts war ebenfalls nach Westen ausgerichtet. Das Osmanische Reich war eine europäische Macht und Mitglied im Konzert der europäischen Mächte. Es wäre eine Ironie der Geschichte, wenn die Türkei jetzt außerhalb Europas bliebe - und Europa bedeutet heutzutage die Europäische Union.

Die wirtschaftlichen, politischen und die Sicherheitsbeziehungen der Türkei mit Europa sind weitaus stärker als die Beziehungen zu anderen Regionen und Ländern. Das gegenwärtige und künftige Engagement der Türkei im Nahen Osten, im Kaukasus und in Mittelasien ist keineswegs unvereinbar mit der Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Es ist ein Widerspruch in sich, von Alternativen für die Türkei zu sprechen, die es nicht gibt.

Ohne Zweifel könnte die Türkei mit ihrer derzeitigen Wirtschafts- und Steuerpolitik sofort der Europäischen Union beitreten. Aber darum geht es nicht. Die politischen Einwände, die gegen den Beitritt der Türkei erhoben werden, sind eher Vorwände als wirkliche Gründe. Worin bestehen diese Einwände? Das Zypernproblem? Die Gibraltarfrage war auch nicht gelöst, als Spanien beitrug, und das Irlandproblem hinderte Großbritannien nicht daran, der Europäischen Union beizutreten. Das Zypernproblem bestand ebenfalls bereits, als Griechenland aufgenommen wurde. Zweifellos würde ein klares Signal, daß die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird, eine neue Atmosphäre schaffen und der Lösung des Zypernproblems förderlich sein.

Ein weiterer Einwand betrifft die Politik gegenüber den kurdischen Terroristen. Die Bekämpfung des baskischen Terrorismus war kein Hindernis für Spaniens EU-Beitritt. Im Gegenteil, dadurch konnte die terroristische Bewegung erheblich eingeschränkt werden. Welches europäische Land, könnte man fragen, würde denn eine bewaffnete Bewegung dulden, die seine territoriale Integrität bedroht?

Ein dritter Einwand: die Menschenrechte. Auf diesem Gebiet bleibt in der Tat noch viel zu tun, auch wenn schon sehr viel getan worden ist. Insbesondere hat die Türkei die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zu Menschenrechtsfragen und das individuelle Beschwerderecht verbindlich anerkannt. Damit ist deutlich, daß der demokratische Prozeß in der Türkei trotz zeitweiliger Schwierigkeiten und Probleme unumkehrbar ist. Die Zivilgesellschaft gewinnt zunehmend an Einfluß und fragt bei Menschenrechtsproblemen ebenso kritisch nach wie die EU.

Ist die türkische Bevölkerung ein Hinderungsgrund, weil sich türkische Arbeitskräfte dann frei in der Europäischen Union bewegen könnten? Dabei sollte man nicht vergessen, daß das, was heute als ein Problem betrachtet wird, in Zukunft ein Vorteil sein könnte; denn Kapitalinvestitionen vor Ort könnten die Migration der Menschen erheblich einschränken. Auf der anderen Seite zeigt sich, daß die Geburtenrate in der Türkei schnell abnimmt und bereits zu einem Rückgang des Bevölkerungswachstums geführt hat.

Schließlich: Sind Religion und Kultur die eigentlichen Hindernisse? Die Türkei ist ein säkularer Staat und wird dies trotz aller Anfechtungen ganz sicher bleiben. Warum sollten überdies Christentum und Islam heute immer noch als zwei feindliche Religionen und Kulturen angesehen werden? Der Beitritt

der Türkei zur EU wird Europa in die Lage versetzen, eine umfassende kulturelle Synthese zu erreichen und damit ein weniger exklusives Selbstbild nach außen zu projizieren.

Damit komme ich zu den anderen Regionen. Die Türkei kann nicht umhin, am Balkan nachhaltig interessiert zu sein. Die Stabilität dieser Region betrifft die Türkei direkt. Überdies gibt es in praktisch allen Balkanländern beträchtliche türkische Minderheiten ebenso, wie die Türkei zu den dortigen Völkern starke historische und kulturelle Bande hat. Millionen von türkischen Bürgern kommen ursprünglich vom Balkan und verleihen dem sehr deutlich Ausdruck. Die Politik gegenüber den Problemen auf dem Balkan ist deshalb eine delikate Angelegenheit. Die Türkei sollte sich also bemühen, eine Politik zu verfolgen, die keine Seite als gegen sie gerichtet empfindet. Von daher ist es zweifellos richtig, daß sich die Türkei an den multilateralen friedenserhaltenden Maßnahmen beteiligt.

Eine neue und entscheidende Dimension der türkischen Außenpolitik stellen der Kaukasus und Mittelasien dar. Die Länder Mittelasiens waren niemals Teil des Osmanischen Reiches, doch Beziehungen in diesen Raum reichen weit zurück in der Geschichte. Geschichte, Sprache und Kultur, einschließlich der islamischen Kultur, bilden starke Bande zwischen der Türkei und den meisten Ländern dieser Region. Mehr als 60 Millionen Menschen dort sprechen verschiedene Dialekte des Türkischen. Einige von ihnen haben das kyrillische Alphabet aufgegeben, das ihnen vom Sowjetsystem aufgezwungen war, und statt dessen das lateinische Alphabet übernommen. Dies dürfte die weitere Zusammenarbeit auf den Gebieten Bildung und Kultur zwischen der Türkei und diesen Ländern erleichtern. Die Türkei bietet ihnen außerdem Zugang zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer für den Export ihrer reichen Gas- und Ölvorkommen. Mit ihrem laizistischen Verfassungssystem ist die Türkei ein gutes Beispiel für diese Staaten, in denen der Fundamentalismus keine Tradition hat und die folglich nicht davon betroffen sind.

Während der gesamten Geschichte der Türkei der späten osmanischen Zeit und auch danach gab es romantische Strömungen des Pan-Türkismus und Pan-Turanismus; aber diese Tendenzen sind von Kemal Atatürk nie unterstützt worden. Die von Atatürk gezogene Linie sollte auch weiterhin respektiert werden, und in der Tat ist die Politik der gegenwärtigen Regierung nicht auf die vermessene Idee gegründet, alle türkischsprechenden Völker unter der Führung der Türkei zu vereinen. Auf jeden Fall sind die mittelasiatischen Staaten sehr empfindlich in dieser Frage, und eher beiläufige Äußerungen in der Türkei, die als ein Wiederaufleben pan-turanistischer Träume gedeutet werden konnten, sind nach hinten losgegangen. Versuche von nichtoffizieller Seite, sich in die inneren Angelegenheiten einiger dieser Länder einzumischen, wurden von den betroffenen Ländern scharf zurückgewiesen.

Was die Türkei legitimerweise mit jenen Ländern versuchen kann, ist der Aufbau einer Partnerschaft auf gleichberechtigter Basis, die auf einer stärker integrierenden Struktur beruht, und zwar mit jedem Land einzeln oder gemeinschaftlich, wenn das gewollt wird. Auf bilateraler Ebene hat die Türkei an diese Länder Kreditbürgschaften in Höhe von insgesamt 1,5 Milliarden US-Dollar vergeben. Das Handelsvolumen zwischen ihnen und der Türkei ist ebenfalls schnell angestiegen und beträgt jetzt über 600 Millionen US-Dollar. Türkische Baugesellschaften haben Projekte im Wert von insgesamt 5 Milliarden US-Dollar übernommen. Hinzu kommt ein beträchtliches Engagement der Türkei auf dem Bildungssektor im Kaukasus und in Mittelasien. Es sind 8000 Stipendien für das Studium an türkischen Universitäten vergeben worden, und türkische Stiftungen haben mehr als 100 Schulen eröffnet, die von 20.000 Studenten besucht werden.

Die Türkei setzt sich auch dafür ein, daß die Europäische Union und die NATO sich diesen Ländern verstärkt zuwenden. Sie sind Mitglieder des Atlantischen Kooperationsrates und der Partnerschaft für den Frieden geworden. Durch die Erweiterung der NATO nach Osteuropa könnten sich die mittelasiatischen Länder verunsichert fühlen. Sie befürchten, daß Rußland diese Erweiterung ausnutzen könnte, um seine Herrschaft oder seinen beherrschenden Einfluß über die asiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken auszuweiten. Wenn in Zukunft auch die exsowjetischen Republiken westlich der russischen Grenze in die NATO aufgenommen werden, könnten sie sich sogar noch verwundbarer fühlen. Gegenwärtig besitzen sie keinerlei Sicherheitsgarantien. Und Rußland ist nicht ihre einzige Sorge. Sie sind auch über China besorgt, mit dem sie lange gemeinsame Grenzen haben. Sie fühlen sich auch verwundbar aufgrund der Entwicklungen in Afghanistan und der Politik des Iran.

Eine der Initiativen der Türkei in der neuen geopolitischen Konstellation war die Entwicklung einer wirtschaftlichen Kooperation der Schwarzmeerländer mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Beziehungen auszuweiten, gemeinsame technische und wissenschaftliche Projekte zu entwickeln, Umweltverschmutzung zu überwachen und zu kontrollieren sowie Tourismus und Kulturaustausch zu fördern. Diese Initiative ist nicht ohne eine gewisse Logik. Die Mitgliedsstaaten bilden eine Region von 330 Millionen Menschen in einem riesigen Gebiet, das über reiche Rohstoffvorkommen verfügt.

Obwohl sich die Schwarzmeerkooperation für die Mitgliedsländer als ein nützliches Forum erwiesen hat, ist es jedoch bisher nicht gelungen, eine funktionsfähige Zusammenarbeit zu etablieren.

Wenn wir den Nahen Osten in den neuen geopolitischen Zusammenhang der Türkei einbeziehen, müssen wir uns auch mit dem Iran und Afghanistan befassen. Die Entwicklungen im Iran haben natürlich eine unmittelbare Wirkung auf die Türkei, doch sowohl der Iran als auch Afghanistan sind in der Lage, auf die Ereignisse und Entwicklungen in Mittelasien und im Kaukasus Einfluß zu nehmen.

Um zuerst auf Afghanistan einzugehen. Dieses Land ist der Zankapfel zwischen zwei Supermächten gewesen und ist jetzt vor allem der Zankapfel zwischen regionalen Mächten. In Afghanistan selbst setzen sich die Volksgruppen, die gemeinsam den Fundamentalisten entgegentreten, aus Usbeken, Turkmenen und Kirgisen zusammen, die ungefähr 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Pakistan, das die Taliban stark unterstützt und jetzt anscheinend die Kontrolle über sie verloren hat, wünscht sich in Afghanistan eine Regierung, die, wenn sie schon nicht untätig ist, so doch zumindest freundschaftlich gesinnt sein sollte, um sicherzustellen, daß das Erdgas aus Mittelasien durch Afghanistan nach Pakistan geleitet wird. Einige internationale Konzerne unterstützen vermutlich dieses Bestreben.

Der Iran auf der anderen Seite würde das Erdgas gern über sein Gebiet führen. Er hofft deshalb auf eine ihm freundlich gesinnte Regierung in Kabul oder, wenn das nicht möglich ist, auf eine Fortsetzung der derzeitigen chaotischen Lage. In Mittelasien und dem Kaukasus ist der Iran bemüht, sich selbst als Mittler darzustellen, der diesen Ländern den Zugang zu den globalen Märkten eröffnet. Der Iran versucht zur Zeit, Infrastrukturprobleme im Bereich von Energie und Transport in Angriff zu nehmen, um seine zentrale Stellung zu stärken. Er hat zudem den Ehrgeiz, nachhaltig am Ausbau der Erdöl- und Erdgasvorkommen teilzuhaben, die kürzlich im Kaspischen Meer entdeckt wurden. Dieses Vorhaben ist von Aserbaidschan vereitelt worden; denn wegen der großen aserbaidschanischen Minderheit im Iran betrachtet Aserbaidschan den Iran mit äußerstem Argwohn - um es vorsichtig auszudrücken.

Der Iran hat in den letzten Jahren weiterhin versucht, seine politischen und sozio-ökonomischen Beziehungen mit Armenien auszubauen, um Armenien von sich abhängig zu machen. In diesem Zusammenhang plant der Iran den Bau von Fernstraßen, die Armenien in die Lage versetzen, durch den Iran die internationalen Märkte zu erreichen.

Doch abgesehen von seiner Bedeutung für Mittelasien und den Kaukasus ist der Iran ein wichtiger Akteur auch im Nahen Osten. Er ist strikt gegen den Friedensprozeß und übt seinen Einfluß durch die Hisbollah und andere fundamentalistische Gruppierungen aus. Seine Rivalität zum Irak und zu den Golfstaaten wird weiterbestehen.

Was die Türkei angeht, sollte man sich daran erinnern, daß beide Länder trotz einer immer vorhandenen Rivalität seit Jahrhunderten stabile Beziehungen und in manchen Zeiten aktiv zusammengearbeitet und geradezu eine Freundschaft entwickelt haben. Seit der Errichtung des fundamentalistischen Regimes im Iran haben die Mißverständnisse und Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zugenommen; dies um so mehr, als der starke Verdacht besteht, daß der Iran kurdische Terroristen unterstützt, indem er ihnen Asyl gewährt und Handlungsfreiheit bei ihren Operationen gegen die Türkei einräumt.

Natürlich ist der Iran auch von Unabhängigkeitsbewegungen unter seinen eigenen Kurden betroffen. Doch ist das ein altes Spiel, besonders zwischen dem Iran und dem Irak. Man unterstützt die separatistischen Kurden des anderen Landes, aber unterdrückt sie zu Hause. Trotz aller Rivalitäten, verschiedenen Ambitionen und unterschiedlichen politischen Regimes haben die Türkei und der Iran keine andere Wahl, als einen Modus vivendi zu finden, der Kooperation wie auch Konkurrenz zwischen ihnen möglich macht. Persönlich bin ich der Meinung, daß wir in der Türkei sehr vorsichtig sein sollten, unsere Divergenzen mit dem Iran nicht zu verschärfen.

Im Nahen und Mittleren Osten ist die Situation nicht gerade günstig, um einfache Lösungen zu erreichen. Was den Friedensprozeß betrifft, so scheint sein zentrales Element, das heißt der Friede zwischen Israel und Syrien, für lange Zeit blockiert. Präsident Assad ist wohl bis jetzt nicht zu dem Schluß gekommen, daß er bei einem Friedensschluß mit Israel mehr gewinnen als verlieren würde. Er ist wahrscheinlich nicht bereit, den Libanon aufzugeben, wo sich die gegenwärtige Situation für Syrien nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich sehr günstig darstellt. Dann muß er natürlich auch bedenken, daß die Bedeutung Syriens beträchtlich zurückgehen wird, wenn ein Friedensabkommen erst einmal geschlossen ist.

Die israelisch-palästinensische Frage scheint fürs erste auch in einer Sackgasse zu stecken. Man hat noch nicht einmal damit begonnen, die entscheidenden Probleme des künftigen Status von

Jerusalem, der Flüchtlinge und der Grenzen anzugehen. Ein Abkommen zwischen Syrien und Israel ist auch nicht unbedingt im wohlverstandenen Interesse der Palästinenser, denn es könnte dazu führen - nicht zum ersten Mal;- , daß die Palästinenser sich selbst überlassen werden.

Für die Stellung der Türkei im Nahen Osten sind vor allem die Beziehungen mit Syrien, zum Irak und zu Israel von Bedeutung. Mit Syrien hat die Türkei das Problem der offenen und starken Unterstützung der kurdischen Terroristen und die Wasserfrage des Euphrat. Beide Probleme sind eng miteinander verknüpft. Wenn der kurdische Terrorismus in der Türkei in dem Maße eingedämmt wird, daß dies die syrische Unterstützung überflüssig macht, könnte Syrien vielleicht seine Haltung ändern.

Der Irak ist ein Land, mit dem die Türkei traditionell gute und wechselseitig vorteilhafte Beziehungen hatte. Der Golfkrieg hat eine Lage geschaffen, in welcher die Türkei klugerweise eindeutig gegen Saddam Stellung bezogen hat. Die Türkei ist gut beraten, ihre Solidarität mit den Ländern fortzusetzen, die im Golfkrieg Verbündete waren, und an den Beschlüssen des Sicherheitsrates festzuhalten.

Die Situation im Nordirak ist offensichtlich von herausragender Bedeutung für die Türkei. Sie hat sich an der Überwachung der Flugverbotszone beteiligt. Sie ist auch in die Verhandlungen einbezogen, durch die ein Übereinkommen zwischen den rivalisierenden kurdischen Gruppierungen erreicht werden soll. Es liegt dabei im Interesse der Türkei, daß zumindest eine der Gruppierungen der PKK feindlich gegenübertritt, was jetzt der Fall ist. Die derzeitige Lage erlaubt der Türkei, gegen die PKK im Nordirak vorzugehen, doch sollte nicht vergessen werden, daß in der Vergangenheit solche Operationen auch mit Zustimmung Saddam Husseins unternommen wurden. Wenn zukünftig eine Zentralregierung ihre Autorität über den Nordirak wiederherstellt, wird die Türkei damit kein Problem haben.

Im Hinblick auf die Beziehungen zu Israel besteht kein Zweifel, daß die Interessen beider Länder in gewissem Maße übereinstimmen. Der Kampf gegen den Terrorismus ist dafür ebenso ein Beleg wie die allgemeine Sicherheit und das Machtgleichgewicht im Nahen Osten. Gegen die kürzlich begonnene bilaterale militärische Zusammenarbeit dürften keine Einwände bestehen. Sie sollten aber meiner Meinung nach nicht allzu publik gemacht werden. Die Idee einer strategischen Zusammenarbeit zwischen der Türkei, den USA und Israel dagegen erscheint mir verfrüht und für die arabischen Länder zu provokant. Es ist jedenfalls nicht ohne weiteres einsichtig, wie eine solche Zusammenarbeit zu begründen ist, wenn der US-Kongreß gleichzeitig die Lieferung von Fregatten und Hubschraubern, welche die Türkei gekauft hat, verhindern will. Wenn der Friede Wirklichkeit wird, wird die Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern für die Türkei äußerst wichtig. Deshalb sollte die Türkei darauf achten, daß die Beziehungen zu Israel und zu den arabischen Ländern gleichgewichtig entwickelt werden.

Gasteyger

Dies war ein sehr eindrucksvoller Überblick, den uns Herr Türkmen von der außenpolitischen Situation der Türkei vermittelt hat.

Nunmehr sind wir gespannt, wie sich die amerikanische Sicht bei Herrn Abramowitz ausnehmen wird.

Abramowitz

Ich freue mich, an dieser wirklich bedeutsamen Veranstaltung zu einem sehr wichtigen Thema teilzunehmen. Persönlich füge ich hinzu: Als ehemaliger Botschafter ist es für mich immer wieder ein besonderes Vergnügen, in ein Land zurückzukehren, das mich unendlich fasziniert.

Ich bin gebeten worden, die amerikanische Sicht der Rolle der Türkei in dieser Region darzustellen. Wie Herr Türkmen bereits betont hat, gehört die Türkei nicht nur einer, sondern sehr vielen Regionen an. Sie zählt zu den wenigen Ländern in der Welt, die keine Großmacht sind und doch eine Rolle spielen und Einfluß in so vielen Regionen ausüben.

Lassen Sie mich zunächst einige Bemerkungen zur Perspektive machen und dann kurz die Haltung der amerikanischen Regierung zu diesem Thema umreißen. Ich weise der guten Ordnung halber daraufhin, daß ich seit sieben Jahren nicht mehr der US-Regierung angehöre und deshalb hier nur meine eigene Interpretation von dem wiedergeben kann, was die amerikanische Regierung tut. Ich fühle mich deshalb völlig ungebunden.

Die meisten außenpolitischen Fragen sind in den USA - wie vielleicht in allen Demokratien - Sache der Eliten. Das trifft besonders auf die Türkei zu: Das öffentliche Interesse an der Türkei ist - vom Tourismus abgesehen - nur gering. Das letzte Mal, das ich erinnern kann, als die amerikanische

Öffentlichkeit in bezug auf die Türkei umfänglich und positiv reagiert hat, war unmittelbar nach der irakischen Invasion von Kuwait, zu Beginn des Golfkrieges. Herr Özal hat damals die Pipeline zwischen dem Irak und der Türkei stillgelegt und die Nutzung der Luftwaffenstützpunkte für den Luftkrieg gegen den Irak gestattet. Das waren Aktionen, die in der Türkei nicht gerade populär waren, schon gar nicht bei der politischen Opposition. In den amerikanischen Zeitungen steht wenig über die Türkei, obwohl die New York Times endlich ein Büro in der Türkei eröffnet hat. Die Tatsache einer durch die Refah-Partei geführten Koalition hat bei der amerikanischen Presse erheblich mehr Interesse an der Türkei geweckt.

Die amerikanischen Eliten sind in Sachen Türkei gespalten. Griechische und armenische Gruppen spielen dabei natürlich eine wichtige politische Rolle, die ganz bestimmte regionale Interessen vertreten. Von Zeit zu Zeit machen sie die Türkei zur Zielscheibe und setzen ihre Sicht der Dinge mit Erfolg durch, indem sie das Handeln der US-Regierung bei bestimmten Themen entsprechend beeinflussen. Wir haben zum Beispiel wahrscheinlich mehr amerikanische Botschafter pro Quadratmeter, die sich mit der Zypernfrage beschäftigen, als in irgendeiner anderen Region der Welt. Mein Eindruck ist, daß gewisse europäische Länder diesem Beispiel folgen.

Die Türken haben keine solche Lobby; denn es leben nur wenige Türken in den USA. Dieses Mißverhältnis bringt die Menschen in der Türkei immer wieder auf - besonders, wenn es um den Verkauf von Rüstungsgütern geht. Es gibt einflußreiche jüdische Gruppen, die Israel treu ergeben sind und die Türkei als größten Freund und zunehmend wichtigen Verbündeten im Nahen Osten betrachten. Sie fühlen sich durch die neuesten Entwicklungen in den israelisch-türkischen Beziehungen ermutigt und vertreten ihre Ansichten in den USA.

Des weiteren gibt es Menschenrechtsgruppierungen, die lediglich die internen Ereignisse in der Türkei im Blick haben und ihre weltweite außenpolitische Rolle nicht beachten. Für sie ist die Türkei ein Land, in dem die Polizei systematisch foltert, unrechtmäßig getötet wird und die kurdische Bevölkerung in der Türkei unterdrückt wird. Sie kritisieren zunehmend die von ihnen als "rhetorisch" bezeichnete Haltung der US-Regierung gegenüber Menschenrechtsfragen in der Türkei in gleichem Maße wie in China. Sie erheben Einspruch, daß die Regierung die türkische Position teilt, das Kurdenproblem sei gleichbedeutend mit der PKK. Menschenrechtsgruppen verbinden sich regelmäßig mit griechischen und armenischen Lobbyisten, wenn es darum geht, den Verkauf von Rüstungsgütern an die Türkei zu verhindern.

Dann gibt es die Rüstungsindustrien, für die zwischen ihren Verkaufsinteressen und den Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten in der Türkei weitgehende Übereinstimmung besteht. Sie geben der Türkei vermutlich die wirksamste politische Unterstützung in den USA, auch wenn sie mit Rüstungsverkäufen bei der US-Regierung nicht immer erfolgreich sind.

Außerdem haben wir noch eine kleine Anzahl Türkeispezialisten außerhalb der US-Regierung, die die Bedeutung der Türkei für die USA betonen, ihr Potential erkennen und zugleich ihre demokratische Entwicklung und die Rolle, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg gespielt hat, hervorheben, aber doch besorgt sind, was die langfristige politische Entwicklung des Landes angeht. Diese Leute haben allerdings nur einen sehr geringen Einfluß. Von einigen wichtigen Ausnahmen abgesehen - wie bei auch innenpolitisch sensiblen Themen, etwa im Falle Zypern;- hat die amerikanische Regierung jedoch weitgehend freie Hand, wie sie die Beziehungen zur Türkei handhabt - insbesondere wenn es kein Geld kostet, obwohl unsere Regierung alljährlich versucht, in einem stets knapper bemessenen Auslandsbudget Mittel für die Türkei zu sichern.

In den letzten acht Jahren habe ich die amerikanische Türkeipolitik intensiv verfolgt, vor allem als Beteiligter und in den letzten sechs Jahren als Beobachter. Besonders im Außen und Verteidigungsministerium gab es auf höchster Ebene immer starke Unterstützung für die Türkei, für ihre Rolle in der NATO und in den meisten Regionen. Das amerikanische Kredo - und ich meine, das entspricht generell der Haltung der US-Regierung - spiegelt das Zitat wider: "Eine stabile, laizistische und zunehmend demokratische Türkei" ist stetes und ernsthaftes außenpolitisches Anliegen der USA. Die amerikanische Regierung versucht, diesem Ansatz in den meisten türkeispezifischen Fragen zu entsprechen - wenn auch nicht immer erfolgreich.

Dies hat zu einigen interessanten taktischen Abgrenzungen zwischen den USA und Europa geführt, zum Beispiel während der ersten umfassen, den Militäraktion der Türkei im Nordirak. Staatssekretär Holbrooke hat dabei damals eine sehr positive Haltung eingenommen, die im scharfen Gegensatz zu den Reaktionen der meisten europäischen Regierungen stand. Was die gegenwärtige, wohl größere Militäraktion angeht, wird diese, soweit ich sehen kann, von der amerikanischen Regierung offensichtlich gebilligt, ohne daß ich weiß, wie die Europäer darauf reagieren.

In der Praxis war es nicht immer ganz leicht, die amerikanisch-türkischen Beziehungen zu -festigen. Unter der Regierung Özal wurde viel von einer strategischen Partnerschaft geredet, aber das bekam schnell rhetorische Züge, die meist rituellen Charakter hatten. Nach dem Golfkrieg waren weder die USA noch die Türkei vorbereitet auf eine engere strategische Kooperation im Nahen Osten - auch wenn dies nach dem Zerfall der Sowjetunion nahegelegen hätte. Beide Länder wollten diese Richtung aus politischen Gründen nicht weiterverfolgen.

Obwohl es in der Türkei immer noch eine Denkschule gibt, die meint, die USA wollen die Türkei zerschlagen, sucht die amerikanische Regierung beständig nach Wegen, um Ankara zu stärken und seine Bemühungen von außen nach Kräften zu unterstützen, auch wenn viele Türken dem nicht zustimmen würden. Dieses Bemühen der USA wird in amerikanischen Medien häufig "Suche nach einer Türkei-Politik" genannt angesichts der Instabilitäten in der türkischen Innenpolitik. In der Tat gibt es wenige wichtige Länder, die hochrangige amerikanische Politiker so häufig zur Verzweiflung bringen wie die Türkei mit ihren innenpolitischen Schwächen. Diese Verzweiflung hat im letzten Jahr mit der Refah-Regierung noch stark zugenommen.

Ein Bekannter von mir saß unlängst bei einem Dinner neben Außenministerin Albright. Auf seine Frage, welche Themen sie im Moment am meisten beschäftigen, nannte sie die NATO-Erweiterung und den entsprechenden Vertragsabschluß. Und was noch? Antwort: die Türkei.

Die Türkei genießt also eine hochrangige außerordentlich positive Wertschätzung. Vor diesem Hintergrund möchte ich kurz auf einige amerikanische Perspektiven im Hinblick auf die Türkei eingehen.

Ich beginne mit dem Nahen Osten. Tatsache ist, daß die Türkei drei außerordentlich schwierige Nachbarstaaten hat - die Amerikaner sprechen von "Parias". Mit zwei dieser Staaten hat die Türkei massive Probleme, die USA mit allen dreien. Deshalb ist für die USA die Türkei als westlich und demokratisch orientiertes Land ein stabilisierender Faktor in der Region, und es wäre eine politische Katastrophe, wenn sich das ändern würde. Ein Hauptinteresse der Türken, das die Amerikaner teilen, ist, die Türkei in die Lage zu versetzen, gegenüber diesen drei Ländern eine starke militärische Präsenz aufrechtzuerhalten.

Bei allen drei Ländern haben die USA und die Türkei unterschiedliche Auffassungen über ihre Politik, die sie jedoch zu begrenzen versuchen. Im Falle Irans gehen die Positionen offensichtlich auseinander, was bei Erbakans ersten Reisen deutlich wurde. Iran ist ein wirtschaftlich wichtiger Nachbar für die Türkei. Dies könnte zu einem schwierigen Problem werden, wenn die Energiegeschäfte der Türkei mit dem Iran mit der amerikanischen Gesetzgebung kollidieren. Bisher haben die USA aber wohl alles getan, um dies zu verhindern.

Beide Länder teilen eine tiefe Abneigung gegen das Assad-Regime, obwohl sie das nie publik gemacht haben. Die Türkei hat ein unmittelbares Interesse daran, Syriens Unterstützung für die PKK zu reduzieren, während die USA ihren Kampf gegen die von Syrien unterstützte PKK vor dem Hintergrund des Friedensprozesses im Nahen Osten eingeschränkt haben.

Was den Irak betrifft, so haben die USA versucht, eng mit der Türkei zusammenzuarbeiten und ihre Meinungsverschiedenheiten hintanzustellen, weil die Nutzung von irakischem Territorium durch die PKK für die Türkei ein großes Problem darstellt. Bedenken bestehen in bezug auf Saddam. Obwohl viele Türken ihn ablehnen, gibt es auch Leute in der Türkei, die durchaus bereit sind, sich mit ihm zu arrangieren. Einige türkische Gruppierungen hätten wohl nichts dagegen, wenn er seine Macht wieder erlangen würde, um die Einheit des Irak zu sichern. Was immer sie offiziell über die kurdische Sicherheitszone und eine kurdische Autonomie im Irak äußern, im Grunde würde die Türkei solche Bestrebungen lieber beendet sehen. Die USA lehnen dies ab, solange Saddam an der Macht ist. Sie wollen gewiß, daß Saddam abtritt, wissen jedoch nicht, wie sie seinen Abgang beschleunigen können. Denken Sie an die katastrophale Situation vor einigen Jahren, die durch die vom CIA gesteuerte Aktion entstand. Wir wären dagegen, die kurdische Sicherheitszone abzuschaffen, ohne daß zuvor ein Irak ohne Saddam entstanden ist.

Meine Einschätzung der Situation ist, daß wir den türkischen Wünschen in der letzten Zeit immer mehr nachgegeben haben. Außenminister Perry hat die Kurden vor zwei Jahren praktisch hängen lassen, und bei den Vermittlungen zwischen den beiden Kurdenfraktionen haben wir nur eine Nebenrolle gespielt. Dieses Problem wird uns künftig sicher noch einige Überraschungen bereiten.

Die USA begrüßen den Ausbau der russisch-türkischen Beziehungen. Viele sind jedoch besorgt über die in beiden Ländern vorhandenen gegenseitigen Vorbehalte. In der ehemaligen Sowjetunion, vor allem in den überwiegend moslemischen Gebieten im Kaukasus und in Zentralasien, sehen die USA die Türkei in der wichtigen konstruktiven Rolle, die Unabhängigkeit der oft instabilen Staaten zu

fordern und sie zu stärken. Sowohl die USA als auch die Türken hatten zunächst große Hoffnungen hinsichtlich des Einflusses der Türkei in dieser Region, aber sie haben eingesehen, daß diese Rolle nur recht bescheiden sein kann. Dennoch ist sie von Nutzen und wird in diesem Sinne in dem von Herrn Turkmen dargelegten Rahmen fortgeführt. Die USA sind ebenfalls bestrebt, die russischen Befürchtungen nicht zu verstärken, daß wir versuchen könnten, den russischen Einfluß in dieser Region in Frage zu stellen. Die USA haben sich verständlicherweise an vorderster Front für eine türkische Pipelinerroute für die Energielieferungen aus der kaspischen Region stark gemacht.

Zu den griechisch-türkischen Beziehungen will ich nur sagen, daß die USA alles daran setzen, um die internen Konflikte auszugleichen, ohne ihre Unparteilichkeit aufzugeben, die eine wichtige Voraussetzung für das Vertrauen der Türkei in etwaige Friedensverhandlungen ist. Die Unterstützung der Türkei ist dafür offenkundig unverzichtbar sowohl für eine Lösung der Zypernfrage und beim Konflikt in der Ägäis. Die USA spielen hier eine ganz besondere Rolle, weil wir sowohl in bilateralen Verhandlungen als auch in der NATO versuchen, das Ausbrechen von Gewalt in den griechisch-türkischen Auseinandersetzungen zu verhindern. Grundsätzlich meinen wir aber, daß die Türkei eine Lösung der Zypernfrage begrüßen würde.

Auf dem Balkan schätzen wir das Interesse der Türkei nicht sehr hoch ein, jedenfalls geringer, als es Herr Turkmen eben dargestellt hat; aber darüber kann man streiten. Die USA und die Türkei beurteilen die Ereignisse in Bosnien ähnlich. Ein Teil der türkischen Öffentlichkeit war tief enttäuscht über die amerikanische Haltung unter Bush und in den ersten Jahren der Clinton-Regierung. Wir begrüßen die Beteiligung der Türkei an den NATO-Einsatztruppen in Bosnien und bei der Ausrüstung und Ausbildung der bosnischen Armee, halten aber eine stärkere Rolle der Türkei in dieser Region nicht für sinnvoll. Die Wahrscheinlichkeit eines erweiterten Krieges in Bosnien, der auch auswärtige Streitkräfte einbezieht, schätzen wir gering ein.

Was die NATO angeht: So wie deren Rolle sich verringert hat, hat auch die Bedeutung der Türkei in dieser Hinsicht abgenommen. Das ist wahrscheinlich die wichtigste politische Veränderung der letzten 40 Jahre. Die Erweiterung der NATO wird "Out-of-area"-Einsätze der NATO schwieriger machen, so daß die Türkei sich im Falle eines Konfliktes mit ihren südlichen Nachbarn nicht auf NATO-Hilfe verlassen kann, obwohl die USA und einige andere NATO-Länder ihre Unterstützung sicher nicht versagen würden. Die Amerikaner wenden sich jedoch ganz klar gegen Versuche der Türkei, die NATO-Erweiterung als Druckmittel für die Aufnahme in die EU zu benutzen, Schließlich zur Europäischen Union und zu Europa. Die USA sind äußerst besorgt über die Ereignisse des letzten Jahres und die offensichtliche Ablehnung in Europa gegenüber der Türkei. Das hat uns vor allem an Deutschland irritiert. Die USA sehen die Integration der Türkei in Europa als ein zentrales Anliegen ihrer Außenpolitik und als Schlüssel für die langfristige politische Entwicklung und inneren Stabilität der Türkei. Deshalb haben wir den türkischen Antrag auf Aufnahme in die EU unterstützt und werden dies auch weiter tun. Allerdings kostet uns diese Politik auch nichts; da wir nicht in der EU sind, haben wir bei der Entscheidung über die Aufnahme der Türkei keine Stimme. Zweifellos liegt aber die Aufnahme in die EU der amerikanischen Regierung wirklich sehr am Herzen.

Gasteyger

Ich halte aus dem sehr anregenden Referat von Herrn Abramowitz zunächst nur fest, daß die amerikanische Türkeipolitik durch die auch von Herrn Turkmen erwähnte Labilität der inneren Situation der Türkei erheblich erschwert wird. Wir werden uns also zu fragen haben, wieweit diese ungesicherte und damit in vielem für Außenstehende schwer berechenbare innere Lage der Türkei auch Unsicherheit im Verhalten der mit ihr befreundeten Mächte verursacht.

Klose

Ich spreche hier als jemand, der sich seit längerem für die deutsch-türkischen Beziehungen in besonderer Weise interessiert, ja, interessieren muß, nicht zuletzt deshalb, weil es in meinem Hamburger Wahlkreis eine bedeutende türkische Minderheit gibt. In dem Stadtteil, in dem ich lebe, sind fast 35 Prozent der dort wohnenden Menschen Türken. Auch wenn die meisten von ihnen bei Wahlen nicht für oder gegen mich votieren können, weil sie die deutsche Staatsbürgerschaft nicht haben, bin ich gehalten, mich intensiv mit ihnen zu beschäftigen. Denn die Probleme mit den türkischen Mitbürgern in diesem Stadtteil berühren natürlich auch die deutsche Bevölkerung dort. Darüber will ich hier aber nicht reden.

Ich will auch nicht zu der mehr oder weniger abstrakten Diskussion über die Grenzen Europas beitragen und ebensowenig der Frage nachgehen, ob der Islam eine europäische Religion ist oder sein kann. Was letzteres angeht, so reicht es meiner Ansicht nach aus, darauf hinzuweisen, daß

inzwischen in Europa rund 20 Millionen Muslime wohnen, überwiegend zugewandert, zum Teil zum Islam übergetreten. Diese Menschen praktizieren ihre Religion auch äußerlich sichtbar und hörbar. Es ist sicher richtig, daß sich die deutsche Bevölkerung an den Ruf des Muezzins erst noch gewöhnen muß. Aber größere Probleme sind daraus bisher nicht entstanden.

Was freilich viele Menschen bei uns besorgt macht, ist die bisweilen brutale Instrumentalisierung des Islam für politische Zwecke. Aber diese Sorge teilen alle Menschen, denen Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit am Herzen liegen, und dazu gehören genauso die meisten Türken, zumindest diejenigen, die ich persönlich kenne und schätze. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß der politisch extremistische Fundamentalismus das ohnehin diffuse Islambild des Durchschnittseuropäers weiter verschattet hat. Da werden Ängste angesprochen, die - leider - politische Wirkung haben.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen sind - vielleicht für einen deutschen Politiker ungewöhnlich - Interessen, insbesondere sicherheitspolitische und ökonomische Interessen. Und da komme ich aus deutscher und europäischer Sicht zu einem eindeutigen Ergebnis: Die strategische Bedeutung der Türkei hat nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eher noch zugenommen. Weil das so ist, sind wir außerordentlich daran interessiert, sowohl daß sich die Türkei im Innern demokratisch und stabil entwickelt als auch, daß die Zusammenarbeit mit der Türkei wieder so gut wird, wie sie es lange Zeit gewesen ist.

Was die Sicherheitslage angeht, hat sich diese nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zweifellos dramatisch verbessert. Die Gefahr eines großen Weltbrandes besteht nicht mehr. Der Warschauer Pakt hat sich aufgelöst; der Feind Sowjetunion ist von der Bildfläche verschwunden. Mit der Erweiterung der NATO und der Europäischen Union haben wir jetzt die große Chance, daß sich alle europäischen Staaten in gleichen Systemen der Sicherheit und Zusammenarbeit zusammenfinden. Daß gerade uns Deutsche diese Vision beflügelt, werden unsere türkischen Freunde gewiß verstehen.

Um diese Situation auch langfristig zu stabilisieren, ist nicht nur Deutschland, sondern ganz Westeuropa an einer Politik der Partnerschaft mit Rußland nachhaltig interessiert; denn wir alle sind davon überzeugt, daß es Sicherheit in Europa nur mit Rußland und nicht gegen Rußland geben kann. Auf der anderen Seite muß kluge Politik aber auch die Möglichkeit des Scheiterns solcher Bemühungen mit einbeziehen. Rußland ist immer noch militärisch stark; es verfügt über erhebliche Ressourcen, aber es ist zugleich ein Land, das mit enormen Problemen zu kämpfen hat, ein Land von hoher Instabilität und in gewisser Weise unberechenbar. Wie sollen wir beispielsweise die jüngste Warnung verstehen, Rußland werde unter keinen Umständen zulassen, daß Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion in die NATO aufgenommen werden? Jedenfalls erscheint es mir in einer Zeit zerfallener Strukturen, die sich erst allmählich neubilden, ratsam, bewährte Partnerschaften zu pflegen, und das gilt ganz besonders für das NATO-Mitglied Türkei, das sich während der Zeit des kalten Krieges stets als verlässlicher Partner erwiesen hat.

Die strategische Bedeutung der Türkei - das möchte ich nochmals unterstreichen - ist heute eher noch größer geworden. Das gilt im Hinblick auf die Kaukasusregion und nach Zentralasien hinein - Herr Türkmen und Herr Abramowitz haben dies bereits ausgeführt. Zudem fällt der Türkei die Rolle einer stabilisierenden Regionalmacht zu in einer sehr unruhigen Region, die aber für den Westen außerordentlich wichtig ist. Darin muß der Westen die Türkei unterstützen, damit sie diese Rolle auch wirksam wahrnehmen kann.

Die Türkei ist heute Brücke und Puffer zugleich. Sie sitzt auf dem Wasser und sehr nahe am Öl. Deshalb sehen sich unsere amerikanischen Freunde immer wieder veranlaßt - wir haben es eben gehört; -, die Europäer daraufhinzuweisen, daß die Türkei als europäischer Partner akzeptiert und unterstützt werden sollte. So sehr ich dies aus strategischen Gründen für richtig halte, will ich doch anmerken, daß die amerikanische Direktheit, mit der sie ihre Ansichten kundtun, für deutsche und europäische Ohren mitunter ein wenig verwirrend ist.

Wenn es um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union geht, dann treten die meisten türkischen Politiker, die ich kenne, mit Nachdruck und Überzeugung dafür ein. Daß sie dies mitunter in einer durchaus fordernden Weise tun, macht die Sache für uns nicht immer einfacher. Aber es ist ja auch nicht alles erfreulich, was europäische Politiker gelegentlich über die Türkei sagen. Was mich allerdings irritiert, ist, daß die derzeit stärkste politische Kraft in der Türkei, die Refah-Partei, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ablehnt beziehungsweise, aus Koalitionsgründen, halbherzig dafür stimmt und dies zu Bedingungen, die wir keinesfalls akzeptieren könnten. Die gegenwärtige politische Konstellation in der Türkei ist also für die Beitrittsperspektive, um es deutlich zu sagen, ganz und gar nicht förderlich. Denn welche Türkei mit welchen Zielen ist es denn, die Mitglied der EU würde?

Was die Bedingungen einer türkischen Mitgliedschaft betrifft, so kann man nicht entschieden genug betonen: Jedes neue Mitglied tritt der Union so bei, wie sie gegenwärtig ist; das heißt, es muß die heute gültigen Standards erfüllen. Die Europäische Union ist auch eine Rechtskonstruktion, in der unterschiedliche Rechtswirklichkeiten nicht nebeneinander existieren können. Das gilt im übrigen auch für die Frage der Menschenrechte. Was für die Türkei erschwerend hinzukommt, sind zum einen die Auseinandersetzungen mit dem EU-Mitglied Griechenland und zum anderen der Zypernkonflikt. Dabei erscheint mir der Vergleich mit dem Gibraltarkonflikt nur bei sehr wohlwollender Betrachtung halbwegs passend zu sein, lieber Herr Türkmen. Ich meine allerdings, daß sich für die beiden Sonderprobleme Lösungen finden lassen, bei denen die Europäische Union, aber auch die USA helfen könnten und sollten.

Wann könnte die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden? Dazu habe ich vor knapp einem Jahr in Ankara und auch hier in Istanbul bereits gesagt: Es können nicht alle Bewerber - das sind gegenwärtig über zehn - gleichzeitig in die Europäische Union aufgenommen werden. Das ist weder organisatorisch noch finanziell zu verkraften. Aus deutscher Sicht - ich wiederhole, wir reden hier über Interessen - hat der Beitritt, der uns unmittelbar benachbarten Länder: Polen, Tschechische Republik und Ungarn zweifellos Vorrang. Das mag für die Türkei enttäuschend sein, müßte aber von ihr akzeptierbar sein, wenn ansonsten die Beitrittsperspektive klar ist. Und für diese Klarheit plädiere ich nun in der Tat mit aller Entschiedenheit.

Was ich hier sage, dürfte in etwa der Mehrheitsposition in der SPD entsprechen. Was die anderen Parteien im Deutschen Bundestag angeht, bin ich mir da nicht so sicher. Die Stimmungslage ist etwas diffus geworden. Vielleicht können Herr Schmidt für die CDU/CSU-Fraktion und Frau Vollmer für Bündnis 90/Die Grünen uns dazu einige Aufklärungen geben.

Gasteyger

Wenn ich Sie recht verstehe, Herr Klose, sollte diese Konferenz als zusätzliche Aufgabe sich darum bemühen, dem Deutschen Bundestag zu einer gewissen Klarheit in seiner Haltung gegenüber dem türkischen Beitritt zur Europäischen Union zu verhelfen. Wir werden sehen, ob dies zu leisten ist.

Bevor ich jetzt den Raum für die allgemeine Diskussion freigebe, möchte ich Herrn Staatssekretär Öymen um seine Stellungnahme zu unserer Thematik bitten. Ich weiß, daß Sie nicht die ganze Tagung bei uns sein können. Ich weiß aber auch von Ihrem großen Einfluß auf die Führung der türkischen Außenpolitik. So sind wir alle berechtigt, Ihre Ausführungen mit besonderer Aufmerksamkeit anzuhören. Schon jetzt sehr herzlichen Dank dafür.

Öymen

Ich freue mich, daß der berühmte Bergedorfer Gesprächskreis, der jeweils hochrangige Persönlichkeiten versammelt, um wichtige Fragen unserer Zeit zu diskutieren und dabei auch neue Ideen zu entwickeln und Vorurteile in Frage zu stellen, gerade jetzt nach Istanbul gekommen ist.

Die strategische Rolle der Türkei als Stabilisierungsfaktor in der Region ist bereits verschiedentlich erörtert worden. Heute ist die Frage jedoch aktueller und wichtiger denn je aufgrund der Entwicklungen, die in den letzten Jahren in Europa auf dem Balkan, in Rußland, im Kaukasus, in Mittelasien und im Nahen Osten startgefunden haben. Herr Turkmen, unser ehemaliger Außenminister, hat dies bereits umfassend dargestellt.

Ich bekleide mein Amt als Staatssekretär im Außenministerium der Türkei seit zwei Jahren und habe fünf Regierungen überlebt. Keine dieser Regierungen, auch die jetzige nicht, hat mir Instruktionen erteilt, die von den Grundlinien der türkischen Außenpolitik, die auf die Prinzipien Atatürks gegründet ist, abweichen würden. Sie können also davon ausgehen, daß es in der türkischen Außenpolitik Kontinuität gibt. Und niemand sollte hier wesentliche Veränderungen erwarten. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur erwähnen, daß die gegenwärtige türkische Regierung den iranischen Botschafter und drei Generalkonsuln gebeten hat, unser Land zu verlassen und nach Hause zurückzukehren. Deshalb sollte man Berichten, die grundlegende Änderungen in der außenpolitischen Orientierung der Türkei ausmachen wollen, nicht überbewerten.

Zweifellos haben sich in Europa die institutionellen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit geändert. Wenn ich nur an den Europarat denke, der, als ich dort tätig war, 18 Mitglieder hatte, während er heute 40 Mitglieder umfaßt. Zu der Zeit wäre es undenkbar gewesen, daß Rußland oder andere osteuropäische Länder hätten Vollmitglieder werden können. In der kommenden Woche werden Rußland und die NATO ein historisches Abkommen unterzeichnen, was vor einigen Jahren

ebenfalls völlig unvorstellbar gewesen wäre. Das heißt, das politische Umfeld in Europa ändert sich grundlegend.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zum Erweiterungsprozeß sagen, der die NATO, die Europäische Union und die WEU gleichermaßen betrifft, um die Position der Türkei zu erklären. Wir meinen, die künftige europäische Architektur muß sowohl politische als auch wirtschaftliche und sicherheitspolitische Dimensionen haben. Deshalb macht es keinen Sinn, nur eine dieser Dimensionen isoliert zu betrachten. Daß sich diese verschiedenen Ebenen gegenseitig bedingen, ist keine türkische Erfindung, sondern ist bereits im Erweiterungsdokument der NATO zum Ausdruck gebracht worden, was im übrigen als Begründung diente, als man der Türkei die Vollmitgliedschaft in der WEU verweigerte, und zwar allein mit dem Argument, die Türkei sei nicht Mitglied der EU.

Die Begründung will nicht recht einleuchten, denn die Europäische Union und die WEU sind nicht deckungsgleich. Das heißt, heute gehören fünf Mitglieder der EU nicht der WEU an, und in den sechziger Jahren war Großbritannien zwar Mitglied der WEU, aber noch nicht der Europäischen Gemeinschaft. Als wir auf diese Tatsachen hinwiesen, wurde uns geantwortet: Es werde angestrebt, daß in Zukunft zwischen beiden Organisationen eine Kongruenz mit gleicher Mitgliedschaft bestehen solle.

Sie fordern uns auf, die Erweiterung der NATO zu unterstützen. Wir sind dafür und werden dies tun. Gleichzeitig wollen Sie aber der Türkei die Türen der Europäischen Union auf Dauer verschließen und uns auch in Zukunft von der europäischen Familie fernhalten. Aber die NATO-Erweiterung und auch die Erweiterung der EU und der WEU sollen wir mittragen.

Während frühere Warschauer-Pakt-Staaten in dem künftigen Europa in die NATO, die EU und die WEU einbezogen werden sollen, bleibt die Türkei außen vor. Diese Vorstellung wird keine türkische Regierung und kein türkisches Parlament akzeptieren. Aus eben diesem Grunde hat sich unser Parlament in den letzten drei Jahren auch geweigert, das Assoziierungsabkommen mit der WEU zu ratifizieren. Dies wurde NATO-Generalsekretär Solana bei seinem Besuch in der Türkei unmißverständlich erklärt.

Ich meine, wir müssen über die Zukunft der europäischen Familie gemeinsam nachdenken, und die Türkei sollte hier nicht ausgeschlossen werden. Im Gegenteil, es gibt gute Gründe, daß die Türkei als Vollmitglied in allen drei Organisationen mitwirkt.

Der NATO gehören wir seit 1952 an. Damals gab es übrigens auch viel Widerstand gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei. Jedermann weiß inzwischen, daß wir stets ein loyaler Verbündeter gewesen sind und keinen geringen Beitrag für das Bündnis geleistet haben. Das gleiche erleben wir heute in bezug auf die Europäische Union. Dabei würde eine türkische Vollmitgliedschaft in der EU den Interessen beider Seiten dienen. Grund genug, sachlich und konstruktiv an diese Frage heranzugehen.

Ich will nicht verhehlen, daß uns die Erklärung der Vorsitzenden der christlich-demokratischen Parteien auf dem Treffen der EVP am 4. März in Brüssel erheblich irritiert hat, als festgestellt wurde, die Türkei könne niemals Vollmitglied der Europäischen Union werden; denn die EU sei ein "Zivilisationsprojekt". Das klang so, als befinde sich die Türkei irgendwie außerhalb der Zivilisation.

Was ist in der Türkei in den letzten 150 Jahren oder, um genauer zu sein, seit der Gründung der türkischen Republik im Jahre 1923 geschehen? Nun, wir haben unsere Gesellschaft grundlegend verändert und modernisiert mit dem Ziel, der europäischen Werte und politischen Gemeinschaft anzugehören. Atatürk selbst hat gesagt, es gäbe mehrere Nationen, aber nur eine europäische Zivilisation - und die Türkei sei Teil dieser Zivilisation. Das war unser Leitspruch seit mehr als 70 Jahren. Und jetzt tun einige europäische Politiker so, als gehöre die Türkei einer anderen Welt an!

Es wurde auch gesagt, die Europäische Union sei eine Organisation christlicher Länder, in der die Türkei als islamisches Land keinen Platz habe. In diesem Sinne hat sich der Präsident der EVP auf dem zuvor erwähnten Treffen in Brüssel ebenfalls wortreich geäußert.

Um so erfreulicher für uns war, als vor zwei Wochen in Apeldoorn die Außenminister der EU-Länder einstimmig erklärten, die Türkei könne im Prinzip Vollmitglied der EU werden. Entsprechend hat am 29. April in Luxemburg der Assoziationsrat zwischen der Türkei und der Europäischen Union diese Position als offizielle Politik der EU bestätigt. Das erleichtert uns die Zustimmung zur NATO-Erweiterung - vorausgesetzt, die Luxemburger Erklärung wird in die Praxis umgesetzt, und es folgen konkrete Maßnahmen für eine Vollmitgliedschaft der Türkei.

Wir begrüßen auch, daß wir, zusammen mit anderen Kandidaten, zum EU-Gipfel am 27. Juni nach Amsterdam eingeladen worden sind. Das ist ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Die holländische Präsidentschaft hat hierfür ein gutes Stück Arbeit geleistet.

Halten wir also fest: Alle 15 EU-Länder stimmen darin überein, daß die Türkei erstens die Eignung und das Recht hat, Vollmitglied zu werden, und daß sie zweitens bereits einige der Bedingungen dafür erfüllt. Wir arbeiten daran, sämtliche Bedingungen zu erfüllen. Dann heißt es aber in einem dritten Punkt: Da die Türkei in einigen Punkten die Voraussetzungen noch nicht erfüllt, könne sie für die vorhersehbare Zukunft nicht Vollmitglied werden. Dieser Aussage können wir nun überhaupt nicht zustimmen.

Wenn wir aufgefordert werden, bestimmte Bedingungen zu erfüllen, dann liegt es an uns, dem nachzukommen. Je eher uns dies gelingt, um so größer sind unsere Chancen. Wenn wir es nicht schaffen, ist dies unser eigener Fehler. Was wir aber nicht verstehen, ist, daß Sie heute feststellen, die Türkei könne in absehbarer Zukunft kein Mitglied werden. Im Vergleich zu anderen Kandidaten haben wir in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht eine Reihe positiver Faktoren aufzuweisen. Vergleichende Studien von internationalen Organisationen und Fachleuten kommen jedenfalls zu dem Ergebnis, daß die Türkei in vielen Bereichen ungleich bessere Voraussetzungen bietet als alle anderen Anwärter.

Um nur zwei Zahlen zu nennen. Erstens das wachsende Bruttoinlandsprodukt. Wenn wir das Jahr 1989 mit 100 nehmen, so liegt die Türkei heute bei 129, während in der EU das Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum nur auf 110 angestiegen ist. Die anderen Bewerber liegen weit darunter. Polen beispielsweise als nächstbester Kandidat erreicht nur 98. Auch bei den Bruttoinvestitionen sind wir besser als

Gasteyger

Ich finde Ihre Ausführungen sehr ermutigend und bedenkenswert, Herr Öymen. Dies gilt zum einen für den Bericht über all das, was die Türkei in den vergangenen Jahren getan hat insbesondere mit Blick auf die Menschenrechte;-, um ihr 2 innere Situation zu verbessern. Das kommt wiederum ihren Außenbeziehungen zugute. Zum anderen sollten wir aber auch Ihre Mahnung ernst nehmen, die Türkei mehr zu ermuntern, statt sie oft nur zu kritisieren. Sie zeigen damit das Spannungsfeld der nicht deckungsgleichen oder sogar gegensätzlichen Erwartungen auf, die Ihr Land uns Europäern - und wohl auch Amerikanern - gegenüber hegt und die wir unsererseits gegenüber der Türkei hegen. An sich ist das ja ein gutes, ermutigendes Zeichen dafür, daß jeder vom anderen mehr Gutes, Positives erhofft als Schlechtes oder Kritikwürdiges. Meistens ist es - leider - umgekehrt.

Nun darf ich das Wort einem Vertreter des großen Nachbarlandes Rußland, Herrn Chamidulin, erteilen.

Chamidulin

Wenn ich hier auf die jetzige Rolle eingehe, die die Türkei in dieser Region spielt, dann beziehe ich mich auf ein relativ großes Umfeld, mit dem die Türkei nicht nur geographisch, sondern auch durch vielfältige, sich kreuzende historische, ethnische, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche und andere Bande verknüpft ist. Diese Region umfaßt neben der Türkei den Balkan, das Gebiet um das Schwarze Meer, das östliche Mittelmeer, den Kaukasus und den Nahen Osten.

Diese Region stand und steht immer noch im Zentrum der Aufmerksamkeit der großen Weltmächte. Dieses Interesse gilt natürlich vor allem seiner wichtigen geostrategischen Lage an der Wasserscheide nicht nur dreier Weltteile (Europa, Asien und Afrika), sondern auch der Zivilisationen, Kulturen und Weltreligionen. Dadurch werden offenkundig die Vielfalt der sozialen Prozesse und Entwicklungen, die hier vor sich gehen, und die Unberechenbarkeit, das hohe Konfliktrisiko und insgesamt die Instabilität der Region verursacht.

Die Veränderungen, die hier stattfinden, werden von tiefgreifenden wirtschaftlichen und soziopolitischen Umwälzungen sowie innenpolitischen und ethnischen Konflikten begleitet, von denen die meisten ungelöst bleiben. Aber die gefährlichste Phase der Krise scheint überstanden, und einige der schwerwiegenden Konflikte sind von der direkten Konfrontation in politische Auseinandersetzungen übergegangen; das jüngste Beispiel dafür sind die durchschlagenden Fortschritte bei der Regelung der Tschetschenienfrage in Rußland.

Nach Überwindung der schwierigsten Übergangsphase sind wir dabei, eine neue Architektur für eine regionale Struktur zu finden, die zwar von ideologischer Konfrontation frei ist, dennoch aber Elemente enthält, die ethnische und konfessionelle Zusammenstöße aus wirtschaftlichen Gründen weiterhin

möglich macht. Ein wichtiges Kennzeichen dieser neuen Architektur ist, daß es heute an einer oder mehrerer vorherrschenden Mächte in der Region fehlt. Von daher ist es dringend erforderlich, Strukturen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die allein eine vernünftige Alternative zu weitgefächerten Konfrontationen sein können.

Das wesentliche Ergebnis der erwähnten Wandlungen für die Türkei ist ihre veränderte Rolle in der Region. Nachdem sie ihre Rolle als Vorposten der NATO an den Südgrenzen der UdSSR eingebüßt hat, versucht die Türkei, ihre herkömmliche Brückenfunktion zwischen dem Westen und dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion wahrzunehmen im Hinblick auf die Staaten Mittelasiens, der Kaukasusregion und des Nahen Ostens. Das sogenannte "türkische Modell" eines laizistischen sozialstaatlichen Systems im Rahmen einer Marktwirtschaft ist den neuen unabhängigen Staaten mit westlicher Unterstützung als eine mögliche Option für ihre Entwicklung empfohlen worden.

Ich bin überzeugt, daß die Rolle der Türkei nicht unabhängig von ihren Beziehungen zu Rußland gesehen werden kann, vor allem angesichts der Tatsache, daß unsere Länder seit über fünf Jahrhunderten Nachbarn sind und in dieser Zeit sehr viel Erfahrung in der Koexistenz und im Miteinander gewonnen haben.

Leider gibt es innerhalb und außerhalb der Türkei Kräfte, die Rußland aus seiner traditionellen Stellung in den südlichen GUS-Staaten verdrängen und die Türkei in die Rolle eines neuen "großen Bruders" heben wollen. Wir halten dieses Konzept für völlig destruktiv. Bekanntlich hat Rußland seine Bevormundung gegenüber den Republiken der früheren UdSSR aufgegeben und geht jetzt den Weg gleichberechtigter Partnerschaft mit den souveränen Staaten in der GUS. Zugleich sollte man nicht übersehen, daß unser Land von jeher mit diesen Staaten interessensmäßig verbunden ist.

Die wichtigste Aufgabe für die russische Politik in den Ländern der GUS im allgemeinen und im transkaukasischen Gebiet und in Mittelasien im besonderen besteht darin, eine Zone des Friedens, guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit zu schaffen. Das meint nicht die Wiederherstellung irgendwelcher imperialer Traditionen. Unsere Beziehungen zu den neuen unabhängigen Staaten der GUS sind von gleichberechtigten, freundschaftlichen, rein pragmatischen Voraussetzungen im gegenseitigen Interesse geprägt. Wir bemühen uns in diesem Sinne darum, die wirtschaftlichen Bindungen wiederherzustellen, die sich in den vielen Jahrhunderten ausgebildet haben, in denen wir durch ein gemeinsames Wirtschaftssystem verbunden waren. Hauptzielsetzung ist die Erhaltung von Sicherheit und Stabilität in der GUS und an ihren Grenzen sowie der Schutz der Rechte der russischen Bevölkerungsteile, die in den südlichen Ländern der Gemeinschaft zehn Millionen Menschen ausmachen. Im Rahmen dieser Strategie versuchen wir, mit allen Staaten, einschließlich der Türkei, zusammenzuarbeiten.

Ich bin davon überzeugt, daß jeder Versuch, Rußland aus seiner angestammten Rolle zu verdrängen, nur zu Instabilität in dieser sehr labilen Region führen wird. Überdies haben die letzten Jahre gezeigt, daß eine solche Aufgabe wahrscheinlich die Möglichkeiten der Türkei übersteigen würde, und zwar sowohl was ihr finanzielles und wirtschaftliches Potential angeht wie auch aus Gründen, die mit ihren internen Problemen zu tun haben.

Gewiß gibt es Kräfte, die aus der schwierigen inneren Situation der Türkei und dem wachsenden Einfluß der Islamisten Vorteile ziehen möchten, um eine Konfrontation mit Rußland in den GUS-Ländern zu provozieren. Wir glauben jedoch an den gesunden Menschenverstand der Politiker in Ankara. Die Geschichte der russisch-türkischen Beziehungen zeigt sehr beredt, daß es durch eine beiderseits vorteilhafte Zusammenarbeit unseren Ländern immer wieder gelungen ist, eindrucksvolle Erfolge zu erzielen, während Rivalität die Türkei ebenso wie Rußland geschwächt und damit die regionale Stabilität ernsthaft gefährdet hat.

Die russisch-türkischen Beziehungen haben tief verwurzelte Traditionen, die wir schätzen und bewahren sollten. Beide Länder haben eine ähnliche geopolitische Lage - sowohl in Europa wie in Asien - nahe der wichtigsten transkontinentalen Transportwege. Noch bedeutsamer ist, daß sowohl Rußland wie die Türkei als Verbindungsglieder Gebiete mit verschiedenen Weltreligionen sowie unterschiedlichen kulturellen, ethnischen und zivilisatorischen Traditionen zusammenhalten und stabilisieren. Dies ist etwas, was das russische und das türkische Volk ebenso gemeinsam haben wie viele ähnliche nationale Wurzeln, beispielsweise ihre Toleranz und andere guten Züge ihres Nationalcharakters. Alle diese Faktoren bilden eine stabile Grundlage für ein konstruktives Miteinander zwischen Rußland und der Türkei.

Allgemein gesehen ist die Dynamik der russisch-türkischen Beziehungen zufriedenstellend. So hat sich beispielsweise das gegenseitige Handelsvolumen in den letzten zwei Jahren von 2,2 auf vier Milliarden US-Dollar erhöht, also nahezu verdoppelt. Wenn man den inoffiziellen, den sogenannten

"Shuttle"-Handel mitzählt, der auf annähernd fünf Milliarden US-Dollar geschätzt wird, sowie die Baukontrakte und den Tourismus, dann übersteigt der Umfang unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit alles in allem zehn Milliarden US-Dollar. Damit sind Rußland und die Türkei füreinander vorrangige Handels- und Wirtschaftspartner geworden.

Durch die Entwicklung dieser umfassenden Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern, die unsere Beziehungen fast zu einer Partnerschaft werden läßt, tragen wir zur Stärkung des Friedens und der Stabilität in der Region erheblich bei. Diese Aufgabe ist sogar noch wichtiger geworden angesichts der Tatsache, daß Rußland und die Türkei - aufgrund der vorerwähnten Veränderungen - die beiden einflußreichsten Staaten mit dem größten Entwicklungspotential in dieser Region geworden sind.

Weitere Perspektiven der russisch-türkischen Zusammenarbeit sind durch die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation eröffnet worden, die sich über die geographischen Grenzen des Schwarzmeerraumes hinaus erstreckt.

Der Integrationsprozeß hat sich in letzter Zeit kräftig entwickelt, wobei sich die Mitgliedschaften in den verschiedenen Gruppierungen zum Teil überschneiden. So gehört Griechenland nicht nur der Schwarzmeerkooperation, sondern auch der EU an; die Türkei ist zugleich Mitglied der Zollunion und Rußland Teil der GUS. Dadurch eröffnen sich Perspektiven für die Bildung eines einheitlichen Raumes für Zusammenarbeit und Integration in der euro-asiatischen Region. Ich meine, die gegenseitig vorteilhafte wirtschaftliche Kooperation garantiert Sicherheit und Stabilität in dieser Region eher als ein Gleichgewicht der Mächte.

Auf der anderen Seite entspricht der Stand der russisch-türkischen Beziehungen noch keineswegs den vorhandenen enormen Potentialen. Auf einigen Gebieten bleibt die Zusammenarbeit offenkundig unter den gegebenen Möglichkeiten. Deshalb befürworten wir in jeder Hinsicht die Ausweitung der Kontakte zwischen unseren Ländern, sowohl die Geschäftsbeziehungen als auch menschliche, kulturelle und andere Verbindungen, um ein Netz gegenseitig sich ergänzender Kooperation zu schaffen und zu stärken.

Abschließend möchte ich betonen: Alles deutet daraufhin, daß die Türkei ein erhebliches Potential besitzt, um ihre Position zu festigen als ein Staat, der seine Rolle als "Oase der Stabilität und des Friedens" in einer sehr weiten und turbulenten Region spielen will. Ob sie dieser Aufgabe gerecht wird, hängt indes davon ab, wie ausgewogen und weitsichtig die Politik der türkischen Führung vor allem gegenüber ihren Nachbarn vorgeht und ob sie es versteht, ihre eigenen inneren Probleme auf zivilisierte Weise zu lösen. Wenn sie in dieser Hinsicht überzeugende Fortschritte macht, werden die gegenwärtigen türkischen Erfahrungen, etwa auf den Gebieten der wirtschaftlichen Modernisierung und der Entwicklung eines laizistischen Staates in einem islamischen Land, sich international zweifellos positiv auswirken.

Utkin

Nach 27 Kriegen mit der Türkei und nachdem wir 1923 mit zu den Geburtshelfern der modernen Türkei gehörten, können wir wohl von uns behaupten, in dieser Hinsicht einige Erfahrung zu haben - gute und schlechte. Heute befinden sich die Türkei und Rußland, was den Stand unserer Entwicklung angeht, in einer ähnlichen Situation - so merkwürdig Ihnen dies erscheinen mag.

Erstens sind wir darüber verärgert, daß wir vom Westen zurückgewiesen werden, und zweitens hegen wir unseren alten und neuen "Verwandten" gegenüber besondere Gefühle. So hat die Türkei mit den jungen Staaten Zentralasiens und des Kaukasus ganz überraschend fünf neue "Brüder" bekommen, während wir 25 Millionen Russen an diese neuen Nachbarstaaten verloren haben. Wir sind beide eurasische Staaten mit einem großen muslimischen Bevölkerungsanteil - die Türkei mit 60 Millionen und Rußland mit 20 Millionen Moslems.

Im Westen scheint man anzunehmen, Rußland und die Türkei würden erst in einigen Jahren ein gewisses Zivilisationsniveau erreichen, um der Europäischen Union beitreten zu können. Mit einer solchen Politik werden Sie Rußland und die Türkei ins Abseits drängen.

Von der Zeit der Romanows in Rußland und den Anhängern Atatürks in der Türkei bis hin zu Gorbatschows Rußland im Jahre 1991 und den heutigen prowestlichen Gruppierungen in der Türkei waren es immer nur die Oberschichten in diesen beiden Ländern die Intelligenz und die Elite;- , die von allem Westlichen fasziniert waren und dem Westen äußerst freundschaftlich begegneten. Die Masse der Bevölkerung hat keine Vorstellung davon, was der heutige Westen eigentlich ist, und zwar in der Türkei ebensowenig wie in Rußland.

Worauf ich hinweisen will, ist, daß diese prowestlichen Eliten in Rußland und in der Türkei allmählich ihren Einfluß verlieren werden. Das zeigt sich bereits jetzt sehr deutlich. Wenn Sie an die Wahlen in Ankara und Istanbul und die neue Regierung denken, dann hat diese Entwicklung schon begonnen. In Rußland verhält es sich ähnlich. Die erste Welle der prowestlich gesinnten Reformer um Kosyrew ist bereits abgetreten. Nur wenn diese Länder dem Westen stärker verbunden werden und sie die Vorteile der westlichen Zivilisation erkennen und in ihren eigenen Modernisierungsbestrebungen davon profitieren können, wird sich dies wieder ändern. Geschieht das nicht, wird sich die Situation grundlegend verändern. Die Türkei als das am höchsten entwickelte islamische Land wird ihren eigenen Weg gehen, und Rußland mit seinen 27.000 Nuklearsprengköpfen und seinem Erbe aus der Sowjetzeit wird sich isolieren.

Es kann also nicht darum gehen, die russische beziehungsweise die türkische Gesellschaft "aufzufrischen", sondern der Westen muß begreifen, daß die Kraft der prowestlichen Bewegungen, die von Atatürk und Gorbatschow ausgingen, zu schwinden beginnt. Rußland und die Türkei befinden sich beide in einer entscheidenden Phase, in der zu befürchten steht, daß wir von Europa abgelehnt werden und uns selbst überlassen bleiben. In dieser Hinsicht sitzen Rußland und die Türkei im gleichen Boot.

Die Überheblichkeit, die viele Vertreter des Westens an den Tag legen, nimmt uns die Hoffnung, von einer Beteiligung an diesem Prozeß auch nur zu träumen. Dabei hat die NATO für Rußland einen ähnlichen Stellenwert wie die Europäische Union für die Türkei. Ich persönlich verstehe nicht, warum Rußland nicht Mitglied der NATO werden kann. Für die Türkei, von der so viele Bürger als Gastarbeiter sozusagen im Herzen Europas leben, muß es ähnlich unverständlich sein, daß sie nicht zu Europa gehören soll.

Birand

Ich möchte mich dem anschließen, was Herr Utkin gesagt hat. Ich meine, Europa hat ein türkisches Problem und muß entscheiden, wie es mit der Türkei umgehen will. Die öffentliche Meinung hier hat genug von den immer neuen Bedingungen, die man uns stellt. Solange die Sowjetunion noch existierte, hat man uns anders gesehen. Aber seit 1990 wird die Liste der Beitrittsbedingungen plötzlich immer länger. Europa hat bisher immer Griechenland vorgeschoben, um uns das Leben schwerzumachen. Aber jetzt hat Herr Pangalos seine Taktik sehr geschickt geändert, so daß nunmehr Deutschland in vorderster Front steht. Bislang waren die Deutschen ganz zufrieden, daß Griechenland die Türkei aufhielt.

Für Europa ist die Türkei ein Problem, das die Europäer selbst lösen müssen. Wollen Sie uns in der Westeuropäischen Union oder in der Europäischen Union? Eine Frage, die im Augenblick gar nicht aktuell ist, sondern Sie haben zehn, fünfzehn Jahre Zeit, dies zu entscheiden. Denn uns allen ist klar, wenn Sie die Türkei heute; dazu einladen würden, wäre sie nicht in der Lage beizutreten. Lassen sie uns also ehrlich damit umgehen und eine Grundsatzentscheidung treffen.

Wenn Sie diese Entscheidung weiter hinauszögern, kann ich mir durchaus eine Entwicklung vorstellen, die noch weiter geht, als Herr Utkin sagte, das nämlich die beiden Außenseiter, Rußland und die Türkei, sich zusammentun und einen starken Block in dieser Region bilden. Sie sollten die Möglichkeit nicht ausschließen, daß für eine Türkei, die in Europa herumgestoßen wird, Rußland ein interessanter Partner wäre, mit dem wir gut auskommen könnten. Dann würde man uns mit ganz anderem Augen betrachten.

Wenn die Türkei draußen bleibt, wird es zweifellos sehr viel schwieriger werden, die Zypernfrage und die türkisch-griechischen Probleme zu lösen und mit der Frage der Menschenrechte umzugehen. Damit würden Sie der Refah-Partei in die Hände spielen, die heute in der Tat höchst erfreut über die Botschaften aus Europa ist. Refah braucht keinen Finger krumm zu machen, wie Herr Öymen zu Recht gesagt hat. Es bestand keine Notwendigkeit, das Außenministerium anzuweisen, etwas zu tun oder nicht zu tun, weil die Europäer diese Arbeit übernommen hatten.

Doch auch die Türkei muß sich darüber klarwerden, was sie tun will. Wir können diese Probleme nicht aussitzen und nur sagen, daß wir unser Bestes versuchen. Natürlich tun wir unser Bestes, aber drauf kommt es nicht an. Die Türkei muß sich entscheiden, wie sie sich im Falle Zyperns, der Ägäis, den griechisch-türkischen Beziehungen und der Menschenrechtssituation verhalten will. Die Öffentlichkeit hat die Nase voll, immer wieder mit diesen Themen konfrontiert zu werden. Sicher, wir machen Fortschritte auf diesen Gebieten, aber die Einstellung ist unverändert, und es ist sehr schwer, sie zu ändern. Da bleibt noch viel zu tun.

Es gibt somit zwei Möglichkeiten: Entweder die Türkei tritt bei und geht konsequent diesen Weg, oder sie bleibt außen vor. Einigen von uns wird dies leid tun, aber deshalb geht die Welt nicht unter.

Schließlich habe ich noch eine Frage an Herrn Chamidulin. Betrachtet Moskau die Türkei immer noch mit Skepsis, weil man glaubt, sie versuche unter der moslemischen Bevölkerung in Rußland Unruhe zu stiften? Warum hat Moskau begonnen, in gewissem Maße mit der PKK anzubündeln? Mir ist klar, daß das für Moskau keine große Sache ist, aber was geht da vor? Wollen Sie uns damit ein Zeichen geben: Wenn Ihr Euch um die Tschetschenen oder anderes kümmert, werden wir die PKK ins Spiel bringen? Daraufhätten wir gern eine Antwort.

Öymen

Wenn Sie bezweifeln, Herr Birand, daß die Türkei heute in der Lage wäre, der EU beizutreten, dann antworte ich Ihnen: Wir sind jederzeit in der Lage, sofort beizutreten. Wir haben bereits die Herausforderung der Zollunion angenommen, was keiner der anderen Kandidaten bisher getan hat. Ich wüßte nicht, wovor wir Angst haben sollten. Jeder weitere Schritt vorwärts wäre für die Türkei von Vorteil und würde uns keine großen Probleme bereiten. Wir sind bereit, die Herausforderung der Europäischen Union einzugehen und könnten den "acquis communautaires" morgen früh um 9.00 Uhr erfüllen.

Fuller

Wir haben hier eine Reihe überzeugender Darlegungen vernommen, wie sich aus türkischer Sicht Kontinuität ausnimmt. Ich halte solche Kontinuität zwar für wichtig, möchte mich aber mehr den Faktoren der Erneuerung und Veränderung zuwenden, die mitunter schwerer auszumachen sind als die Kontinuitäten.

Zum einen findet heute in der Türkei im Inneren ein Veränderungsprozeß statt, der viele Schlüsselbereiche erfaßt hat. Ich halte, das will ich gleich hinzufügen, Mustafa Kemal Atatürk für einen der größten Männer des 20. Jahrhunderts. Ohne ihn gäbe es keine moderne Türkei. Er hat die Fundamente für die zukünftige Entwicklung der Türkei gelegt, die beispielhaft sein könnten für die meisten Entwicklungsländer in der Welt, und nur wenige Führer von Entwicklungsländern können sich mit Atatürks Erfolgen messen. Seine Bedeutung liegt darin, daß er entsprechend den damaligen historischen Gegebenheiten die Grundlagen für die Nationenbildung geschaffen hat. Einige Bedingungen haben sich seitdem verändert. Deshalb ist die Neuinterpretation des Kemalismus heute ein wichtiges neues Element in der türkischen Entwicklung.

Zweitens ist die Türkei dabei zu erkennen, daß sie multikultureller Vielvölkerstaat ist. Das ist eine Realität, mit der das Land erst langsam umzugehen lernt und die zu erheblichen Veränderungen, auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung, führen wird. Das Kurdenproblem wird meiner Meinung nach innerhalb der bestehenden Grenzen der Türkei gelöst werden, was aber neue Herausforderungen für das Selbstverständnis der Türkei mit sich bringen wird.

Drittens gibt es den Faktor des Islamismus. Wir können überall in der Welt feststellen, daß die Bedeutung des Islamismus in der Politik zunimmt. Das macht sich oft negativ bemerkbar, ist aber meiner Meinung nach unvermeidlich. Dabei ist es nicht wichtig, ob der Islam in der Politik gut oder schlecht ist, sondern wie man mit diesem Problem taktisch umgeht. Das ist ein äußerst wichtiger Punkt für die Zukunft. Das Beispiel Algerien zeigt wahrscheinlich deutlich, wie man die Frage des Islam in der Politik nicht behandeln sollte. Die Türkei dagegen ist das Problem bisher aufrecht vernünftige Weise angegangen, aber es bleibt akut.

Ich füge hinzu, daß ich die Türkei in bezug auf das Kurden problem und die Islampolitik nicht an den Pranger stellen will; denn es geht hier um Probleme, die große Teile der Welt betreffen. Die Herausforderung, mit Minderheiten umzugehen, ist in fast jedem Land schwierig, und die Türkei hat meiner Meinung nach bessere Aussichten, diese Probleme auf befriedigende Weise zu lösen als viele andere Staaten in dieser Region.

Es kommt hinzu, daß die inneren Angelegenheiten der Türkei sehr viel größeren Einfluß auf ihre Außenpolitik haben als je zuvor, was eine gewisse Demokratisierung des Landes widerspiegelt. Neue Faktoren und neue soziale Klassen sind im Entstehen begriffen. Dies trägt in der Tat zum Erstarken der Islamisten bei, weil sie die neuen sozialen Klassen im Zuge der Demokratisierung repräsentieren.

Ich meine, die Zukunftsaussichten für die Türkei sind gut.. Das Land ist besser darauf vorbereitet, seine Minderheitenprobleme, besonders das Kurdenproblem und das Problem des Islamismus, zu lösen als die meisten anderen Staaten. Aber die Türkei, die uns vertraut war, gibt es nicht mehr. Es entsteht jetzt eine neue Türkei, und zwar sowohl geopolitisch wie im Innern. In vieler Hinsicht wird es

schwieriger sein, damit umzugehen. Die Türkei verfolgt heute weit stärker ihre eigenen Interessen als je zuvor, was dazu führt, daß es auf bestimmten Gebieten sowohl mit Europa als auch mit den Vereinigten Staaten zu Meinungsverschiedenheiten kommen wird.

Was die Außenpolitik angeht, so fand ich die Bemerkung von Herrn Chamidulin sehr interessant. Ich meine, die Staaten Mittelasiens und des Kaukasus werden Einfluß darauf nehmen, welche Rolle Rußland, China, Indien, Pakistan, Iran, n, die Türkei und der Westen zukünftig in dieser Region spielen werden. Kein Staat kann mehr allein darüber entscheiden, wie diese Frage gelöst wird.

Gasteyger

Wir haben es in der Tat mit einer "neuen Türkei" zu tun. Was diese ausmacht und welche Probleme und Perspektiven damit verbunden sind, sollten wir weiter vertiefen.

Boidevaix

Herr Türkmen und Herr Öymen haben die Rolle der Türkei in diesem Teil der Welt sehr eindrucksvoll dargelegt. In der Tat kommt der Türkei große Bedeutung für die Stabilität dieser Region zu.

Mir geht es primär um die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union. Ich verstehe die türkische Argumentation in dieser Beziehung sehr gut. Von daher freut es mich, daß die Türkei zum Amsterdamer EU-Gipfel eingeladen worden ist. Ich meine, sie muß über die aktuellen Entwicklungen in der EU sehr genau informiert werden.

Natürlich muß man über die Voraussetzungen sprechen, wenn die Türkei Mitglied der EU werden will. Dies ist eine äußerst komplizierte Frage angesichts der sehr unterschiedlichen Bedingungen, die dabei ins Feld geführt werden. Ich habe gerade an einem Treffen in Wien teilgenommen, wo wir mit Vertretern aus Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik versucht haben, ihre Beitrittsbedingungen zu klären, die sich aus dem Maastricht-Vertrag ergeben. Sie waren doch recht überrascht angesichts der Komplexität, die dabei für sie deutlich wurde.

Eine andere Frage ist, wie die EU-Mitglieder selber die Zukunft der Union sehen. Das betrifft etwa die künftige Ausgestaltung der Institutionen, die bei Maastricht II eine wichtige Rolle spielen wird. Das wird aber noch nicht das Ende sein, und ich bin sicher, daß weitere Gipfeltreffen, also Maastricht III und IV folgen werden, deren Ergebnisse wir überhaupt nicht vorhersagen können. Fest steht indes, daß Deutschland und Frankreich eng zusammenwirken müssen, um die europäische Idee weiter voranzutreiben. Ich meine, diese beiden Länder tragen eine besondere Verantwortung, nachdem die Wiedervereinigung Deutschland auch dem europäischen Einigungsprozeß neue Impulse gegeben hat, nicht zuletzt im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union.

Klar ist auch, daß es ohne Großbritannien sehr schwierig wäre, im Bereich Sicherheit und Verteidigung ein gemeinsames europäisches Konzept aufzubauen. Und wir sind uns darin einig, daß die sogenannten "acquis communautaires" aufrechterhalten und die Währungsunion eingeführt werden soll. Aber wir wissen heute nicht, wie viele Länder die Union schließlich umfassen wird, obwohl die Notwendigkeit der Erweiterung unbestritten ist. Das wird sicher nicht auf einmal, sondern Schritt für Schritt erfolgen müssen. Die Frage ist berechtigt, wie dabei mit der Türkei in einer absehbaren Zukunft verfahren wird.

Alle diese Faktoren müssen berücksichtigt werden, wenn die jetzigen Mitglieder der EU über die Zukunft Europas befinden. Wahrscheinlich wird das Europa nach der Erweiterung eine höhere Flexibilität und vermutlich größere Unterschiede aufweisen. Von daher sollten wir die Rolle und die Stellung der Türkei in der erweiterten Union überdenken. Da wird es sicher Unterscheidungsmerkmale geben, aber die Europäer sollten soviel Kohärenz wie möglich beweisen.

Rühl

Wie könnte das Verhältnis Europas, insbesondere der Europäischen Union und den europäischen NATO-Staaten zur Türkei für die Zukunft konzipiert werden? Dazu drei Bemerkungen.

Erstens zur Frage einer gemeinsamen Strategie der politischen, ökonomischen und militärischen Zielsetzung. Wenn Europa wirklich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln will - was bisher nur in Ansätzen gegeben ist;- , um europäische Interessen in der Welt strategisch abzusichern, dann ist völlig klar, daß dies weder ohne Großbritannien noch ohne die Türkei geht. Das heißt, jede europäische Politik, die von einer aktiven Mitwirkung Großbritanniens als Mitglied der EU und der Türkei als assoziierter Partner mit einer gesicherten langfristigen Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU absieht, wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt. Dies sollten die europäischen

Regierungschefs deutlich zum Ausdruck bringen und zur Grundlage ihrer Politik machen. Andernfalls können wir die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Entwicklung der Westeuropäischen Union zum Verbindungsstück zwischen NATO und EU schlichtweg vergessen und sollten uns statt dessen der Idee einer großen europäischen Freihandelszone zuwenden. Dann brauchten wir auch keine Europäische Währungsunion und keine gemeinsamen Institutionen oberhalb der Kommission mehr; denn es ist die "Politische Union", der eine gemeinsame Währung dienen sollte.

Wenn es aber bei der europäischen Einigung um die "Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert" gehen soll, wie es der deutsche Bundeskanzler formuliert - wobei ich einmal offenlasse, ob dies eine historisch sinnvolle Perspektive ist und welchem politischem Zweck diese rhetorische Formel dienen mag;- , dann ist es zweifellos unsinnig, die Zukunft Europas allein über die Währung definieren zu wollen und die Sicherheitsfrage außen vor zu lassen. Dann käme es entscheidend darauf an, die Türkei in einer sich weiter verändernden Welt als Bündnispartner so eng wie möglich an die EU heranzuziehen, ihr die volle Mitgliedschaft in der WEU anzubieten und ihr die Beitrittsperspektive zur EU in einer natürlich heute nicht bestimmbareren Zukunft offenzuhalten, aber nicht "ad calendas graecas".

Meine zweite Bemerkung betrifft die Frage der Konfliktlösung in Europa. Dabei geht es um die "Begrenzung und Beendigung von Konflikten, wie sie beispielsweise zwischen der Türkei und Griechenland in der Ägäis und über Zypern bestehen. Die Europäische Union, die eine gemeinsame Sicherheitspolitik anstrebt, ist in dieser Hinsicht bisher merkwürdig passiv geblieben, wenn man von einigen rhetorischen Kraftakten absieht. Aber Politik ist auf die Dauer nicht durch Semantik und gemeinsame Aktion nicht durch gemeinsame Communiqués zu ersetzen. Man darf gespannt sein, welche gemeinsame Politik die Regierungen der EU hier zustande bringen.

Drittens schließlich das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, die ein strategisches Interesse am Partner Türkei haben, wie wir von Herrn Abramowitz gehört haben. Ich meine, dieses strategische Interesse muß von Europa als Partner der Vereinigten Staaten mitgetragen und abgerundet werden.

Gasteyger

Wir haben, lieber Herr Rühl, mit Interesse registriert, daß Sie im Hinblick auf die Beitrittsperspektive der Türkei zur EU die Formulierung "ad calendas graecas" gewählt haben. Das öffnet weite, zeitlich unbegrenzte Horizonte, möglicherweise nicht zuletzt wegen des damit ja indirekt angesprochenen griechischen Nachbarn. Wir werden dazu später Herrn Veremis befragen, wie es sich damit verhält.

Schmidt

Deutschland hat in seinen Beziehungen mit der Türkei, die in den letzten Monaten keineswegs spannungsfrei gewesen sind, zwei Aspekte zu beachten. Zum einen die Außen und Sicherheitspolitik und zum anderen die Feststellung, daß jede Diskussion über die Türkei für uns immer auch ein innenpolitisches Thema ist.

Dazu nur ein kleines delikates Beispiel: Der Neffe des gegenwärtigen türkischen Ministerpräsidenten Erbakan leitet in Deutschland eine Organisation namens Milli Görüş ("Nationale Sicht"), deren Zielsetzungen mit dem deutschen ordre public weithin unvereinbar sind. Vieles, was sich in der türkischen Innenpolitik abspielt, schlägt auf die deutsche Innenpolitik durch. Von daher sehe ich, genau wie Herr Klose, die absolute Notwendigkeit, uns intensiv mit der Türkei zu beschäftigen.

Was die Außen- und Sicherheitspolitik angeht, so ist unser Interesse, die Türkei in den europäischen Verbund zu integrieren, nach wie vor unbestritten, wie ich unterstreichen möchte. Dies ist im Eifer der medialen Gefechte, an denen sich alle Seiten, übrigens auch die Vereinigten Staaten von Amerika, beteiligt haben, nicht mehr so richtig deutlich geworden. Natürlich übt die Türkei heute nicht mehr die Funktion des Flankenschutzes für die NATO aus wie zur Zeit des kalten Krieges. Und die neue außenpolitische Rolle der Türkei erscheint bisher noch diffus, wenn ich etwa an die Schwarzmeerkoooperation oder auch an die Hinwendung nach Zentralasien denke. Dennoch ist völlig klar, daß der Türkei, sowohl was ihre Ausstrahlung in den asiatischen Bereich als auch als Teil Europas, nach wie vor eine wichtige Funktion zukommt.

Daß die Umsetzung des Assoziierungsabkommens von 1963 gegenwärtig Schwierigkeiten bereitet, liegt aus meiner Sicht zur Zeit eher an der Türkei als an Europa. Deshalb sollten wir deutlich machen, daß Europa einerseits ein nachhaltiges strategisches Interesse an der Türkei hat, die Türkei andererseits aber gefordert ist, bestimmten Voraussetzungen zu entsprechen, wenn sie Mitglied der Europäischen Union werden will.

Daraus würde ich folgende politische Schritte ableiten. Erstens sollten die Europäer endlich ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Türkei nachkommen, die sich aus deren Mitgliedschaft in der Zollunion ergeben. Staatssekretär Öymen war ja einer der Promotoren der Zollunion, und ich kann seine Enttäuschung über die bisherige Zurückhaltung der Europäischen Union durchaus verstehen. Im Augenblick profitiert die EU einseitig von der Zollunion.

Zweitens befürworte ich eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Westeuropäischen Union - trotz aller Schwierigkeiten und Vorbehalte, die der deutsch-französischen Zielsetzung, die WEU mittelfristig zur verteidigungs- und sicherheitspolitischen Komponente der Europäischen Union werden zu lassen, noch entgegenstehen.

Drittens sollten wir im Bereich der ökonomischen Zusammenarbeit geeignete Zwischenstufen finden, um eine schrittweise Annäherung der Türkei an die europäische Integration zu ermöglichen. Die Währungsunion wird sicherlich ein sehr, sehr fernes Ziel für die Türkei sein. Ich darf nur daran erinnern, daß schon die erste Regierung Özal das ambitionierte Ziel verfolgte, die Inflation ganz wesentlich zu reduzieren; alle weiteren Regierungen fühlten sich dem ebenfalls verpflichtet. Der Erfolg ist bisher ausgeblieben.

Öymen

Herr Schmidt, Sie erwähnen den Neffen von Erbakan. Nur haben viele Politiker in der Welt Neffen, und ich kann einige Beispiele aus Großbritannien und anderen Ländern in Erinnerung rufen. Wir sollten nicht nach den Taten oder Untaten dieser Neffen urteilen. Als ehemaliger Botschafter meine ich jedenfalls beurteilen zu können, daß der betreffende Neffe nicht die Mehrheit der in der Bundesrepublik lebenden Türken repräsentiert.

Vollmer

Staatssekretär Öymen und Herr Türkmen haben beide die Frage gestellt: Wo liegen eigentlich die Vorbehalte der Europäer gegenüber einer EU-Mitgliedschaft der Türkei? Sie haben die außenpolitische Verlässlichkeit der Türkei betont und daraufhingewiesen, daß Europa daran sehr interessiert sein müßte. Auch die wirtschaftlichen Daten, haben wir gehört, sind in der Türkei besser als in vielen anderen Ländern, die Mitglieder der Europäischen Union werden wollen.

Insofern glaube ich auch, daß zutrifft, wenn Sie vermuten, die Vorbehalte haben andere Gründe und liegen auf zivilisatorischem Gebiet. Und eben diese Vorbehalte versuchen Sie zu entkräften, indem Sie auf die Entwicklung der Türkei auf diesem Gebiet in den letzten 70 Jahren verweisen. Mein Eindruck ist, daß man in Europa letztlich nicht an eine Koexistenz der verschiedenen Kulturen und Zivilisationen glaubt.

Hinzu kommt die innenpolitische Problematik, die sich bei uns auftut - Herr Klose hat daraufhingewiesen. Nirgendwo in Europa ist es gelungen, tragfähige Modelle einer friedlichen zivilisatorischen Koexistenz mit dem Islam zu entwickeln und zu praktizieren. Wenn ich etwa an das Verhältnis Frankreich - Algerien denke, so ist das sicher kein ermutigendes Beispiel. Von Rußland und seinen muslimischen Völkerschaften will ich erst gar nicht reden. Und das erschreckendste Beispiel ist sicher Bosnien, wo es nicht gelungen ist, dem Islam in Europa dauerhaft einen Platz einzuräumen.

Was Deutschland angeht, sehe ich vor allem unsere eigenen innenpolitischen Versäumnisse, besonders das Fehlen einer konsequenten Integrationspolitik, die es den integrationsbereiten Einwanderern ermöglicht hätte, diesen Prozeß zu vollziehen. Die Reethnisierung der islamischen Minderheit bei uns ist sicher eine Folge dieser Unterlassungen; andere Gründe mögen hinzukommen.

Wie steht es um diese Dinge in der Türkei selbst? Macht sie eine bessere Integrationspolitik? Die Verdienste Atatürks sind sicherlich gar nicht hoch genug zu bewerten; aber wie ist die gegenwärtige Politik hier einzuschätzen? Von türkischen Freunden weiß ich, daß mancher die Regierungsbeteiligung von Erbakan und der Refah-Partei unter dem Aspekt begrüßt hat, auf diese Weise könne sich eine aufgeklärte islamische Politik für die Europäer empfehlen. Doch diese Hoffnung scheint sich auch bei Ihnen nicht erfüllt zu haben. Ich wäre sehr daran interessiert, darüber mehr zu erfahren.

Mir wird von türkischer Seite immer wieder gesagt: "Keine Angst, wir werden nicht wie Algerien." Und dazu heißt es dann als Begründung: "Wir haben doch ein aufgeklärtes zivilisiertes Militär, das eine solche Entwicklung verhindern wird." Das ist für uns aber durchaus keine Beruhigung. Denn als Konsequenz einer solchen militärischen Lösung sehen wir die Gefahr verstärkter Einwanderung eben jener islamischen Kräfte bei uns. Wir befürchten also, daß der islamistische Fundamentalismus dann in noch viel stärkerem Maße in unseren Städten in Erscheinung tritt und der Prozeß der

zivilisatorischen Koexistenz beziehungsweise der Säkularisierung und Zusammenarbeit, den wir als wichtig ansehen, noch weniger gelingt. Deshalb ist unsere große Hoffnung, daß die Türkei im eigenen Lande die Perspektive eines vertrauensvollen Miteinander entwickelt und wir daraus lernen, wie wir in unseren Ländern damit umgehen können.

Sommer

Zu Goethes Zeiten hieß es in Deutschland noch: "Weiß ich an Sonn- und Feiertagen/ nichts Besseres als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,/ wenn hinten weit in der Türkei/ die Völker aufeinanderschlagen." Das ist lange her, wie wir auch in diesem Gespräch unschwer feststellen können. Heute gilt die Türkei eher als Bollwerk westlicher Werte gegen den islamischen Fundamentalismus, als Vorposten der Demokratie und als Stabilitätsfaktor in der Region.

Herr Schmidt hat zu Recht betont, daß wir an allem, was hier geschieht, höchst interessiert sein müssen, weil es uns ganz unmittelbar betrifft. Die überwiegende Mehrzahl der drei Millionen Türken in den Ländern der Europäischen Union lebt heute in Deutschland, nämlich rund 2,3 Millionen. Wir haben die ersten vor drei Jahrzehnten als Gastarbeiter in unser Land geholt; die Familienangehörigen sind mit der Zeit nachgekommen. 60 Prozent von ihnen leben seit über zehn Jahren in Deutschland, 50 Prozent über 15 Jahre, und 25 Prozent sind schon über 25 Jahre bei uns. Für viele von ihnen ist Deutschland die einzige Heimat, ein Land, das sich immer noch sperrt, sie zu Deutschen zu machen. Ich bin indessen davon überzeugt: Die Türken in Deutschland werden im Laufe der Zeit zu deutschen Türken und schließlich zu türkischen Deutschen werden.

Worauf es mir aber vor allem ankommt, ist, daß sich die innenpolitischen Ereignisse in der Türkei unmittelbar auf die deutsche Gesellschaft auswirken. Wir sind daher außerordentlich daran interessiert, daß Deutschland nicht zum verlängerten Schlachtfeld der inneren Auseinandersetzungen, etwa zwischen Kurden verschiedener Couleur und zwischen Kurden und Türken wird. Wenn wir selber uns aber in Richtung einer multikulturellen, multiethnischen Gesellschaft entwickeln sollen, dann dürfen wir von der Türkei wohl im gleichen Maße verlangen, daß sie dieselbe Maxime ebenso gegenüber ihren eigenen Minderheiten praktiziert.

Wir sind natürlich auch sehr daran interessiert, daß die Türkei ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme bewältigt, um beitragsfähig zur Europäischen Union zu werden, vor allem aber, damit die soziale Situation nicht unsere eigene; Gesellschaft infiziert.

Und uns ist nicht zuletzt daran gelegen, daß die Türkei ein laizistischer Staat bleibt. Wir haben bei uns den christlichen Fundamentalismus überwunden, zugegebenermaßen ein Prozeß, der Jahrhunderte gedauert hat. Aber wir wollen uns dafür jetzt nicht einen islamischen Fundamentalismus einhandeln.

Doch wie Frau Vollmer finde ich es nicht gerade beruhigend, daß der Laizismus in der Türkei ausgerechnet in der Armee seinen Garanten hat. Das Militär ist auch nach der Verfassung immer noch die letzte politische Instanz in diesem Lande. Der Grundsatz der zivilen Kontrolle gilt allenfalls hypothetisch. Ich meine, darüber sollte man in der Türkei ernsthaft nachdenken. Die Rolle der Armee muß eingeschränkt werden, wenn die Türkei der Europäischen Union beitreten will, was ich mir sehr wünschen würde.

Türkmnen

Ich möchte auf die Bemerkung unserer deutschen Freunde eingehen, sie seien dagegen, daß Deutschland zum erweiterten Schlachtfeld für die inner; türkischen Auseinandersetzungen wird. Das ist ein völlig berechtigtes Anliegen, und das läge auch nicht im Interesse der Türkei.

Doch das hat zwei Seiten: Zum einen werden die Konflikte in der Tat von der Türkei nach Deutschland exportiert. Zum anderen werden sie aus Deutschland in die Türkei rückimportiert. Denn in Deutschland finden die extremen politischen Gruppierungen günstigere Voraussetzungen für ihre Aktivitäten. So erhält die PKK Geld von den kurdischen Aktivisten in Deutschland. Das gleiche gilt für die politischen Islamisten.

Die beste Lösung wäre also - sicherlich nicht kurzfristig, aber auf mittlere und längere Sicht;-, wenn diese Menschen in die deutsche Gesellschaft; integriert würden. Und ich glaube auch nicht, daß sie dies nicht wollen. Machen Sie sie zu deutschen Staatsbürgern! Ich bin sicher, daß die meisten dies wollen, zumindest ihre; Kinder.

Klose

Ich fürchte, dies ist eine große Illusion, Herr Türkmén. Die Integration der dritten und vierten Generation junger Türken in Deutschland ist schwieriger geworden, als sie es in der zweiten Generation war. Diese Erfahrung, die wir jetzt machen, wird im übrigen durch eine Untersuchung an der Universität Bielefeld bestätigt.

Türkmén

Was ist mit denen, die deutsche Staatsbürger geworden sind? Haben sie sich integriert?

Klose

Einige.

Türkmén

Nun, zumindest einige. Wenn man 50 Prozent von ihnen integrieren kann, so ist das ein Plus.

Hier wurde von der Rolle der Armee gesprochen, und ich sehe dabei einen Widerspruch. Niemand wünscht, daß sich der Fundamentalismus in der Türkei ausbreitet, aber alle wenden sich auch gegen eine Intervention durch die Armee. Doch die historische Erfahrung hat gezeigt, daß die Armee nicht interveniert, wenn sie nicht durch die Gesellschaft selbst dazu veranlaßt wird. Deshalb glaube ich auch nicht, daß die Armee eingreifen wird, es sei denn, die Situation entwickelt sich dergestalt, daß eine andere Lösung undenkbar ist.

Bagci

Theo Sommer möchte ich dahingehend beruhigen, daß ich der Überzeugung bin, die Demokratie in der Türkei steht auf einem festen Fundament. Dabei geht es nicht um einen Vergleich mit Europa, sondern primär um die Frage, inwieweit die anderen Länder im Nahen und Mittleren Osten einen ähnlichen Demokratisierungsprozeß erleben werden, wie er in der Türkei stattgefunden hat. Worauf es ankommt, ist, daß der Westen der Türkei viel Verständnis entgegenbringt. So wie die USA eine Annäherung der Türkei aus strategischen Gründen befürworten, sollten die Europäer die Türkei in ihren Bemühungen um Säkularisierung und Demokratie unterstützen und ihr damit den Beitritt zur Europäischen Union ermöglichen, wenn sie die entsprechenden Normen erfüllt. Ich meine, die Europäer sollten, so wie es die Amerikaner bereits praktizieren, ihre Einstellung gegenüber der Türkei rasch ändern und nicht nur darauf warten, daß sich in der Türkei erst einmal Veränderungen vollziehen, bevor wir in Europa willkommen sind.

Horstmann

Das sich politisch organisierende Europa stellt sich heute in einem Zusammenwirken von OSZE, NATO, Europarat, Europäischer Union und Westeuropäischer Union dar. Hinzu kommen regionale Einrichtungen, wie zum Beispiel der Ostseekooperationsrat oder die Schwarzmeerkoperation. Das heißt, Europa in seiner politischen Realität ist keineswegs mit der Europäischen Union allein gleichzusetzen.

Was die Europäische Union selbst anbetrifft, so hat sie seit ihrer Gründung 1957 vier Erweiterungen verkräftet: 1973 (Dänemark, Großbritannien, Irland); 1981 (Griechenland); 1986 (Portugal, Spanien); 1995 (Finnland, Österreich, Schweden - Norwegen hatte, wie Sie wissen, letztlich doch nein gesagt). Diese Erweiterungen haben jedesmal erhebliche Kraftanstrengungen gekostet. Es wurde in allen Fällen lange verhandelt. Es gab zum Teil langjährige Übergangsfristen, um die Stabilität der Gemeinschaft nicht zu gefährden und die notwendige Vertiefung zu ermöglichen.

1993 hat der Europäische Rat in Kopenhagen die weitere Agenda für die Europäische Union gesetzt, die durch die folgenden Ratstagungen bestätigt wurden. Gegenwärtig steht die interne Reform auf der Tagesordnung. Dazu ist gestern, am 23. Mai, ein besonderer Europäischer Rat in Nimwegen zusammengekommen, nicht: zuletzt, um den im Juni stattfindenden Europäischen Rat in Amsterdam vorzubereiten.

1993 in Kopenhagen wurde die Türkei ausdrücklich mit Hinweis auf die Zollunion erwähnt. Zugleich wurden alle mittel- und osteuropäischen Staaten, die mit der EU ein "Europa-Abkommen" abgeschlossen haben, aufgefordert, sich auf Beitrittsverhandlungen vorzubereiten.

Die Europäische Union sieht sich gegenwärtig also einer einzigartigen historischen Herausforderung gegenüber, die alles übersteigt, was wir in der Vergangenheit der Gemeinschaft erlebt haben. Über das Erweiterungsszenario besteht bisher verständlicherweise noch keine Einigkeit im Detail. Ganz und

gar unbestritten ist indes, daß die Europäische Union allgemein und Deutschland im besonderen ein strategisches Interesse daran haben, die Türkei schrittweise immer näher an die EU heranzuführen. Dies hat der Assoziationsrat am 29. April 1997 erneut bekräftigt. Dabei hieß es, ein Beitritt entsprechend dem Assoziationsabkommen und der vom Rat unterstützten Stellungnahmen der Kommission von 1989 könnte in Betracht gezogen werden.

Ich meine, alle Beteiligten sind jetzt gefordert, ihre spezifischen Hausaufgaben zu machen. Staatssekretär Öymen hat dies für die Türkei vorhin bekräftigt. Auf der anderen Seite kann ich nur davor warnen, die Agenda zu überfrachten; dies würde die Stabilität des europäischen Einigungsprozesses gefährden.

Öymen

Herr Horstmann, Sie haben, freundlicherweise den deutschen Standpunkt noch einmal dargelegt. Dazu möchte ich nur auf das verweisen, was Herr Kinkel anlässlich seines letzten Besuchs in Ankara zur Vollmitgliedschaft der Türkei gesagt hat. Man werde sich mit dieser Frage fair auseinandersetzen, betonte er. Wir verlangen nicht mehr und nicht weniger als eine faire Behandlung in dieser Frage.

Kramer

Die ständig wiederholte Formulierung von der "enormen strategischen Bedeutung der Türkei für die künftige europäische Ordnung" nimmt allmählich fast den Charakter einer rhetorischen Leerformel an; offenbar weil es damit leichter wird, die sehr schwierigen politischen Probleme zu umgehen. Was heißt es denn konkret, die Türkei sei für Europa strategisch wichtig? Natürlich, für Stabilität, Ordnung, Frieden im europäischen Umfeld - was immer das im einzelnen bedeuten mag - spielt die Türkei sicherlich eine wesentliche Rolle. Aber welche Stabilität, welche Ordnung, welcher Frieden sind damit konkret gemeint? Hierzu sind bisher von europäischer Seite kaum Vorstellungen entwickelt worden.

Wie steht es beispielsweise um eine europäische Kurdenpolitik, die sich nicht nur auf die Türkei beschränkt, sondern die gesamte Region mit einbezieht? Denn das Kurdenproblem ist ja nicht nur, vielleicht nicht einmal vorrangig, eine türkische Angelegenheit. Weiter: Welche europäischen Vorstellungen gibt es zur Wasserpolitik im Nahen und Mittleren Osten? Oder: Welche strategischen Überlegungen haben die Europäer zu Zypern entwickelt, damit eine Mitgliedschaft der Insel in der Europäischen Union nicht Frieden, Stabilität und Ordnung im östlichen Mittelmeer gefährdet? Und wo bleibt das Konzept einer europäischen Politik gegenüber dem kaspischen Raum? Gibt es ein europäisches Interesse an den Energievorräten in dieser Region, und, wenn ja, wie soll es realisiert werden?

In allen diesen Zusammenhängen spielt die Türkei zweifellos eine wichtige Rolle. Aber die Aussagen der Europäer in dieser Hinsicht würden wesentlich an Überzeugung gewinnen, wenn sie zu diesen Fragen eigene strategische Konzeptionen entwickeln, mit denen sich die Türkei auseinandersetzen könnte. Dann ließe sich feststellen, wieweit man jeweils zusammengehen könnte und wo die Interessen auseinanderfallen.

Staatssekretär Öymen hat zu Recht nach der Position gefragt, welche die Türkei im Geleitzug der Beitrittskandidaten einnimmt. Denn ich interpretiere die Äußerungen auf dem letzten Assoziationsrat so, daß die Türkei jetzt auch zu diesem Geleitzug gehört. Wenn das so ist, würde ich es sehr begrüßen, wenn die Europäische Kommission in absehbarer Zeit einen neuen Avis für die Türkei erstellte, in dem eben diese Position der Türkei deutlich wird. Wie die Türkei sich selbst sieht, hat Herr Öymen klar dargelegt. Jetzt sind die Europäer gefragt, über die allgemeinen Bekundungen hinaus zu sagen, wie sie zur Türkei als Beitrittskandidat stehen.

Gasteyger

Sie haben damit in der Tat ganz entscheidende Fragen gestellt, Herr Kramer. Wie sehen denn die europäischen Vorstellungen in den von Ihnen angesprochenen Bereichen aus? Sie gehen ja weit über die Türkei selber hinaus. In einem gewissen Sinn ist man sogar versucht zu fragen, ob die Debatte über das Verhältnis der EU oder Europas als Ganzes zur Türkei uns nicht zwingt, viel ehrlicher und grundsätzlicher darüber nachzudenken, welches Europa wir meinen, anstreben und damit letztlich als politisch glaubwürdige Kraft gestalten wollen.

Kühnhardt

Die berechtigte Kritik an fehlenden politischen Vorstellungen der Europäer reicht nicht aus, um eine neue Perspektive im Hinblick auf die Rolle der Türkei in der gesamten Region zu finden. Was wir

dringend benötigen, ist ein europäisch-amerikanisch-türkischer Ausgleich in diesem Beziehungsfeld. Es gibt Perzeptionsprobleme und wechselseitige stereotype Vorhaltungen auf allen Seiten. Während sich die amerikanische Diskussion im wesentlichen auf strategische Fragen konzentriert, nehmen die Europäer die Türkei eher unter innenpolitischen Gesichtspunkten wahr, und die Türkei, scheint mir, fixiert sich allzusehr auf die Frage der EU-Mitgliedschaft.

Die deutsche Diskussion über die Türkei leidet, so meine ich, an zwei Defiziten: einem strategischen und einem intellektuellen. Wenn etwa Herr Schmidt davon sprach, die Türkei sei auch nach dem Ende des kalten Krieges noch immer wichtig, dann würde ich mit allem Nachdruck sagen: Die Türkei ist sogar noch wichtiger geworden, und zwar gerade für ein Land wie Deutschland und auch für die Europäische Union. Wie wollen wir eigentlich unsere Wohlstands- und Stabilitätszone aufrechterhalten ohne die Türkei, die, was etwa die großen Ölvorkommen im Kaspischen Meer angeht, eine Schlüsselposition einnimmt? Dies scheint in Deutschland nicht mit der wünschenswerten Klarheit gesehen zu werden.

Neben diesem strategischen sehe ich aber auch ein intellektuelles Defizit, und zwar in bezug auf die Fundamentalismusfrage. Die deutsche intellektuelle Diskussion argumentiert hier durchweg pauschalisierend, um nicht zu sagen, angst machend. Mitunter hat es den Anschein: Je laizistischer wir uns selbst geistig-politisch wahrnehmen, desto schwerer tun wir uns mit dem Phänomen Religion. Dies zeigt sich bei m Thema Islam in besonderer Weise.

Während die Französische Revolution 1789 einen Radikallaizismus entfesselte, kehrte die Religion im 19. Jahrhundert nach Frankreich zurück, und es entstand der politische Katholizismus, der ja in Europa in der Christdemokratie im Grunde bis heute wirksam ist. Niemand würde bei uns auf die Idee kommen zu sagen, dort werde ein christlicher Fundamentalismus praktiziert. Das war weder im 19. Jahrhundert noch bei Adenauer, Schuman und De Gasperi der Fall.

Bei der Türkei jedoch, nun wirklich das einzige laizistische Land im ganzen islamischen Kulturraum, sind wir, zumal in Deutschland, sehr schnell mit dem Fundamentalismusvorwurf bei der Hand und scheren die Türkei, Algerien, Iran und andere Länder über einen Kamm. Und dann wundern wir uns, daß in unserer Bevölkerung Ängste hochkommen, wenn gefragt wird, ob die Türkei nicht eher einem gänzlich anderen Zivilisationsraum angehört.

Auf dem Balkan ist der Islam seit Jahrhunderten eine Realität, die zur europäischen Geschichte gehört. Wer meint, der Islam solle Europa fernbleiben, der verlangt im Grunde, unsere Mitbürger islamischen Glaubens quasi zu extraterritorialisieren. Wir führen in Europa tiefeschürfende Diskussionen über die Frage, was unsere Gesellschaft zusammenhält, und dabei geht es auch um die produktive: Rolle der Religion in ihrer Bedeutung für die plurale, säkulare Welt. Daß eine solche Diskussion heute auch in der Türkei stattfindet, ist genauso legitim. Überall in der Welt wird versucht, einen Weg zwischen Authentizität und Modernität zu finden. Aber der Türkei machen wir daraus allzusehr den pauschalen Vorwurf des Fundamentalismus.

Diese intellektuelle Verkürzung wirkt sich nicht nur auf unser Islambild, sondern auch auf unsere Türkeipolitik und auf die innenpolitische Diskussion über die Türkei in Deutschland aus.

Veremis

Ich möchte nur daran erinnern, Herr Rühl, daß der Ausdruck "ad calendas graecas" lange vor der Europäischen Union geprägt wurde. Aber sicherlich wurde er zu Recht gebraucht, um den Widerstand Griechenlands gegen eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union zu charakterisieren. Das ist heute zum Glück nicht mehr der Fall. Unsere politische Führung hat allmählich begriffen, daß durch die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU einige der Konflikte, die schon seit Jahren zwischen Griechenland und der Türkei stehen, vermutlich leichter zu lösen sein werden. Ich weiß allerdings; nicht, ob das die Gemeinschaft im Ganzen auch so sieht. Mit anderen Worten, ich meine, wir sollten über den von der Türkei gewünschten vollen Beitritt offen diskutieren, statt immer nur hier und da Kompensationen anzubieten, ohne die Türkei, wie sie es wünscht, voll zu akzeptieren. Sie strebt dies an, weil sie zur europäischen Familie gehören will, und sie wird sich mit weniger nicht zufrieden geben.

Das Haupthindernis ist jedoch nicht die Kultur - um die Argumentation von Samuel Huntington zu verwenden;- , sondern worum es eigentlich geht, ist, daß die Vollmitgliedschaft die freie Wahl des Arbeitsplatzes innerhalb der Mitgliedsstaaten beinhaltet. Wir sollten so ehrlich sein zuzugeben, daß dies das größte Hindernis für die Vollmitgliedschaft der Türkei ist. Ich meine nicht, daß dieses Problem unlösbar ist, aber wir müssen uns eingehend damit auseinandersetzen.

Was die Kultur angeht, so leben wir heute in einer multikulturellen Welt und übernehmen sehr schnell die Ideen anderer Völker. Die Religion ist dabei zwar nicht gerade an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden, gehört aber mehr der Privatsphäre an. Jedenfalls spielt sie nicht mehr die zentrale Rolle, die sie in früheren Jahrhunderten hatte, und sie sollte deshalb auch nicht als Alibi dienen, um die Mitgliedschaft eines Landes zu blockieren, wenn es die anderen europäischen Standards - die gegenwärtigen und die künftigen erfüllt. Dies ist für mich eine Frage, die wir möglichst aufrichtig beantworten sollten.

Robins

Natürlich ist es verlockend, sich mit den "großen" Themen à la Samuel Huntington zu befassen, nämlich mit dem "clash of civilisations". Aber was ist mit Handel und ausländischen Direktinvestitionen und ähnlichen Dingen, die wir nicht so recht beachten? Dies sind jedoch die eigentlichen Faktoren, die uns zusammenführen. Die Zollunion wird, wenn auch nicht kurzfristig, so doch auf längere Sicht eine entsprechende Rolle spielen.

Lassen Sie uns daher den wirklichen Kitt unserer Beziehungen nicht vernachlässigen. Dabei geht es nicht um "alles oder nichts". Wenn wir über eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU irgendwann nach 2010 reden, dann sollten wir zunächst darüber nachdenken, wie die EU im Jahre 2010 und danach aussehen wird, und uns überlegen, wie die Türkei in dieses Bild hineinpaßt. Ich bin davon überzeugt: Je größer die EU wird, desto vielschichtiger wird sie vermutlich werden. Und dann kann man sich Gedanken darüber machen, wie die Türkei in dieses vielschichtige Europa hineinpaßt.

Lassen Sie uns also in aller Gelassenheit über Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Bindungen sprechen, und zwar in einer langfristigen Perspektive. Dafür sollten wir unsere Phantasie bemühen und nicht zu sehr am Heute und Morgen festhalten.

Cavanaugh

Ich schließe mich dem britischen Pragmatismus aus amerikanischer Sicht an. Ich gewinne hier zunehmend den Eindruck, daß der "Westen" automatisch mit Mitgliedschaft in der Europäischen Union gleichgesetzt wird. Mein Land hat bisher jedenfalls nicht die Absicht, der Europäischen Union beizutreten, aber wir betrachten uns als westlich.

Es ist zweifellos wichtig für die Türkei, mit Europa eng verbunden zu sein. Aber ich halte es für falsch zu meinen, wenn sie nicht Vollmitglied der EU ist, gehöre sie nicht zum Westen. Ebenso würde ich es für einen Fehler halten zu sagen, wenn die Türkei nicht sofort aufgenommen wird, werde sie einen neuen Block mit: Rußland bilden. Es ist überhaupt kein Zweifel, daß die Türkei zum Westen gehört. Die Frage ist nur, wie sie in diesen wirtschaftlichen und politischen Kreis integriert werden kann.

Schmiegelow

Ich bin etwas besorgt, daß die Frage der türkischen EU-Mitgliedschaft mehr und mehr eine psychologische Dimension bekommt und sich auch innerhalb Deutschlands negativ auszuwirken beginnt. Was wir feststellen, ist jedenfalls, daß die früher durchaus integrationsbereiten Türken in Deutschland zunehmend Ghettos bilden, weil sie immer mehr den Eindruck gewinnen, daß sie in Europa sowieso nicht gewollt sind und auch nie eine Chance erhalten werden dazuzugehören. Samuel Huntingtons Szenario eines Kulturkampfes zwischen dem christlichen Abendland und dem Islam verstärkt dieses Empfinden noch.

Ich meine, wir sollten etwas vorsichtiger mit bestimmten Begriffen umgehen. Klar ist, daß strategisch alles für eine Heranführung der Türkei an die EU spricht. Wirtschaftlich ebenfalls. Die Hindernisse, die sowohl aufseiten der Türkei wie auf Seiten der EU noch bestehen, hat Herr Horstmann zu Recht als "Hausaufgaben" bezeichnet, die erledigt werden müssen; sie werden zwar Zeit brauchen, sind aber lösbar.

Statt dessen wird nun von den Medien das kulturelle Problem hochgespielt, und mein Eindruck ist, daß die Eliten bei uns allmählich vom süßen Gift des "clash of civilisations" infiziert werden. Davor möchte ich warnen. Statt die Bedrohung der abendländischen Kultur zu beschwören, zu der die Türkei nicht gehört, sollten wir besser positiver Religionsfreiheit und kulturellem Pluralismus das Wort reden, auch in der Türkei. Die Türkei will ein moderner säkularer Staat sein, dessen Bürger mit überwiegender Mehrheit der islamischen Kultur angehören - so wie wir uns in Europa zur christlichen Kultur bekennen, die im übrigen erhebliche konfessionelle Unterschiede aufweist. Wie leicht Kulturkampfeszenarien zu "selffulfilling prophecies" werden können, wissen wir ja aus unserer eigenen Geschichte des Westens.

Kulturelle Unterschiede sollten uns nicht daran hindern, an der Idee einer universalen Zivilisation festzuhalten, auch wenn sie sich erst allmählich entwickelt. Dazu gehören Demokratie und Rechtsstaat genauso wie Wissenschaft und auch Technik, insbesondere aber das Prinzip der positiven Religionsfreiheit. Nicht zuletzt beinhaltet dieser Zivilisationsbegriff die Zähmung der Gewalt. Terrorismus und gewaltsame staatliche Repression sind damit jedenfalls nicht vereinbar. Da sehe ich einen deutlichen Zusammenhang mit dem Kurdenproblem. Hier liegt ja auch bisher eines der offensichtlichen Hemmnisse für den EU-Beitritt der Türkei. Im übrigen sollte es uns optimistisch stimmen, daß die Demokratie überall auf dem Vormarsch ist, auch in Asien, so groß die kulturellen Unterschiede dabei auch sein mögen.

Schmidt

Ganz so leicht läßt sich die kulturelle Frage nicht abtun, wie das bei Herrn Schmiegelow anklang. Man muß ja nicht gleich Samuel Huntington und den "Kampf der Kulturen" bemühen. Aber daß sich im Zusammenleben zwischen Menschen, die unterschiedlichen Kulturen und Religionen angehören, durchaus handfeste Probleme ergeben können, werden Sie kaum leugnen wollen.

Da geht es nicht ums christliche Abendland, das gegen den Islam zu verteidigen ist. Im Gegenteil, wir erleben doch mitunter die bizarre Situation, daß aus der laizistischen Türkei uns Vorhaltungen im Hinblick auf die Grenzen religiöser Toleranz gemacht werden, weil wir uns angeblich zu sehr von religiösen Grundsätzen entfernten.

Ich bin mir auch nicht sicher, ob diese Kirchentagsmentalität, die eigene religiöse Überzeugung geradezu hintanzustellen, nicht viel weniger der zu Recht geforderten Toleranz entspricht, als wenn der eigene religiöse Standpunkt gut fundiert vertreten wird. Ich will damit nur einer Tendenz entgegentreten, die in unserer sehr säkularisierten Gesellschaft in Deutschland und teilweise auch in Europa Platz greift und die es uns nicht leichter, sondern vielmehr schwerer machen könnte, mit manchen Erscheinungen anderer Kulturen und Religionen tolerant umzugehen.

Auf die angebliche geistige Wahlverwandtschaft zwischen Herrn Kohl und Herrn Erbakan will ich hier nicht näher eingehen; Kohl würde sicher nicht das christliche Abendland bemühen, um irgendwelche Vorbehalte gegenüber einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU auszudrücken. Doch dem Treffen der europäischen Christdemokraten am 4. März in Brüssel ging eine gezielte taktische Operation der türkischen Außenpolitik voraus, die eine gewisse Resonanz in den USA gefunden hatte. Daraufhin sahen sich einige Europäer genötigt festzustellen, daß die amerikanische Sicht der Dinge nicht ausreichte, um die Kriterien für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu erfüllen.

Ich meine aber, wir sollten diese rhetorischen Hahnenkämpfe, dieses gegenseitige verbale Hochschaukeln einstellen. Ich will auch nicht verhehlen, daß sich dabei nicht zuletzt die Medien in unseren beiden Ländern angesprochen fühlen sollten. Insbesondere die türkischen Medien - dies ist mein Eindruck - müssen sich an ein in Demokratien übliches seriöses Verhalten noch mehr gewöhnen.

Hinzu kommt, daß das Bundespresseamt bisher nicht in der Lage ist, eine systematische Auswertung der in Deutschland erscheinenden türkischen Zeitungen uns Politikern zugänglich zu machen - so wie wir von allen deutschen Zeitungen eine Auswertung erhalten. Wir Politiker müssen uns jedenfalls bewußtmachen, daß die türkische Meinungsbildung nicht nur in der Türkei, sondern auch in Deutschland stattfindet. Da wird zum Teil mehr Legendenbildung betrieben, als daß sauber recherchierte Nachrichten übermittelt werden.

Um es abschließend deutlich zu sagen: So wie Philip Robins meine ich, daß niemand der Türkei das Recht absprechen kann, sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu bewerben. Und keiner sollte heute sagen, der Beitritt sei überhaupt nicht möglich. In welcher Form und in welchem Kreis dann der Beitritt letztlich erfolgt, diese Frage wird nicht im Jahre 1997 entschieden.

Schmiegelow

Ich meine nicht, Herr Schmidt, Deutschland sollte sein christliches Erbe aufgeben. Im Gegenteil, je mehr Deutschland sich seines christlichen Erbes bewußt ist, um so gelassener kann es mit Menschen anderer Glaubensrichtungen zusammenleben. Ich erinnere nur an Preußen, ein gewiß selbstbewußter Staat, der, was das Zusammenleben mit fremden Kulturen und Religionen anging, ungewöhnlich offen und tolerant war; Allerdings kommt in dieser Hinsicht der politischen Bildung eine besondere Bedeutung zu, um gerade das zu vermitteln, was alle Bürger, unabhängig ihrer jeweiligen religiösen oder kulturellen Zugehörigkeit, anerkennen müssen: Demokratie, Verfassung, Rechtsstaat, Gewaltmonopol des Staates und Menschenrechte.

Horstmann

Ich stimme Herrn Schmidt zu, daß wir allen Anlaß hatten, uns über eine zunehmende "Megaphon-Diplomatie" zu beklagen. Staatssekretär Öymer hat deshalb mit seinen deutschen Kollegen vereinbart, darauf hinzuwirken, daß wir vom Megaphon weg wieder zum Mikrofon zurückkehren. Dazu gehört im übrigen auch dieser hochrangige Bergedorfer Gesprächskreis.

Rühl

Nur zur Information: Das Bundespresseamt hatte im Jahre 1982 einmal die türkische Presse in Deutschland und ihre Berichterstattung und Kommentierung in der Türkei über das türkische Leben in Deutschland sowie über die Kommentare der türkischen und der deutschen Presse, die jeweils übernommen wurden, systematisch untersucht; eine sehr umfangreiche Arbeit. Nachdem der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt diese Untersuchung gelesen hatte, hat er sofort verfügt, sie unter keinen Umständen zu verbreiten; denn so, wie die türkischen Pressekommentare über Deutschland lauteten, würde dies den deutsch-türkischen Beziehungen und dem Zusammenleben mit den Türken in Deutschland nur geschadet haben. Und ich kann nur bestätigen: Das, was die Untersuchung widerspiegelte, vermittelte in der Tat den Eindruck, die türkische Presse würde aus einem Feindesland berichten.

Stürmer

Da Samuel Huntington hier ständig zitiert, aber nicht sehr fair interpretiert wird, möchte ich nur einiges klarstellen.

Erstens: Daß es tiefe kulturelle Bruchzonen gibt und wahrscheinlich noch lange geben wird und daß Globalisierung und Ethnizität, wie Graham Fuller sagt, eng zusammenhängen, ist evident. Dies wegzuwünschen, ist vielleicht eine verständliche Herzensregung, aber mit klarem Verstand nicht aufrechtzuerhalten.

Zweitens: Huntington wird in einem Punkt, besonders in Deutschland, völlig mißverstanden. Er fordert gerade: Seid vorsichtig mit der Übertragung Eurer westlichen Werte auf andere Kulturen. Ihr macht Euch nicht die geringste Mühe, diese Kulturen zu verstehen. Anschließend laßt Ihr Politik auf dieser Einbahnstraße laufen.

Drittens: Huntingtons These ist, die Politik könne in Zukunft nicht davon ausgehen, daß es nurmehr eine amerikanisch beziehungsweise westlich geprägte Weltzivilisation gibt, sondern daß daneben andere Weltzivilisationen bestehen, die keineswegs den Wunsch haben, möglichst bald so zu werden wie Amerika.

Viertens: Politik wird die wichtige Aufgabe haben, kulturelle Konflikte, wenn sie denn auftreten - ob wir das wünschen oder nicht - zu moderieren; denn anderenfalls wird es grauenvolle Kriege geben.

Alaton

Ich möchte Ihnen den Standpunkt eines türkischen Geschäftsmannes vermitteln, der eine große Verantwortung für die Schaffung einer demokratischeren Türkei fühlt, einer Türkei, die Europa mit offenen Armen als volles Mitglied empfangen kann - und das in absehbarer Zukunft; denn mir bleibt nicht mehr viel Zeit in diesem Leben. Ich möchte die Türkei bald als Mitglied der Europäischen Union sehen.

Unser Problem in der heutigen Türkei ist es, wie wir die Menschen auf die in unserem Land bereits gegebenen demokratischen Spielregeln mental einstellen können. Dies ist ein schwieriger Umerziehungsprozeß, um dem Mann auf der Straße und, was noch viel wichtiger ist, der türkischen Bürokratie die europäischen demokratischen Standards verständlich zu machen. Wie schaffen wir es, alle türkischen Taxifahrer so zu "erziehen", daß sie bei Rot anhalten? Wie können wir in der türkischen Bürokratie einheitliche Maßstäbe für die Menschenrechte durchsetzen?

Die Türkei befindet sich in einem Transformationsprozeß, in einem Prozeß der Demokratisierung. Ich möchte alle Europäer bitten, etwas Geduld mit den Türken zu haben. Die Allmacht des Staates wird jetzt Tag für Tag in den Medien zur Diskussion gestellt. Im Fernsehen wird darüber debattiert. Das ist ganz neu für uns! Die Medien haben sich einen Teil ihres Ansehens zurück erobert, vor allem nach dem ominösen "Süsülük"-Verkehrsunfall. Auch die Öffentlichkeit zeigt mehr Mut, wenn es darum geht, die Unantastbarkeit der Politiker und der Führungsspitzen der Bürokratie zu kritisieren. Um es kurz zu machen: Unsere Bürger beginnen, vom Staat Rechenschaft zu fordern.

Zur Zeit bietet der politische Alltag in Ankara nicht gerade ein Bild, daß wir türkische Bürger darauf stolz sein könnten. Die meisten Politiker biegen sich die demokratischen Regeln nach Belieben zurecht oder ignorieren sie völlig. Die Mehrheit der Türken ist fassungslos und entsetzt über die Szenen, die das Fernsehen aus dem Parlament überträgt, wie sich unsere Parlamentarier benehmen. Dies hat jedoch auch einen positiven Aspekt, weil es dazu beiträgt, in der breiten Öffentlichkeit ein staatsbürgerliches Bewußtsein entstehen zu lassen.

Die Protestaktion "Eine Minute Finsternis, damit es anschließend Licht werde" war eine Demonstration spontaner Solidarität der Bürger. Das war ein entscheidender Wendepunkt in unserer Gesellschaft und ein Beispiel dafür, wie sich die Öffentlichkeit in Richtung auf ein demokratisches Bewußtsein bewegt. Es entstehen auch immer mehr Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Sie sind ein Zeichen dafür, daß die Wirtschaft immer stärker Verantwortung für die demokratische Entwicklung der Türkei übernimmt und sich bemüht, ihre Rolle im Prozeß der Demokratisierung zu spielen. So hat unsere Organisation, die TÜSIAD, fünf Berichte erarbeitet, die wir an das Parlament weitergeleitet haben. Der Industrie- und Unternehmerverband ist sich also seiner; Verantwortung bewußt und handelt entsprechend.

Auch beim Militär ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Das Militär fühlt sich zunehmend gegenüber der Zivilgesellschaft verantwortlich. Wir sind zum Beispiel unlängst zum ersten Mal in der 70-jährigen Geschichte der Republik vom Generalstab zu einem Briefing über die aktuellen Probleme der Türkei eingeladen worden. Nach Aussagen der Militärs ist die Türkei von zwei Feinden bedroht: dem PKK-Terrorismus und dem aggressiven Fundamentalismus. Und dann baten uns die Militärs, wir Vertreter der Wirtschaft sollten zur Verbesserung der Beziehungen mit Griechenland beitragen.

In der nächsten Woche wird der gesamte Vorstand von TÜSIAD an einer Konferenz von Nichtregierungsorganisationen zum Thema Armut teilnehmen, bei der ich als Begründer einer der "think-tanks" den Vorsitz führen werde. Die türkische Wirtschaft fühlt sich heute der Gesellschaft gegenüber sehr verantwortlich, was sich in den NGOs zeigt, mit dem Ziel, die in Europa geltenden demokratischen Standards zu realisieren. Deshalb kann ich nur wiederholen: Haben Sie bitte Geduld mit uns.

Gasteyger

Dieser sehr ermutigende Beitrag von Herrn Alaton stützt die Feststellung von Herrn Fuller, daß die Türkei sich rasch verändert, und zwar im positiven Sinne. Dies nicht zuletzt, weil sich die erwähnten Institutionen politisch verantwortlich verhalten. Aber, wie stets, gilt es hier zu unterscheiden. Wie jedes andere Land und ganz bestimmt wie in jeder Demokratie gibt es Unterschiede, gibt es Institutionen, die reformfähiger, offener sind als andere. Ein Unternehmer wie Sie, Herr Alaton, kann wahrscheinlich freier sprechen als ein Beamter oder Militär. Und so unterscheiden sich auch die Urteile der Ausländer je nachdem, mit welchem Gesprächspartner sie es jeweils zu tun haben.

Rouleau

Mein erster Besuch in diesem Land war im Mai 1960. Ich war damals Korrespondent von "Le Monde" und hatte gerade einen großen "Fehler" als Journalist begangen: Ich hatte in einem Leitartikel über die Türkei vorhergesagt, daß die türkische Armee putschen und die Macht übernehmen würde. Der damalige türkische Botschafter, der mich für gutgläubig hielt, erklärte mir, das sei völlig absurd; die Armee werde gewiß nichts Derartiges tun, und lud mich im Namen seiner Regierung in die Türkei ein, damit ich mich selbst davon überzeugen konnte. Einige Tage später flog ich nach Ankara - und am Morgen nach meiner Ankunft ergriff das Militär die Macht.

Ich habe also die Türkei seit 37 Jahren sehr genau beobachtet, erst als Journalist, dann als Diplomat - ich war Botschafter in Ankara. Ich habe gelernt, die Türken zu verstehen, zu respektieren und mit ihnen mitzufühlen. Vor allem habe ich die Erfahrung gemacht, daß Türken Kritik annehmen können, sofern sie von einem Freund kommt.

Die Europäer müssen daher die Türken überzeugen, daß sie ihre Freunde sind, daß die Integration der Türkei in die Europäische Union ebenso ein Anliegen der Europäer ist wie der Türkei und daß weder die Europäer noch die USA die Türkei aufsplitten wollen. Im Gegenteil - wir halten die Einheit der Türkei und ihre territoriale Integrität für sehr wichtig. Weiterhin müssen wir sie überzeugen, daß wir keinesfalls nach Ausreden suchen, um die Türkei aus der Europäischen Union fernzuhalten, sondern daß es klare Kriterien gibt, die die Türkei erfüllen muß, wenn sie Mitglied der Union werden will.

Ich möchte einige Empfehlungen vortragen, die in einem Bericht des türkischen Unternehmerverbandes TÜSIAD zur Demokratie stehen, der im letzten Januar veröffentlicht wurde.

Da heißt es unter anderem: Das politische System in der Türkei muß nachhaltig demokratisiert werden, und zwar nicht nur verbal. Die Verfassung und viele Gesetze müssen ergänzt oder ganz gestrichen werden, wie dies auch in Spanien und Portugal der Fall war, bevor sie der Europäischen Union beitraten. Außerdem müssen grundlegende Freiheiten für alle Menschen garantiert werden, auch für diejenigen, die ihre eigene ethnische oder kulturelle Identität wählen.

Ich stimme Herrn Türkmen völlig zu, wenn er sagt, die Innenpolitik habe einen direkten Einfluß auf die Außenpolitik. Ich füge jedoch hinzu, daß auch die Haltung ausländischer Regierungen, insbesondere der europäischen, einen Einfluß auf die türkische Innenpolitik hat. Wenn wir die Türken ermutigen wollen, müssen wir deutlicher sagen, wie und wann die Türkei der Europäischen Union beitreten kann. Das würde die Türken anspornen, noch schneller als bisher die Demokratisierung ihrer Institutionen voran- und ihr Haus in Ordnung zu bringen.

Öymen

Wissen Sie, Herr Alaton: Daß türkische Taxifahrer nicht immer bei "Rot" anhalten, dieses Phänomen gibt es auch in anderen Ländern. Aber das türkische Volk will nicht länger von der Europäischen Union und vom Europäischen Parlament mit Rot gestoppt werden. Wir wollen freie Fahrt in Richtung Europäische Union!

Ich möchte dann zu einigen Äußerungen Stellung nehmen.

Zunächst zu Herrn Chamidulin. Ich bin davon überzeugt, daß niemand die Russen besser versteht als die Türken und die Türkei. Wir können Ihre Gefühle nachvollziehen über den Verlust von russischen Territorien mit dem Entstehen unabhängiger Staaten. Sie werden vielleicht wissen, daß das Osmanische Reich seinerzeit in 27 unabhängige Staaten zerfiel. Der Unterschied ist, daß die Türkei nie versucht hat, mit ihren ehemaligen Territorien eine Gemeinschaft oder ein Commonwealth turkstämmiger Völker zu begründen.

Vom Beginn ihrer Eigenstaatlichkeit an wurden sie von uns als völlig unabhängig gesehen. Das war unsere Politik seit Beginn der Republik bis heute. Wir haben keinerlei politische Absichten gegenüber diesen Staaten, sondern beschränken uns darauf, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, wenn sie dies wünschen. Wir wissen und können verstehen, daß sie keinen großen Bruder brauchen, der sie führt oder ihnen sagt, was sie zu tun und zu lassen haben. Deshalb sind wir der Meinung, daß alle Länder die Unabhängigkeit der neuen Staaten respektieren sollten.

Natürlich haben wir kulturelle Bindungen zu allen diesen Ländern, aber sie stellen keine Bedrohung dar. In Mittelasien und in den unmittelbaren Nachbarstaaten der Türkei leben 35 Millionen turkstämmige Menschen. Unser Ziel ist es, mit ihnen enge kulturelle Kontakte und Bindungen und gute Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen, nicht mehr und nicht weniger.

In der Russischen Föderation sind 15 Prozent der Bevölkerung türkischer Abstammung, und wir sind froh, daß sie jetzt in Rußland unter demokratischen Verhältnissen leben können. Wir sehen sie als eine "Brücke der Freundschaft". Mittelasien sehen wir nicht als ein Gebiet an, wo sich die Türkei, Rußland, Iran, China und andere Staaten Konkurrenz machen. Wir alle sollten den jungen Staaten dabei helfen, ihre Unabhängigkeit, ihre Demokratie und ihre Wirtschaft zu stärken - mehr nicht.

Herr Abramowitz hat die griechische Lobby in den USA erwähnt. Wir können ihrer antitürkischen Agitation nichts entgegensetzen, aber wir haben einen eleganteren Weg gefunden: Wir haben begonnen, mit der griechischen Lobby zusammenzuarbeiten. Der Präsident der griechischen Lobby hat dank der Vermittlung der amerikanischen Regierung unlängst zum ersten Mal die Türkei besucht und in Ankara mit mir gesprochen. Er sagte mir, daß er über die Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei sehr froh sei und daß seine Organisation dies unterstützen werde. Er lud mich ein, ihn bei meiner nächsten USA-Reise in seinem Amtssitz in Washington zu besuchen.

Ich muß die Offenheit von Herrn Klose anerkennen, wenn er sagt, Deutschland werde Polen, die Tschechische Republik und Ungarn als erste Beitrittskandidaten für die EU bevorzugen. Wir haben inzwischen begriffen, daß dieses Ergebnis in den Verhandlungen mit diesen Ländern bereits feststand und Sie jetzt nach Argumenten suchen, um dieses Ergebnis zu rechtfertigen. Eben dies kritisieren wir; denn wenn uns gegenüber auf objektive Kriterien, Standards und Maßstäbe gepocht wird, bei anderen Ländern aber Vorlieben und politische Prioritäten eine Rolle spielen, dann haben Sie: in der Tat einigen Rechtfertigungsbedarf.

Sie können nicht einfach konstatieren, daß Sie Polen oder Ungarn nur deshalb bevorzugen, weil es Ihre Nachbarn sind. Sie brauchen objektive Kriterien und eine Rechtfertigung dafür, warum die Türkei nicht zu dieser ersten Gruppe gehört. Sie müssen uns schon erklären, daß die Türkei nicht zur ersten

Welle gehören könne aufgrund bestimmter Defizite, die zu beseitigen sie gegenwärtig nicht bereit oder nicht willens sei.

Wir drängen daher unsere Freunde in Deutschland und den anderen europäischen Ländern, so objektiv wie möglich vorzugehen; denn unsere Bereitschaft, in die europäische Familie aufgenommen zu werden, ist nicht von ihren Scheckbüchern oder Kreditkarten inspiriert, sondern von unserer Überzeugung, daß wir gemeinsame Werte haben, die auf verschiedenen positiven Elementen unserer gemeinsamen politischen Kultur basieren.

Sie sollten daher nicht erst anderen Ländern den Vorzug geben und dann hinterher nach Ausreden suchen, warum die Türkei nicht dazu zählt. Wir sind davon überzeugt, wenn sie objektive Kriterien anwenden, gehört die Türkei zur ersten Gruppe.

Herr Boidevaix hat zu Recht gesagt, daß Europa sehr vielschichtig sein wird. Aber wenn das so ist, warum fürchten Sie dann die türkische Mitgliedschaft? Wenn Sie einen harten Kern mit konzentrischen Kreisen in Europa haben wollen, wie das Herr Lamers vor einiger Zeit vorgeschlagen hat, was stört Sie dann an der Türkei? Wenn wir auf einem der Kreise plaziert würden, der unseren Voraussetzungen entspricht, würde dies die Spannungen verringern und die Situation erleichtern.

Frau Vollmer hat die kulturellen Unterschiede und die internen Probleme angesprochen. Natürlich hat jedes Land interne Probleme. Ich habe jedoch nicht nur auf das gehört, was Sie gesagt, sondern auch beachtet, was Sie nicht gesagt haben. Zum Beispiel kann ich mir nicht vorstellen, daß Sie so beglückt waren, als in einigen osteuropäischen Ländern die früheren kommunistischen Parteien wieder an die Macht kamen. Meinen Sie nicht, daß dies zu internen Problemen führen wird? Oder glauben Sie wirklich, daß nur die Türkei interne Probleme hat?

Wir sollten nicht übertreiben, wenn wir interne Probleme einzelner Länder bewerten. Für solche Probleme gibt es auch interne Lösungen. Solange unser politisches System und unsere Mehrparteiendemokratie bestehen, werden wir Lösungen finden. Wir haben mehr Erfahrung als alle anderen Kandidaten. Immerhin können wir auf dreizehn demokratische Wahlen in der Türkei zurückblicken, während andere Länder auf höchstens drei kommen. Sie sollten also unseren demokratischen Gefühlen und unserer Erfahrung mit Demokratie einiges zutrauen.

Was die Rolle des Militärs betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß unser Militär immer wieder betont hat, daß es die Regeln der Demokratie und der Menschenrechte einhält und einen baldigen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union befürwortet. Der Chef des Generalstabs hat mir das unlängst persönlich bestätigt. Eine Armee, deren Ziel die Zerstörung der demokratischen Gesellschaft ist, würde sich kaum so äußern. Unser Militär weiß sehr genau, daß wir der EU nicht beitreten können, wenn wir unser demokratisches System und unsere demokratischen Strukturen aufgeben.

Nun zum Problem der Auswanderung nach Deutschland. Vor zwei Tagen war ich in Bonn, um mit meinen deutschen Kollegen über die türkischen Einwanderer zu sprechen. Wenn dies das Hauptproblem ist, können wir dafür sicher eine Lösung finden. Ich sagte Herrn Hartmann, Herrn von Ploetz und anderen, die Türkei sei bereit, sich bei der Suche nach Lösungen flexibel zu zeigen, ohne unsere vertraglichen Rechte aufzugeben.

Wir sind davon überzeugt, daß sich die Zahl der in Deutschland lebenden Türken bei einem türkischen EU-Beitritt nicht weiter erhöhen, sondern wahrscheinlich abnehmen wird, wie es auch nach dem Beitritt Spaniens der Fall war. Damals befürchtete man eine massive Wanderungsbewegung spanischer Arbeitsloser aus Andalusien und der Extremadura. Doch was geschah? In Spanien wurde mehr investiert, und die Anzahl der spanischen Gastarbeiter in Europa ging zurück. Warum sollte das im Falle der Türkei anders sein? Vergessen Sie auch nicht, daß die Zahl der in den letzten 30 Jahren aus Deutschland zurückgekehrten Türken nach deutschen Angaben bei zwei Millionen liegt. Bei allem Respekt vor der freundlichen Atmosphäre in Deutschland - es träumen nicht alle dort lebenden Türken davon, den Rest ihres Lebens dort zu verbringen. Es wird also keinen Ansturm von Türken geben, schon gar nicht in Länder, wo man sie nicht haben will.

Herr Fuller erwähnte das Kurdenproblem in Verbindung mit den Minderheitenrechten. Wenn wir über Minderheiten und die Toleranz mit Angehörigen anderer Religionen sprechen, so werden Sie in der Weltgeschichte wohl schwerlich ein besseres Beispiel finden als die Türkei. Vergessen Sie nicht, daß wir 1492 die jüdischen Minderheiten aus Spanien bei uns aufgenommen haben und daß sie in den letzten 500 Jahren fester Bestandteil unserer Gesellschaft gewesen sind. Es hat nicht einen einzigen Fall von Mißhandlungen der jüdischen Minderheit gegeben. Es wäre einfach unsinnig zu glauben, daß die Türken nur den Juden, nicht aber anderen Kulturen und Religionen gegenüber tolerant wären. Sie sind alle unsere Freunde und anerkannte Mitglieder unserer Gesellschaft. Der Türkei sollte mangelnde Toleranz wirklich nicht vorgeworfen werden.

Herr Veremis danke ich sehr für seinen außerordentlich positiven und vielversprechenden Beitrag. Ich wünschte, alle Politiker in der Europäischen Union würden das gleiche über die Vollmitgliedschaft der Türkei sagen wie Herr Par galos. In dieser Hinsicht sind wir Griechenland dankbar, daß es anderen Politikern ein gutes Beispiel gegeben hat. Einige von ihnen haben bei verschiedenen Gelegenheiten betont, daß die Ostgrenze Deutschlands nicht die Ostgrenze der EU bleiben solle. Das ist völlig richtig. Wir würden es jedoch begrüßen, wenn sie das gleiche über die Ostgrenze Griechenlands sagen würden.

Herr Cavanaugh hat zu Recht daraufhingewiesen, daß der Westen sich nicht nur auf die Europäische Union beschränkt. Vergessen Sie nicht, je weiter man nach Westen geht, desto näher kommen Sie dem Osten. Der Weg nach Westen ist für uns nicht neu. Diesen Weg sind wir schon Jahrzehnte vor der Gründung der Europäischen Union gegangen und werden ihn weitergehen. Wir sind den USA besonders dankbar, daß sie uns auf dem Wege der Verwestlichung so nachhaltig in unseren Bemühungen unterstützt haben.

Klose

Mir scheint die Diskussion wieder einmal darauf hinauszulaufen, als hänge es mehr oder weniger vom guten oder bösen Willen der Europäer und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland ab, ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden kann oder nicht. Das halte ich für eine reichlich verkürzte Betrachtungsweise, um es moderat auszudrücken.

Ich halte es jedenfalls für eine gänzlich unpolitische Sichtweise zu meinen, es müßten nur bestimmte Bedingungen erfüllt sein, damit ein Land automatisch Mitglied der Europäischen Union werden kann. Sicher, dann können Beitrittsverhandlungen beginnen. Aber die tatsächliche Mitgliedschaft hängt auch von ganz anderen Dingen ab, beispielsweise von der Beantwortung der Frage, ob die EU über genügend Finanzierungsmittel verfügt, um die enormen Kosten einer Erweiterung zu bezahlen.

Ich habe gegenwärtig schon Schwierigkeiten, mir vorzustellen, wie der polnische Beitritt finanziert werden soll, wenn ich etwa an den Agrarsektor in Polen denke. Und der türkische Agrarbereich wird keine geringeren Kosten verursachen. Die derzeitige Finanzsituation der Europäischen Union und der europäischen Länder ist Ihnen allen bekannt. Darauf hinzuweisen, hat nichts mit gutem oder bösem Willen zu tun, sondern hier liegt ein echtes Problem, das wir nicht verdrängen sollten.

Ich bin sicher, in meinem Eingangsbeitrag das Wort "Fundamentalismus" nicht benutzt zu haben und wenn doch, dann mit dem Zusatz "politisch extremistisch". Ich bin mir durchaus bewußt, Herr Kühnhardt, daß Fundamentalismus auch etwas mit religiöser Erneuerung und tiefen Bedürfnissen vieler Menschen zu tun hat. Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß sich die in Deutschland lebenden Türken mehr und mehr in eine Art Parallelgesellschaft hineinentwickeln, in der es gerade nicht um Integration, sondern um die bewußte Absonderung eines Teils der Bevölkerung geht, der nicht integriert werden will. Ich verweise nur auf die Ergebnisse einer Bielefelder Studie zu diesem Thema. Im übrigen dürfte jeder einzelne von uns entsprechende Erfahrungen gemacht haben. Mag sein, daß die türkische und die deutsche Politik an dieser Entwicklung ihren Anteil haben.

Es würde nach meiner Ansicht nun überhaupt nichts bringen, vor solchen Tatsachen die Augen zu verschließen. Deshalb sollten wir die Dinge auch in dieser Diskussion beim Namen nennen, sonst landen wir nur bei den rhetorischen Leerformeln, vor denen Herr Kramer gewarnt hat.

Ich finde es nun wichtig, wenn Herr Alaton sagt: Habt ein bißchen mehr Vertrauen. Und Herr Fuller hat zu Recht daraufhingewiesen, daß die türkische Gesellschaft dabei ist, sich rasant zu verändern. Das alles sind ermutigende Signale.

Ich will nur noch einen Punkt für unsere türkischen Freunde hinzufügen: Ich meine, es ist uneingeschränkt zu begrüßen, daß der Börsenverein des Deutschen Buchhandels in diesem Jahr einem sehr bedeutenden Schriftsteller türkischer Sprache, nämlich Yasar Kemal, den Friedenspreis verleiht. Das ist in mehrfacher Hinsicht ein hervorragendes Angebot, zum einen an die deutsche Gesellschaft, zum anderen aber auch an die türkische Gesellschaft und Politik. Ich wäre sehr erfreut, wenn die Türkei dieses Signal positiv aufgreifen würde.

Gasteyger

Dies ist von deutscher Seite in der Tat ein Versuch, ein positives Signal zu setzen.

von Weizsäcker

Es handelt sich immerhin um den wichtigsten in Deutschland vergebenen Preis.

Öymen

Aus deutscher Sicht, wie Herr Schmidt ausgeführt hat, ist die Annäherung der Türkei an Europa sowohl eine Sache der Außenpolitik als auch der Innenpolitik. Ähnlich sehe ich es für die Türkei. Das heißt, es gibt in der Türkei sehr unterschiedliche innenpolitische Positionen in Sachen Europa.

Als Abgeordneter der sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei (CHP) weiß ich mich mit sehr vielen meiner Parteifreunde einig in der Frage des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union, und die damit, besonders von Deutschland, genannten Bedingungen haben wir bereits betont, als sie noch nicht von außen gefordert wurden. Dazu gehört die wirksamere Einhaltung der Menschenrechte: genauso wie die Änderung bestimmter Artikel unserer Verfassung und einiger Gesetze. Das fordern nicht nur meine eigene Partei, sondern auch andere linke und rechte Parteien. Zumindest gilt das für viele ihrer Mitglieder. Doch es gibt auch gegenteilige Ansichten.

Wenn Herr Klose hier beispielsweise sagt, Yasar Kemal sei ein großer türkischer Schriftsteller, dann sind durchaus nicht alle in der Türkei dieser Meinung; aber die überwiegende Mehrheit begrüßt den vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels an Yasar Kemal verliehenen Friedenspreis nachdrücklich, und ich bin sicher, daß zu diesem Anlaß eine ganze Reihe auch offizieller Persönlichkeiten aus der Türkei nach Frankfurt kommen werden. Aber wie auch in anderen demokratischen Ländern gibt es ebenso bei uns andere Auffassungen, was man nicht übersehen sollte. Deshalb sollte man bei bestimmten Anlässen auch nicht immer davon reden, die Türken be fürworteten dies oder lehnten jenes ab.

Was die Einhaltung der Menschenrechte, die völlige Aufhebung der Folter, mehr Toleranz in der Kurdenfrage angeht, stimmen wir voll zu, und wir sagen auch unseren Wählern, daß wir dies durchsetzen werden, wenn wir an die Regierung gelangen. Wenn es dann aber soweit ist, zeigen sich bei allem guten Willen Hemmnisse, die solche Bemühungen abbremsen. Das wird dann von anderen ausgenutzt.

Hier war die Rede von der Versammlung der christdemokratischen Parteien am 4. März in Brüssel, auf der verkündet wurde: "Die Türkei hat eine andere Kultur und gehört nicht zu Europa." Dazu wurden von verschiedenen Konferenzteilnehmern anschließend Erklärungen abgegeben. So hieß es beispielsweise, hier gehe es um die Auseinandersetzung zwischen Islam und Christentum. Einige haben das ganz offen erklärt. Es gab Kritik an dieser Auffassung. Ich denke etwa an den Artikel von Theo Sommer in der "Zeit". Es wurde auch klargestellt, der deutsche Bundeskanzler habe sich in diesem Sinne nicht geäußert. Aber von Herrn Kohl selbst habe ich kein entsprechendes Dementi gelesen. Die Behauptung, das sei alles falsch verstanden worden, konnte in der Türkei so nicht nachvollzogen werden. Da die fraglichen Äußerungen amtlicherseits nicht dementiert wurden, mußte man davon ausgehen, daß sie nicht ohne Absicht gefallen waren. Die Folge war ein Vertrauensverlust gegenüber den tatsächlichen Absichten der Türkei. Zumindest mußte in der Türkei der Eindruck entstehen, daß in Europa viele Politiker und einflußreiche Persönlichkeiten die Türkei so sehen. Ich selbst glaube das nicht; denn ich weiß, daß viele meiner sozialdemokratischen Freunde und auch der Grünen nicht so denken.

Auf der anderen Seite gibt es auch in der Türkei von Beginn an Leute, die die Vereinigung der Türkei mit Europa ablehnen. In diesem Sinne hat sich beispielsweise die Refah-Partei geäußert, als sie noch in der Opposition stand. Da hieß es: Christen und Moslems sind verschieden; unser Platz ist nicht in einem christlichen Verein, sondern wir sollten daraufhinwirken, daß die islamischen Staaten zusammenkommen. Als die Wohlfahrtspartei dann an die Regierung kam, wurden diese Parolen politisch aufgeweicht. Das ändert nichts an der Tatsache, daß in dieser Partei eine solche Auffassung immer vertreten wurde, und derartige Äußerungen, wie sie in Brüssel gefallen sind, bestärken diese Einstellung. Im Ergebnis stützen sich Erbakan und Kohl in ihrer gegenseitigen Ablehnung. Zumindest entsteht dieser Eindruck.

Es war kein einfacher Prozeß, daß sich die Türkei Europa angenähert und die Europäische Union zum Ziel hat. Seit dem 19. Jahrhundert gibt es in der Türkei Anhänger einer Verwestlichung und andere, die dies mit islamischen Begründungen ablehnen. Seit Atatürk ist das Programm der Verwestlichung jedoch kontinuierlich zur Staatspolitik geworden. Aber, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, mehren sich die Stimmen derer, die gegen die Verwestlichung sind, und erklären, die Türkei habe ihren Platz nicht in Europa. Immerhin haben zwanzig Prozent der Wähler in diesem Sinne votiert und die Wohlfahrtspartei damit zur stärksten Partei gemacht.

Zusammengefaßt will ich noch einmal betonen: Auch in der türkischen Demokratie gibt es verschiedene politische Richtungen, und je nachdem, was in Europa geschieht, wird die eine Partei davon profitieren und die andere geschwächt. Das sollten die Europäer bedenken. Ich meine, alle

sollten sich bemühen, den zunehmenden Vertrauensverlust in der türkischen Öffentlichkeit zu überwinden. Wir Sozialdemokraten zählen dabei auf unsere sozialdemokratischen Freunde und auch auf die Grünen in Deutschland. Wir trauen uns nicht, dabei auch auf die CDU zu zählen, weil es immer noch kein Dementi gegeben hat. Das heißt, wir setzen auf diejenigen in Deutschland und in Europa, die deutlich machen, daß die ablehnende Haltung gegenüber der Türkei nicht die tatsächlich vorherrschende Meinung ist.

Türkmen

Zum Thema Demokratisierung: Keine Maßnahme, die in der Türkei die Demokratisierung voranbringen will, wird Erfolg haben, wenn sie nur um des Beitritts zur Europäischen Union willen getroffen wird. Das wäre reine Kosmetik. Wir haben diese Stufe hinter uns gelassen. Demokratisierung in der Türkei findet statt, weil der Druck von innen kommt. Es gibt inzwischen eine sehr starke Zivilgesellschaft. Es sind die Institutionen der Türkei, nicht nur die Armee, sondern die Gerichte, das Verfassungsgericht und Hunderte von NGOs, die für mehr Demokratie in der Türkei kämpfen - für mehr Demokratie im Sinne der Menschenrechte, denn die demokratischen Strukturen sind ja bereits vorhanden.

Wenn wir also von Demokratisierung sprechen, tun wir das nicht, um in Europa aufgenommen zu werden, sondern weil wir die Demokratie brauchen, und dieses Bewußtsein wird immer stärker. Die Partei von Herrn Altan Öymen und er selbst kämpfen dafür nachdrücklich, und sie tun dies nicht, weil die Türkei in die Europäische Union kommen soll, sondern weil sie meinen, dies sei der beste Weg für die Türkei, eine moderne Gesellschaft zu werden.

Sommer

Nur eine Anmerkung zu dem ominösen Treffen der EVP am 4. März in Brüssel. Ich habe in der "Zeit" die fragliche Aussage zur Türkei scharf kritisiert, bin aber inzwischen nicht mehr so sicher, ob diese Kritik, zumindest was Bundeskanzler Kohl anging, tatsächlich berechtigt war. Kohl soll lediglich gesagt haben, die Europäische Union könne die Integration weiterer anatolischer Bauern zum jetzigen Zeitpunkt nicht verkraften.

Der belgische Ministerpräsident Martens hat anschließend in einer Pressemitteilung lapidar festgestellt, man wolle zwar eine sehr intensive Zusammenarbeit mit der Türkei, aber eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union käme nicht in Frage. Diese Aussage hat er dann acht Tage später dahingehend interpretiert, daß die Türkei einem pluralistischen Europa, das wir anstreben, eines Tages sehr wohl beitreten könne.

Ich meine, all diese Erklärungen hätte man besser unterlassen.

Bagci

Die türkische Presse in Deutschland trägt, wie Herr Klose sagte, nicht unwesentlich dazu bei, die Integration der Türken dort zu behindern. Meint Integration aber, alle Türken einzudeutschen? Das dürfte kaum möglich sein. Die jungen Türken in Deutschland haben die Möglichkeit, beispielsweise jeden Montagabend die Sendung von Mehmet Ali Birand zu empfangen. Das gleiche gilt für TRT. Ich begrüße das sehr. Als ich damals in Deutschland studierte, war das noch nicht möglich, und ich war darauf angewiesen, einige Tage alte türkische Zeitungen zu lesen - wenn sie bestimmte Nachrichten überhaupt brachten; -, um mich über die Ereignisse in der Türkei zu informieren. Die heutige Situation könnte sich auch auf die türkisch-deutschen Beziehungen positiv auswirken.

Voraussetzung ist allerdings, daß die Presseerzeugnisse und Sendungen richtig genutzt werden; denn auch eine negative Entwicklung kann dadurch befördert werden. So erscheint beispielsweise auch "Özgür Politika" (Freie Politik), das Sprachrohr der PKK, in Deutschland und wird dort verkauft.

Ein weiterer Gesichtspunkt scheint mir in diesem Zusammenhang wichtig. Die Türken, die in Deutschland leben, sind vielfach mit ihren Gedanken und Empfindungen in der Türkei. Diese Einstellung spielt eine wichtige Rolle, um ihre türkische Identität zu bewahren.

Zur Zeit gibt es in Deutschland an die 20.000 türkische Studenten, die an deutschen Universitäten studieren. Diese jungen Menschen stellen ein großes intellektuelles Potential dar. Wenn davon nur 25 Prozent, also 5000, in die Türkei zurückkehren würden, um dort aktiv zu werden, würden sich auch die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland nachhaltig verändern. Was gegenwärtig seitens der Regierung, der Politiker der Türkei geschieht, ist, daß diese Türken abgelehnt und ausgegrenzt werden. Das trägt zu ihrer Radikalisierung bei; denn auch in der deutschen Gesellschaft sehen sie

sich nicht akzeptiert. Das ist die Quintessenz der letzten Jahre. Radikalisierung mg hat also ihre wesentliche Ursache in der Chancenlosigkeit der jungen Menschen.

Herr Klose hat das Buch von Heitmeier erwähnt. Es ist zweifellos lesenswert, geht aber dennoch an der Wirklichkeit vorbei. Denn Heitmeier ist nicht in der Lage, mit türkischen Augen die türkische Ratio und Mentalität zu erkennen. Er sieht die Dinge aus deutscher Perspektive. Es ist sicher richtig, wenn er feststellt, daß 2,1 Millionen Türken keinen deutschen Paß besitzen. Was fehlt, ist die Analyse, wie es denn um die Existenz dieser Menschen als Türken bestellt ist. Wie sollen sie sich in Deutschland wirklich heimisch fühlen, die familiären, sozialen und kulturellen Werte der deutschen Gesellschaft übernehmen, wenn sie keine echte Chance besitzen, sich in Deutschland zu integrieren? Außerdem liegen Deutschland und die Türkei zu nahe beieinander - mit Australien wäre es etwas anderes. Deshalb sollten wir auch über das Thema Integration sprechen und darüber nachdenken, wie diese Menschen sowohl für die deutsche als auch für die türkische Gesellschaft gewonnen werden können.

Klose

Ich meine, sowohl die deutsche wie die türkische Politik machen gravierende Fehler, was die Integration der bei uns lebenden türkischen Mitbürger angeht. Wir Deutsche behandeln diese Menschen, die vielfach schon in der dritten Generation bei uns leben, rechtlich noch immer wie Gäste, die sich nur zeitweilig in Deutschland aufhalten, obwohl das inzwischen ihre Heimat geworden ist. Und die türkische Politik begeht den Fehler, daß sie die Türken in Deutschland wie eine gluckende Mutter nicht in ihre neue Heimat entläßt, sondern in ihnen eher eine Art fünfter Kolonne sieht. Auf diese Art und Weise wird die Identitätsbildung dieser jungen Leute generell verhindert, was weder ihnen noch uns guttut.

Ich halte eine Lösung in Richtung Integration allerdings für wichtig. Der Hinweis von Herrn Schmiegelow auf die Kultur ist insofern richtig, als das Türkeibild der Deutschen wesentlich durch die Türken, die in Deutschland leben, geprägt wird - wie immer repräsentativ dies für die Türkei auch sein mag. Ich möchte die Türkei jedenfalls ermuntern, ihre kulturpolitischen Anstrengungen im Verhältnis zu Deutschland erheblich zu intensivieren.

Stürmer

Die Deutschen sollten nicht immer so tun, als hätten sie die Menschenrechte erfunden. Und auch die übrigen Europäer sollten sich daran erinnern, daß in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts die Demokratien in Europa mehr oder weniger überall in eine Schiefelage geraten waren. Wir sollten also alle ein wenig von unserem hohen Roß herabsteigen.

Was das Verhältnis von Militär und Demokratie in der Türkei angeht, so möchte ich nur darauf hinweisen, daß die Demokratie in der Türkei ohne die Revolution von oben sich wahrscheinlich in einem sehr unerfreulichen Zustand befände, wie dies in nahezu sämtlichen Ländern des Nahen Ostens der Fall ist, mit Ausnahme Israels. Da hat das Militär in diesem Lande einen sehr wichtigen Beitrag für die Wahrung der Demokratie geleistet. In all den anderen Ländern der Region wird die Diktatur als vollkommen normale Gegebenheit betrachtet. Und so lange ist es ja auch noch nicht her, daß es in Europa absolute Monarchien oder Diktaturen gab. Ich meine, das Militär hat in der Türkei in demokratischer Hinsicht eine wichtige Funktion übernommen. Im Westen ist dieser Prozeß auf andere Weise und über einen sehr viel längeren Zeitraum vor sich gegangen.

Unser Thema lautet: "Die Türkei im Kreuzungspunkt der Kräfte." Wir haben die Türkei bisher vornehmlich von Nordwesten her betrachtet. Aber wie Herr Gasteyger eingangs sagte, die außenpolitischen Problemfelder der Türkei haben eine Spannweite von 360 Grad. Das heißt, es wäre wichtig, die strategische Rolle der Türkei auch in Richtung Zentralasien, Kaspisches Meer und so weiter eingehend zu analysieren. Hier liegt, vor allem im Hinblick auf die Ölvorkommen, eine der großen geostrategischen Achsen der Zukunft.

Wir sollten auch nicht vergessen, daß die Türkei eine der wenigen Mächte ist, die den Friedensprozeß im Mittleren und Nahen Osten befördern, der im Augenblick nicht sehr viele Freunde hat, Israel eingeschlossen.

Das jedenfalls sind zwei Trumpfkarten, welche die Türkei für ihren Eintritt in die Europäische Union in der Hand hält. Mich wundert, daß die Türkei diese Trümpfe gegenüber den Europäern nicht stärker ausspielt.

Schließlich die Europäische Union, "Europe overload" holt man jetzt aus Amerika. Die Europäer haben sich mit den anvisierten Erweiterungen wahrscheinlich zuviel vorgenommen. Ich fürchte, auf Maastricht II werden III und IV folgen müssen, bevor die Erweiterung tatsächlich stattfinden kann. Von

einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind wir noch meilenweit entfernt, wie Lothar Rühl zu Recht; sagte. Hier stehen uns gewaltige Aufgaben ins Haus, ohne deren Lösung Europa kaum zu einer eigenständigen politischen Macht werden wird.

Gasteyger

Ich halte für wichtig, Herr Stürmer, daß Sie, ähnlich wie Herr Kramer und Herr Kühnhardt, die erweiterten Perspektiven sowohl für die Türkei wie für Europa angesprochen haben. Dies betrifft die Ölvorkommen in Zentralasien, die für die Europäer in der Tat von eminenter Bedeutung werden können. Wir sollten uns also nicht auf eine zu enge Europaperspektive fixieren.

Sie haben des weiteren die Rolle des türkischen Militärs für die Erhaltung der Demokratie in der Türkei besonders gelobt. Dazu wird uns jetzt sicher General Yüksel erhellende Ausführungen machen können.

Yüksel

In seinem Buch "Aufstieg und Fall der großen Mächte" weist Paul Kennedy darauf hin, daß das Osmanische Reich im 16. Jahrhundert eines der stärksten Staatsgebilde gewesen ist. Damals gab es in Europa nur kleine Königreiche. Herzogtümer, kleine Stadtstaaten. Warum ist das Osmanische Imperium zusammengebrochen, während Europa zu einer Supermacht aufsteigen konnte? Dazu haben natürlich viele verschiedene Faktoren beigetragen, nicht zuletzt war dabei sicherlich die Aufklärung des Menschen wirksam.

Die Osmanische Gesellschaft hatte zu dieser Zeit noch keinen Kontakt zum Westen. Im 16., 17. und 18. Jahrhundert waren die Gesellschaften noch völlig voneinander isoliert. Mit dem Westen erstmals in Berührung kam das osmanische Heer, das den westlichen Heeren gegenüberstand und Niederlagen erlitt, deren Ursache es zu erforschen begann. Die türkische Armee hat also die Bedeutung ihrer Modernisierung lange vor Atatürk erkannt.

Dem türkischen Militär ging es nie darum, unseren Staat zu regieren, sondern es engagiert sich nachdrücklich für eine Modernisierung des Landes. In diesem Sinne verteidigen wir das Erbe Atatürks. Dies sollte man sehen, wenn man die Eingriffe der türkischen Armee beurteilt.

Die derzeitige Situation der Türkei - darauf wurde hier eingehend hingewiesen - ist durch vielfältige Probleme gekennzeichnet, die uns Unbehagen bereiten. Das gilt etwa für die Frage der Islamisierung und für die ethnische Problematik. Aber aufgrund meiner jahrzehntelangen Erfahrung - ich habe 42 Jahre lang in der Armee gedient und bin jetzt 73 Jahre alt - bin ich davon überzeugt, daß die Türkei über genügend politische und gesellschaftliche Kräfte verfügt, die Lage zu meistern, auch wenn dies nicht einfach ist.

Wenn ich jetzt noch einmal den Aufstieg Europas betrachte, seinen Kampf um Säkularisierung und gegen den Aberglauben, für die Menschenrechte, für die Rechte des Individuums, für die Aufklärung und wie Europa mit all den schweren Problemen fertig geworden ist, dann hoffe ich, daß wir von diesen Erfahrungen in der Türkei profitieren und mit unseren Problemen leichter fertig werden können.

Dabei sollten wir aber nicht vergessen, daß die Türkei bis 1923 von einem theokratischen und totalitären Regime beherrscht wurde, unter dem die Freiheit des Individuums nichts galt. Deshalb braucht es viel Zeit, und Erfolge werden sich nicht von heute auf morgen einstellen. Doch ich vertraue auf die gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die seit Jahrhunderten wirksam sind und insbesondere in der Republik Atatürks gefestigt wurden, um mit all den Problemen fertig zu werden.

Noch einige Bemerkungen zum Beitrittsbegehren der Türkei in die Europäische Union und zur NATO, der wir von Beginn an angehören. Es gab immer Probleme, wenn es um die Vereinigung der Türkei mit Europa ging. Ich darf in dem Zusammenhang daran erinnern, daß gegen den Eintritt der Türkei in die NATO seinerzeit die gleichen Begründungen vorgebracht wurden, die jetzt gegen unseren Beitritt in die Europäische Union angeführt werden. Es gab großen Widerstand gegen den Eintritt der Türkei in die NATO. Man wollte zwar eine Allianz mit der Türkei, aber nicht die Aufnahme in das Militärbündnis; lediglich die amerikanische Marine plädierte dafür. Priorität für das Bündnis, so hieß es, habe Mitteleuropa, auf das wir all unsere Kräfte konzentrieren wollen. Doch General Eisenhower konnte Präsident Truman damals von der strategischen Bedeutung der Türkei für die Südflanke Europas überzeugen und die Aufnahme der Türkei in die NATO erwirken. Zwischen Deutschland und der Türkei bildete sich ein "strategic coupling". Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschob sich das Zentrum der Bedrohung - von Zentraleuropa aus gesehen - um 1000 km. Die Folge war, daß aus dem "strategic coupling" ein "decoupling" wurde. Während des Golfkrieges gab Deutschland ein erstes Signal in dieser Richtung.

Als im Golfkrieg die schnelle Einsatztruppe der NATO nach Südostanatolien verlegt werden sollte, war Deutschland anfänglich dagegen - obwohl dort verschiedentlich NATO-Übungen stattgefunden hatten. Später ist diese Truppe dann doch dorthin geschickt worden. Auch gegenwärtig zeigt sich, daß wiederum die Haltung Deutschlands besonderes Gewicht hat, wenn es um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union geht. Dabei müssen wir feststellen, daß Deutschland nicht die erwartete positive Haltung einnimmt.

Wir befürchten, daß das Decoupling auch auf diesem Gebiet fortgesetzt wird. Dies geht mir deshalb sehr nahe, weil mir schon als Kind und später während meiner militärischen Ausbildung immer wieder von den guten deutsch-türkischen Beziehungen berichtet wurde. Dies war lange Zeit in der Türkei eine unbestrittene Tatsache. Dieser Prozeß, der sich über Jahrhunderte entwickelte, befindet sich heute in einer schwierigen Phase, und wir sollten alles tun, um ihn wiederzubeleben.

Lake

Die politische Situation in der Türkei ist seit langem wie gel ähnt. Man kann darüber streiten, ob sich 1995 nur aufgrund des Drucks der Europäische a Union - damit die Zollunion mit der Türkei im Europäischen Parlament ratifiziert wurde - auf dem Gebiet der Verfassung und der Menschenrechte einiges geändert hat. Tatsächlich sind diese Verfassungsänderungen jedoch bis heute nicht Gesetz geworden. Aber die Europäische Union übt zweifellos einen erheblichen Einfluß auf die türkische Innenpolitik aus, wenn die Zeit reif dafür ist.

Die Europäische Union ist jetzt dabei, eine Art Sicherheitsnetz für die Demokratie auszubilden vor dem Hintergrund der aktuellen innenpolitischen Situation. Das ist ein sehr wichtiger Faktor. Ich bin wirklich der Meinung, daß die Türkei eine längere Übergangsphase durchmacht. Dabei kämpfen Modernisten und Konservative - religiöse Konservative, Nationalisten und so weiter - gegeneinander.

Die Türkei erlebt zudem eine merkwürdige Nachkriegsphase, die den Ereignissen im Südosten folgt. In Europa neigen wir dazu, das Trauma mißzuv erstehen, das der Kurdenkonflikt im Südosten der Türkei zugefügt hat, und zwar sowohl innenpolitisch als auch was das Ansehen der Türkei im Ausland und seine Außenpolitik angeht. Was in dieser Hinsicht zur Zeit geschieht, ist eine typische Nachkriegssituation.

Die Geschwindigkeit des Veränderungsprozesses in der Türkei entspricht nun nicht dem, was die übrige Welt verlangt - paradoxerweise zum Teil aufgrund der Erwartungen, die die Türkei selbst an die übrige Welt richtet, insbesondere an Europa. Die Türkei möchte nach Europa. Deshalb muß sie ihre Veränderungen recht schnell bewerkstelligen. Tatsächlich jedoch geht der Übergang notwendigerweise langsam vonstatten, weil die Türkei eine Demokratie ist. Man kann nicht bestimmte Veränderungen einfach per Dekret vollziehen. Trotzdem ist die fortgesetzte Lähmung in der Innenpolitik nicht eben hilfreich.

Ein großer Vorteil ist, daß das ganze Land jetzt politisch bewußter geworden ist, alles ist transparent, verglichen mit der Zeit, als ich hierherkam und es so viele Tabus gab. Jetzt gibt es praktisch keine Tabus mehr. Wenn Sie sich das TÜSIAD-Dokument anschauen, bei dem mein Freund Ishak Alaton beteiligt war, werden Sie feststellen, daß es jetzt eine ganze Reihe von neuen Punkten gibt, auf die man sich beziehen kann. Die Zivilgesellschaft hat durch die Lähmung des politischen Establishments paradoxerweise gewonnen. Bei den Medien habe ich den größten Respekt vor den Kolumnisten, den Herausgebern, Leuten wie Mehmet Ali Birand, Altan Öymen und anderen, die ich seit vielen Jahren kenne.

Und der private Bereich? Als ich hierherkam, sah man mich sehr herablassend an, wenn ich Fragen zu Kurden und Menschenrechten stellte. Jetzt hat der private Sektor die Führung auf diesem Gebiet übernommen. Es gibt inzwischen Hunderte neuer NGOs in der Türkei, und sie spielen eine fortschrittliche Rolle. Selbst das Militär hat sich diesem Prozeß auf seine Weise angeschlossen. Der private Sektor ist übrigens vom politischen Stillstand kaum berührt worden und boomt zur Zeit. Das Land weist eine Wachstumsrate von 7 Prozent pro Jahr auf, und der Wohlstand breitet sich von der Region Istanbul in das Hinterland aus. Deshalb gibt es jetzt so viele "anatolische Tiger".

Ich bin zuversichtlich, daß die Türkei aus der jetzigen Phase herauskommt. Sie wird Europa ähnlicher werden. Noch wichtiger aber ist: Sie wird sich selbst näherkommen - mit weniger oder sogar ohne Tabus. Aber in dieser kritischen Zeit ist es besonders wichtig, daß die Türkei das Gefühl hat, eine offene Tür in Europa zu finden.

Kramer

Die Diskussion hier macht deutlich, daß im Verhältnis der Türkei zur Europäischen Union die Sonderbeziehung zu Deutschland nicht übersehen werden darf. Sie überschattet das Verhältnis zu Europa insgesamt. Die Folge ist, daß sowohl in Deutschland als auch in der Türkei die Frage einer türkischen Mitgliedschaft in der EU meist in einem zu engen Rahmen wahrgenommen wird. Es entsteht zumindest der Eindruck, als werden die bilateralen deutsch-türkischen Probleme schlicht nach Europa hin verlängert und als sei dies ausschlaggebend für die gesamte Entwicklung der Beziehungen. Davon sollten wir auf beiden Seiten wegkommen.

Nun hat Michael Lake zu Recht daraufhingewiesen, daß der Reformprozeß in der Türkei unter demokratischen Bedingungen stattfindet, und das ist immer ein mühsames Unterfangen. Das heißt, Äußerungen verantwortlicher Politiker sind sowohl in Deutschland wie in der Türkei häufig Ausdruck innenpolitisch bedingter Kalküle und weniger an den Sachproblemen orientiert.

Ein deutliches Beispiel auf türkischer Seite war für mich der Wahlkampf, den Frau Ciller Ende 1995 geführt hat und in dem sie das Thema Zollunion in geradezu unverantwortlicher Weise instrumentalisiert hat, die es beiden Seiten schwermachte, anschließend vernünftig damit umzugehen.

Des weiteren kann ich nur zustimmen, wenn hier verschiedentlich gesagt wurde, man sollte aufhören, die Europäische Union immer mit Europa gleichzusetzen. Die EU ist in erster Linie eine Organisation zur Erreichung bestimmter Zwecke. Sie wird kurzfristig kaum zu einer politischen Gemeinschaft werden in dem Sinne, daß sie vorrangig bestimmte Identitäts- und Wertvorstellungen politisch umsetzt, schon gar nicht, wenn man sich eine Erweiterung der EU auf, sagen wir, 25 Mitglieder vorstellt. Es ist sicher ein Unterschied, ob sich, wie in den fünfziger Jahren, sechs Länder zu einer Gemeinschaft zusammenschließen oder ob in fünf oder zehn Jahren von heute nahezu der ganze europäische Kontinent bis zur Grenze Rußlands in einer politischen Organisation zusammengefaßt wird. Da müssen wir uns dann schon fragen, welche Ziele und Aufgaben wir in einem solchen "politischen Zweckverband" sinnvollerweise realisieren können.

Wenn wir aber die Frage einer türkischen Mitgliedschaft in der EU auf mittlere Sicht in diesem Kontext analysieren würden, könnten wir uns sicher von einer ganzen Menge argumentativem Ballast befreien. Das gilt für Türken und Europäer gleichermaßen.

Alaton

Staatssekretär Öymen hat die Haltung der Türkischen Republik, des türkischen Volkes und die türkische Mentalität gegenüber Minderheiten angesprochen. Er hat dabei die jüdische Gemeinschaft in der Türkei erwähnt, die 1492 aus Spanien vertrieben und vom Osmanischen Reich sehr demokratisch empfangen wurde. Ich stimme Herrn Öymen zu, die jüdische Minderheit hatte zu keiner Zeit Probleme in dieser muslimischen Mehrheit. Sie genoß gleiche Rechte und wurde in keiner Weise diskriminiert. Sie konnte an ihren Traditionen festhalten und ihre Religion frei ausüben. Mit anderen Worten: die jüdische Minderheit war voll integriert. So weit, so gut.

Ich bin ein Unternehmer, der mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hält. So trete ich häufig im Fernsehen und in der Öffentlichkeit auf, veranstalte Konferenzen und so weiter. Daß ich jüdisch bin und dem mosaischen Glauben anhänge, spielt für die muslimische Mehrheit meiner Mitbürger, die mir zuhören, überhaupt keine Rolle. Ich bin ein türkischer Bürger mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Daraus stellt sich mir eine sehr grundlegende Frage: Wenn ich als Mitglied einer anderen Religion, eines anderen Volkes und einer anderen ethnischen Zugehörigkeit in diesem Land einer gleichberechtigten Minderheit angehören kann, warum ist es dann einem Kurden, der als Moslem derselben Religion angehört, verwehrt, sich als Türke kurdischer Abstammung zu bezeichnen?

Ich weiß, daß als Gegenargument sofort Rebellion, PKK und Terrorismus genannt werden. Ja, es gibt diesen Terrorismus, und wir müssen ihn zweifellos bekämpfen, jetzt und in Zukunft. Aber unter den fünf Millionen Kurden gibt es nur etwa fünftausend Terroristen, und wir sollten nicht beide Gruppen in einen Sack stecken und so tun, als würden alle Kurden den Terrorismus unterstützen. Wenn wir das nämlich tun, drängen wir sie nur in eine Situation, in der sie tatsächlich mit dem Terrorismus sympathisieren.

Als türkischer Unternehmer mache ich meinem Frust über diesen endlosen Krieg im Südosten Luft, über diese Verschwendung menschlichen Lebens, die vollkommen vergeblich und sinnlos ist. Das geht immer so weiter, weil wir uns nicht im einen Tisch setzen und darüber reden, was uns daran hindert, zwischen den Terroristen und den übrigen fünf Millionen Kurden zu unterscheiden, die nichts anderes wollen, als den gleichen Respekt zu genießen wie wir Juden. Wenn wir als jüdische Minderheit von 25.000 anerkannt werden, warum können wir dann nicht die viel größere Minderheit von fünf Millionen Kurden anerkennen? Was hält uns davon ab, darüber ernsthaft zu reden?

Gasteyger

Sie haben, Herr Alaton, ein äußerst schwieriges und wichtiges Problem, jenes des künftigen Status der Kurden und ihrer Befriedung angesprochen. Es beschäftigt uns alle, die wir mit türkischer Politik zu tun haben, in besonders großem Maße. Dabei werden wir in unserem Urteil sicher sehr differenzieren müssen zwischen dem, was bei aller Sympathie für eine größere Autonomie der Kurden nicht möglich oder sogar nicht hinnehmbar ist (so der Zugriff zum Terrorismus) und dem, was auf türkischer Seite möglich und im Interesse einer friedlichen Lösung sogar notwendig sein sollte. Herrn Alaton kommt das Verdienst zu, uns darauf hingewiesen zu haben.

Türkmen

Herr Alaton hat darauf verwiesen, daß einige tausend Juden den Minderheitenstatus wahrnehmen können. Warum sei das nicht auch für fünf Millionen Kurden möglich? Zunächst einmal hat es in der Türkei immer nur christliche oder jüdische Minderheiten gegeben. Muslimische Minoritäten gab es nicht. Zwischen Menschen gleicher Religion ist niemals unterschieden worden, weil dafür keine Notwendigkeit bestand; weder im Osmanischen Reich noch in der Zeit der Republik, weil wir eine integrierte Gesellschaft waren. Schauen Sie sich das heutige türkische Parlament an. Es gibt mindestens 80 Abgeordnete kurdischer Abstammung. Wir hatten kurdische Premierminister, kurdische Präsidenten. Wir haben kurdische Minister und kurdische Generäle. Die Gesellschaft war also voll integriert. Warum sollten wir jetzt die Struktur dieser Gesellschaft verändern, die seit so vielen Jahrhunderten bestanden hat? Dies ist das eine Problem.

Das andere Problem besteht darin, daß mitunter übersehen wird, daß die Menschen kurdischer Abstammung mehrheitlich nicht in der östlichen, sondern in der westlichen Türkei leben. Was soll man tun? Jene Menschen kurdischer Abstammung, die jetzt in Izmir leben, gehen auf türkische Schulen und werden wie alle Kinder der türkischen Republik erzogen. Sollen wir sie aussondern? Sollen wir für sie Schulen für Minderheiten schaffen? Das ist undenkbar. Auch die PKK strebt dies nicht an. Was sie will, ist eine autonome Region in der Türkei oder eine Abtrennung von der Türkei. Dies würde kein Land zulassen, und auch wir werden es nicht zulassen. Ich sehe also nicht, daß der Minderheitenstatus eine Lösung schaffen kann.

Welche Lösungen gibt es? Wenn, wie es der Fall zu sein scheint, die terroristische Bewegung im Osten ernsthaft unterdrückt werden soll, dann müssen viele Maßnahmen ergriffen werden. Wenn die Armee ihre Aufgabe erfüllt hat, wird sie die erste sein, die erklärt, daß es jetzt an der Regierung ist, das Ihre zu tun. Es müssen so viele wirtschaftliche und soziale Maßnahmen im Osten des Landes umgesetzt werden, und das ist Aufgabe der Regierung.

Was die kulturellen Fragen, von denen sehr viel Aufhebens gemacht wird, angeht: Sie alle sprechen ihre eigene Sprache. In Istanbul sprechen die Kurden untereinander Kurdisch, und sie sprechen auch Türkisch. In jeder öffentlichen Bücherei hier werden sie zehn verschiedene Lehrbücher für Kurdisch finden. Es gibt keinerlei Sprachbeschränkungen. Vielleicht wird es in Zukunft, worauf Herr Altan Öymen hingewiesen hat, weitere kulturelle Vorrechte für die Kurden geben, die es ihnen ermöglichen würden, ihrer Identität, ihren Gefühlen, ihrer Kultur mehr Ausdruck zu verleihen. Das ist durchaus denkbar, wird aber nicht so weit gehen, daß die Kurden den Status einer Minderheit erhalten.

Sommer

Ich möchte die türkische Armee nicht verunglimpfen. Ich weiß, daß sie nicht scharf darauf ist einzuschreiten, und ich erinnere mich, daß sie auch 1979/80 davon nicht begeistert war.

Sie hat damals die Politiker gedrängt, die Probleme zu lösen, als jeden Tag 30 Menschen getötet wurden und kein Präsident gewählt wurde, selbst nach 140 Wahlgängen nicht. Ich fürchte nicht die Stärke der Armee. Was mich beunruhigt, ist die Schwäche der demokratischen Politik in diesem Land.

Rühl

Die Kurdenfrage, die heute das Verhältnis zwischen der Türkei und Westeuropa belastet, ist im Grunde seit 1916 internationalisiert. Damals hatten Großbritannien und Frankreich in einem Abkommen zunächst die Errichtung eines unabhängigen Kurdistans zu Lasten des Osmanischen Reiches vorgesehen, die Briten dann aber dem Irak des Erdöls wegen den Vorzug gegeben.

Gleichzeitig erhob Kemal Atatürk die nationale türkische Einheit Anatoliens zur Doktrin der Republik Türkei. Dies ist seitdem integraler Bestandteil des internationalen Status quo im Mittleren Osten. Und die kurdische Unabhängigkeitsbewegung, die in Europa zumindest sentimental, aber auch politisch

weithin unterstützt wird, stellt diesen Status quo, also die territoriale Ordnung des Mittleren Ostens, in Frage.

Insofern hat der türkische Staat nicht unrecht, wenn er den kurdischen Separatismus als Angriff auf die nationale Einheit, die territoriale Integrität der Republik Türkei und ihrer Verfassungsordnung bezeichnet und darüber sogar die Bündnisfrage stellt. Alle KSZE-Dokumente seit 1975 geben der Türkei ohne Einschränkung im Prinzip recht. Davon hat sich auch das deutsche Auswärtige Amt überzeugt. Die US-Regierung steht ebenfalls zu dieser Auslegung, und die Russische Föderation wird sich dem schon mit Rücksicht auf ihre Nordkaukasusgrenze anschließen. Im übrigen ist in diesem Punkt die herrschende Völkerrechtslehre eindeutig: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird nirgendwo mit einem Recht auf Sezession gleichgesetzt - jedenfalls solange nicht Repression oder eine allgemeine Revolution einen Bürgerkrieg entfesseln. Hier steht das Fragezeichen.

Die kurdische Rebellion ist aber seit gut zehn Jahren im Gange - das ist die andere Seite;- , und es hat sich gezeigt, daß das Problem weder militärisch noch politisch, kulturell oder sozial bewältigt ist. Der kurdische Konflikt, der um die nationale Identität, aber auch um einen eigenen Staat geführt wird - und eben nicht nur um interne Autonomie, wie die PKK-Sprecher und kurdische Intellektuelle immer wieder glauben machen wollen; wir kennen ja die Dokumente, in denen das ganz anders dargestellt ist;- , schlägt nun auf Europa über. Damit stellt sich für Europa die Frage, wie weit seine Sympathien für die kurdische Nationalbewegung eigentlich gehen sollen, und welche Zielsetzung es unterstützen will.

Will man für die Abspaltung eines Teils von Südanatolien plädieren und in welchen Grenzen? Oder für einen kurdischen Staat innerhalb der Türkei? Für einen binationalen Staat Türkei? Für eine regionale Autonomie? Für kurdische Selbstverwaltung innerhalb der Türkei? Herr Turkmen hat bereits auf die diesbezüglichen Schwierigkeiten hingewiesen. Denn auch bei einer kurdischen Selbstverwaltung würde ich sofort die Frage stellen: Geht es dabei nur um ein Kurdistan innerhalb der Türkei, wird dies nicht sofort nach Iran, Irak und Syrien übergreifen und damit die Irredenta wieder aufbrechen? Ich kenne keine europäische Regierung, die eine solche Entwicklung wünschte und die bereit wäre, sich dafür im Rahmen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu verwenden. Das gleiche gilt für die Atlantische Allianz und die Vereinigten Staaten.

Wir sprechen beim Kurdenproblem in Wirklichkeit als von etwas vollkommen Irrealem. Jeder weiß, dies wäre ein Sprengsatz am Fundament der internationalen Ordnung in der ganzen Region. Für den Kaukasus wollen wir das gerade ausschließen. Die deutsche wie die europäische Politik hat bisher versucht, dieser Frage auszuweichen, und das ist auch durchaus verständlich.

Auf der anderen Seite müssen wir uns der Frage nach den Minderheitenrechten stellen. Dabei geht es allein in der Türkei nicht nur um fünf, sondern um zehn bis fünfzehn Millionen Kurden. Kurdische Organisationen wiederum sind in Europa aktiv, wo sie nicht nur eine Nationalfahne schwenken, sondern von ihren Landsleuten illegale Abgaben erzwingen und Loyalität abfordern und eine illegale Gegengewalt zur Staatsgewalt ihrer Gastländer auszuüben suchen. Damit ist dann nicht nur die türkische Nationalität und die Identität der Republik Türkei, sondern zum Beispiel auch die Bundesrepublik Deutschland herausgefordert.

Gasteyger

Was schlagen Sie als Lösung vor, Herr Rühl?

Rühl

1993, als das türkische Militär seine Winteroffensive gegen die Kurden vorbereitete, hatte ich ein längeres Gespräch mit dem damaligen türkischen Generalstabschef, der mir den Mitteleinsatz und die Ziele dieser Unternehmung erläuterte. Ich habe ihm bei dieser Gelegenheit über meine Erfahrungen aus dem Algerienkrieg berichtet, als Frankreich durchaus planvoll und wohl organisiert gegen die algerischen Rebellen vorging und dennoch in keiner Weise eine Lösung des Problems erreichte.

Die Situation hier in der Türkei ist gewiß eine andere; aber ich bin sicher, daß es für das Kurdenproblem weder eine militärische noch eine politische Lösung gibt. Das können Sie schon in Moltkes eingehendem Bericht "Angriff auf ein Kurdenschloß" nachlesen. Das Kurdenproblem ist ja bereits während der Zeit des Osmanischen Reiches fast regelmäßig aufgebrochen und dann für zehn, zwanzig oder fünfzig Jahre wieder ungelöst, aber stillgelegt unter Kontrolle gewesen. Auch in den oft jahrelangen akuten Krisen hatte der Sultan immer eine kurdische Kavallerie und kurdische Generale in seiner Armee. Die Kurden spielten im Osmanischen Reich eine ähnliche Rolle wie die Tscherkessen, Tataren und Kosaken im Russischen - Rebellen und militärische Hilfstruppen zugleich, stets mehr

oder weniger selbständig und aufsässig. Einen eigenen Staat brachten sie nicht zustande, und eine eigene "Nation" im Islam konnten sie nicht bilden.

Ich sehe vor dem historischen Hintergrund nur die Lösung einer langfristigen zivilisatorischen Integration, die ja auch schon begonnen hat. Mit anderen Worten: Es braucht viel Zeit, zu einer Lösung zu kommen. Vergessen wir nicht, daß die kurdischen Stämme schon in Anatolien und in Nordmesopotamien waren, lange bevor die Araber und die Türken kamen. Da helfen keine militärischen Aktionen, noch diplomatisch-politische Bemühungen. Andererseits ist der kurdische Nationalismus, dazu noch sozialistisch-revolutionär in der FKK, eine anachronistische Störung des allmählichen Integrationsprozesses, den er aber auch beschleunigen könnte.

Deshalb wäre Europa gut beraten, hier eine pragmatische Politik zu betreiben. So haben wir es doch in der Vergangenheit in der EWG und später in der EG immer gehalten. Im Jahre 1957, als die Römischen Verträge geschlossen wurden, befand sich Frankreich seit zwei Jahren im Algerienkrieg. Gerade hatten französische Fallschirmjäger die arabische Altstadt von Algier besetzt. Keine europäische Regierung wäre damals auf die Idee gekommen zu argumentieren: Solange Frankreich das Algerienproblem nicht gelöst hat und die französische Armee weiterhin die arabischen Nationalisten unterdrückt, kann Frankreich in der EWG nicht mitmachen. Als Großbritannien 1969 die Aufnahmeverhandlungen zum Beitritt in die EG einleitete, hat niemand verlangt, zuvor müsse es den Ulsterkonflikt lösen und die britische Armee und Polizei aus Nordirland zurückziehen. Und bevor Spanien 1986 in die Europäische Union eintrat hieß es auch nicht: Das gehe nicht, solange der baskische Separatismus militärisch bekämpft werde.

Ich will damit sagen: Europa kann sich da nicht einmischen. Natürlich sollte es die türkische Regierung immer wieder auffordern und auch unterstützen, vernünftige politische Mittel einzusetzen und auf Repressionen zu verzichten. Ich halte aber überhaupt nichts davon zu sagen: Solange die Türkei ihr Kurdenproblem nicht gelöst hat, kann sie nicht Mitglied der EU werden - dann wird sie es womöglich niemals werden. Dabei kann kein Mensch heute vorhersehen, wie der Mittlere Osten in zehn oder zwanzig Jahren aussehen wird.

Türkmen

Ich möchte unsere westlichen Freunde nur daran erinnern, daß Algerien Teil des NATO-Verteidigungsgebietes gewesen ist.

Bagci

Was die Kurdenfrage angeht, zu der hier unterschiedliche Meinungen geäußert wurden, möchte ich betonen, daß es sich dabei um eine langfristige Problematik handelt, die auch noch in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren die Innen- und Außenpolitik der Türkei beschäftigen wird, unabhängig davon, welche Partei an der Regierung ist. Jede Führung unseres Landes wird sich mit der Bewältigung dieses Problems auseinandersetzen müssen, und Lothar Rühl hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Kurdenfrage internationale Dimensionen hat und nicht nur die internationalen Institutionen und Organisationen, sondern auch die Weltöffentlichkeit in Anspruch nimmt.

Das heißt, die Türkei steht hier einerseits unter starkem außenpolitischen Druck, und sie muß andererseits innenpolitisch damit fertig werden, was besonders die Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme im Osten und Südosten Anatoliens betrifft. Beides wird sich auf die türkische Gesellschaft und auf die Bevölkerung dieser Region auswirken. Dabei wird besonders wichtig sein, wie wir uns politisch damit auseinandersetzen. Weder das Militär noch die Politiker oder die Intellektuellen sind heute in der Lage, das Problem zu lösen, sonst wäre das längst der Fall gewesen.

Auf der anderen Seite sollte man nicht übersehen, daß in der Türkei eine rasche geistige Entwicklung vor sich geht. Yasar Kemal hat sich in den 60-er, 70-er und 80-er Jahren nicht als kurdischer Schriftsteller verstanden, sondern als ein linker Intellektueller. Die Kurdenfrage war bei uns also lange Zeit, insbesondere seit Beginn der Republik, mit linkem Gedankengut assoziiert. Das änderte sich nach dem Ende des kalten Krieges, als die Minderheiten anfangen, überall in der Welt ihre Rechte geltend zu machen, und die Linksintellektuellen bei uns begannen, sich dieser Frage anzunehmen, so wie sie sich seinerzeit dem Kemalismus zugewandt hatten.

Abdullah Gül hat vor kurzem im Fernsehen gesagt, diejenigen, die nach dem dreimaligen Putsch die türkische Armee als faschistisch bezeichnet haben, heben heute hervor, daß die von Atatürk geschaffene Armee die Demokratisierung und den Laizismus verteidigen sollte.

Auf der anderen Seite zeigt sich im rechten Spektrum der Konservativen ebenfalls eine intellektuelle Entwicklung. Erstmals in der modernen Geschichte der Türkei erleben wir eine Situation, in der auf der Rechten und der Linken private Sender, Verlage und Zeitungen miteinander in einen intellektuellen Wettbewerb getreten sind. So wie die Linken in den sechziger und siebziger Jahren verfolgen heute die rechten Intellektuellen das Ziel, das herrschende demokratische Regime zu stürzen. Die Linken haben inzwischen begriffen, daß dies nicht möglich ist, und fangen an, das politische System zu unterstützen, anders als die Rechten, die es beseitigen wollen. Aber ich bin sicher, auch die Rechten werden sehr bald feststellen, daß die Demokratie für alle das beste System ist.

Hinzu kommt eine andere Entwicklung, die ich für sehr wichtig halte. Was wir gegenwärtig erleben, ist eine fundamentale Änderung, wie die Menschen in der Türkei die Welt wahrnehmen. So wie ich es sehe, wird sich die Türkei im 21. Jahrhundert zu einer Gesellschaft entwickeln, in der die Menschen unternehmerisch tätig sind, Initiative ergreifen, sich demokratisch verhalten, weltoffen und umweltbewußt sind und zugleich versuchen, mit den vielen Unwägbarkeiten in der Region fertig zu werden - wenn ich etwa an den Iran, Syrien oder Irak denke.

Schmidt

Wir hören seit Jahren von jeder neuen türkischen Regierung, daß sie von der militärischen zu einer politischen Lösung des Kurdenproblems übergehen will. Ich würde gern wissen, wie man sich das vorzustellen hat, welche Maßnahmen Sie dafür ergreifen wollen, insbesondere wenn hier und andernorts immer wieder darauf verwiesen wird, daß es dabei im wesentlichen um die Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme geht. Wie sehen die Programme der türkischen Regierung aus, mit denen sie diese sozialen und wirtschaftlichen Probleme ernsthaft angehen will, und wie könnte die Europäische Union sie in dieser Hinsicht wirksam unterstützen?

Birand

Die Türkei hat keine Kurdenpolitik, sondern sieht hier ausschließlich ein Sicherheitsproblem. Leider haben wir inzwischen das Kurdenproblem entdeckt - "wir" heißt die öffentliche Meinung. Das Kurdenproblem und den bewaffneten Kampf der PKK haben wir ausgemacht, als die PKK begann, Menschen zu töten.

Das Militär war der Bereich, der sich der Lage am unmittelbarsten bewußt war und seit den 70-er Jahren davor warnt. Die Militärs verfaßten Berichte an die Regierung, doch niemand hat sich darum gekümmert. Die Politiker wollten da nicht hineingezogen werden. Es war eine Büchse der Pandora, und keiner wußte, was dort herauskommen würde. Es schien vorteilhaft, den Militärs, den Sicherheitskräften das Problem zu überlassen. Das war viel einfacher, als politische, soziale und wirtschaftliche Reformen vorzunehmen. Doch dann wurde ein Punkt erreicht, von dem ab es keine wirkliche Trennlinie zwischen dem Kurdenproblem und dem Kampf gegen die PKK mehr gab. Es wurde alles zu kompliziert, und die öffentliche Meinung verhärtete sich, als das Töten begann und die Gewalt eskalierte.

Ich lese immer wieder in der europäischen Presse, daß einzig das Militär für diese Politik verantwortlich sei. Dem kann ich nicht zustimmen. Ein Teil der öffentlichen Meinung reagiert jetzt härter in der Kurdenfrage als das Militär. Die Politiker wissen dies, aber sie wollen sich da nicht engagieren. Sie hoffen nur, daß das Problem vielleicht eines Tages verschwinden wird. Ich glaube nicht, daß es eine Lösung geben wird. Die PKK wird weiterbestehen. Sie wird vielleicht kleiner werden, aber nicht verschwinden. Die einzige Lösung liegt darin, daß man das Problem der Armut angeht. Wenn Sie dort hingehen, sehen Sie, wie arm die Menschen sind. Sie haben keine Hoffnung. Sie wollen etwas, wofür es sich lohnt zu leben. Aber wir alle sind zu sehr mit dem politischen Kampf beschäftigt, und niemand kümmert sich um die Angelegenheiten der Kurden. Vielleicht ändert sich das in Zukunft, aber ich bin da nicht sehr optimistisch.

Der Teufelskreis besteht weiter, und Sie können davon ausgehen, daß die PKK nicht will, daß die türkische Regierung das Kurdenproblem anpackt, denn je länger das Problem besteht, desto länger werden sie im Rampenlicht stehen und desto besser werden sie in der Lage sein, die Kurden zu befehligen. Sie wollen keine andere Partei oder einen anderen Führer, der die Kurden repräsentiert. Abdullah Özalp selbst hat mir gesagt, es wäre lächerlich, wollte irgend jemand sonst zu seinen Lebzeiten im Namen der Kurden sprechen; denn, so fügte er hinzu, er und die PKK repräsentierten die Kurden. Es gab drei kurdische Parteien, aber die PKK hat sie gezwungen, von der Bildfläche zu verschwinden. Sie wollen unbedingt den bewaffneten Kampf fortsetzen.

Ich behaupte nicht, daß das Militär sehr demokratisch ist oder daß es nur an die Demokratie denkt, doch wir sind es, die das Militär provozieren, insbesondere jetzt. Das war vor 1980 der Fall, und es

war so während des Staatsstreichs von 1960. Auch jetzt sind es die zivilen Kräfte, die das Militär drängen. Wir benutzen sie, um die Refah-Partei zu stoppen. Wir sind anti-demokratischer als das Militär. Ich kann das sehr leicht sagen, weil ich ein Buch über das türkische Militär geschrieben habe, das von einigen unserer hochgeschätzten Generäle sehr schlecht aufgenommen wurde. Wenn Sie also die zukünftigen Ereignisse beurteilen, beschuldigen Sie nicht sofort das Militär, sondern suchen Sie die Schuld bei unseren Politikern und bei den einflußreichen Kreisen dieses Landes.

Güngör

Zu Herrn Birand will ich nur sagen: Die Islamisten deklarieren bei jeder Demonstration gegen den politisch extremistischen Fundamentalismus: Das sind Putschisten! Und als Frauen in Ankara gegen die Einführung von gottesstaatlichen Regeln wie der Scharia demonstrierten, wurden sie als putschistische Prostituierte diffamiert.

Die Polarisierung wird also von beiden Seiten betrieben. Während die einen behaupten: Ihr wollt den Putsch herbeireden, reagiert die andere Seite so, als wolle man tatsächlich den Putsch. Da stehen beide Seiten in der Verantwortung.

Fuller

Das Kurdenproblem ist in der Tat äußerst kompliziert. Natürlich geht es dabei auch um den Terror, den die PKK ausübt. Aber solche Organisationen entstehen nicht aus dem Nichts. Die Türkei leidet an Problemen, die heute nicht nur die Türkei betreffen. Ein Anwachsen der Ethnizität ist weltweit festzustellen. Das gilt auch für die Vereinigten Staaten. Für die Wiederkehr ethnischer Empfindungen - hier war von Reethnisierung die Rede - gibt es verschiedene Gründe. Je homogener die Welt in gewisser Hinsicht wird, desto größer wird das Bedürfnis nach einer begrenzten Identität.

In der Türkei kommt noch eine wirtschaftliche Dimension des Kurdenproblems hinzu. Der Südosten ist immer noch sehr arm und ist heute aufgrund der Kämpfe noch schlimmer dran. Die Kämpfe haben auf der anderen Seite die kurdische Identität gestärkt. Die Kurden werden sich zunehmend bewußt, wer sie sind, auch auf internationaler Ebene: Türkische, irakische, iranische Kurden, Kurden aus allen drei Ländern, die in Europa und in Syrien leben, kommen zusammen und stellen verstärkt die Frage nach ihrer Identität.

Ich glaube nicht, daß irgend jemand die Türkei teilen will. Ich halte es nicht einmal für erforderlich, daß die Türkei ein föderaler Staat werden muß, obgleich einige Kurden sagen, daß sie eben dies wollen. Aber um die Akzeptanz kultureller Bestrebungen und die offizielle Anerkennung der kurdischen Identität - so wie andere Länder überall auf der Welt ethnische Identität anerkennen müssen - wird die Türkei wahrscheinlich nicht herkommen, und das wird in gewissem Maße bedeuten, daß neben anderem die kurdische Sprache offiziell in Radio, Fernsehen und Zeitungen erlaubt wird.

Des weiteren wird man den Kurden mehr Kontrolle und Einfluß in ihrer eigenen Region einräumen müssen. Das gilt übrigens generell; denn auch die Einwohner, sagen wir von Bursa, verstehen ihre eigenen Probleme besser als in Ankara. Es geht also nicht nur um eine Reform für Kurden, sondern um eine Reform im Sinne der Dezentralisierung für die ganze Türkei. Auf diese Weise würde man ihre Kontrolle über ihre lokalen Probleme stärken. Ich meine also, daß das Kurdenproblem lösbar ist, aber es muß erkannt werden, daß es sich dabei nicht nur um ein wirtschaftliches und ein terroristisches Problem handelt, sondern um ein Identitätsproblem.

Wenn die Türkei dazu in der Lage ist, wird sie ein Magnet für die ganze Region werden. Sie würde ein Modell für den Iran und den Irak. Ich bin in der Tat der Ansicht: Wenn es eine kurdische Region mit demokratischen Rechten in der Türkei gibt, wird dies den türkischen Einfluß sowohl im Iran als auch im Irak unter den Kurden stärken. Ein solches Lösungsmodell wäre für die Diktatoren im Irak, im Iran und in Syrien äußerst unangenehm.

Abramowitz

Wie geht ein Land, das der Türkei freundlich gesinnt ist, mit dem Hauptproblem der türkischen Innenpolitik um? Die Kurdenfrage in der Türkei ist eine der größten Inflationsursachen. Das türkische Militär wird dadurch stark beansprucht. Sie ist eine wesentliche Quelle für Verletzungen der Menschenrechte. Die Kurdenfrage ist wahrscheinlich das in der Türkei innenpolitisch am heftigsten diskutierte Problem, das auch die außenpolitischen Beziehungen bestimmt. Wie sollen Freunde der Türkei damit umgehen?

Es wurde gesagt, dies sei kein Grund, die Türkei für die Mitgliedschaft in der EU zu disqualifizieren. Dem stimme ich zu. Doch wie reagieren befremdete Staaten auf ein Hauptproblem der Türkei, das es dem Land sehr schwer macht, den Standards für eine EU-Mitgliedschaft zu entsprechen?

Empfehlen Sie der Türkei, ihr jetziges politisches System zu verändern und ein föderales System einzurichten?

Rühl

Nein, Herr Fuller empfahl Dezentralisierung.

Abramowitz

Das ist eine bequeme Antwort. Es tut mir leid, aber damit kann ich nicht viel anfangen.

Gasteyger

Haben Sie das Buch von Herrn Fuller gelesen?

Abramowitz

Es ist ein ausgezeichnetes Buch, was die Darlegung des Problems betrifft. Ich glaube aber nicht, daß er weiß, wie man mit dem Problem umgehen soll. Bisher konnte mir noch niemand - weder Türken, Amerikaner, noch Europäer - einen vernünftigen Weg zur praktischen Lösung des Problems aufzeigen.

Fuller

Dann gibt es keine Lösung. Wenn die Türkei es selbst nicht schafft, wird kein anderes Land in der Lage sein, ihre ethnischen Probleme zu lösen.

Abramowitz

Die Lösung von Herrn Özal sah vor, alle Kurden aus dem Südosten herauszuschaffen.

Fuller

Sie sind immer noch Kurden.

Abramowitz

Deshalb sollen sie in die westliche Türkei integriert werden, wo bereits viele Kurden leben!

Fuller

Wie viele ethnische Gruppen wollen wegziehen und sich integrieren lassen?

Abramowitz

Ich sage nicht, daß das eine Lösung ist. Ich zitiere nur.

Voswinkel

Das Kurdenproblem ist auch der Grund, warum Professor Udo Steinbach, Leiter des Orient-Institutes in Hamburg, den wir ebenfalls zu diesem Gesprächskreis eingeladen hatten, türkischerseits die Einreise nach Istanbul verweigert wurde, weil er in diesem Land seit 1994 als Persona non grata gilt. Er hatte seinerzeit - nach Gesprächen mit Kurdenführer Özalan in Damaskus - für eine politische Lösung der Kurdenfrage plädiert. Es war uns leider nicht möglich, eine Aufhebung des Einreiseverbotes bei der türkischen Regierung zu erwirken, um Steinbach die Teilnahme hier zu ermöglichen.

Gerade weil hier immer wieder eine politische Lösung gefordert wird, bedaure ich es sehr, daß man einem international anerkannten und kompetenten Wissenschaftler wie Steinbach keine Gelegenheit gibt, seinen Standpunkt in einem solchen Gespräch zu vertreten.

Alaton

Ich möchte dieses Thema nicht abschließen, ohne eine Lösung zu nennen. Das Kurdenproblem ist nicht lösbar. Wir müssen nur die Kraft, die Weisheit und die Intelligenz aufbringen, Lösungswege zu finden.

Herr Bagci hat gesagt, dies sei ein altes Problem, das seit vielen Generationen besteht. Vielleicht will er damit ausdrücken, daß ein Problem, welches sich über viele Generationen entwickelt hat, weitere Generationen braucht, damit es gelöst werden kann. Mag sein, daß er recht hat; er ist ein junger Mann und hat Zeit zu warten. Ich bin kein junger Mann. Ich habe keine Zeit. Ich will, daß eine Lösung gefunden wird, bevor ich abtreten muß.

Europa wird das Kurdenproblem nicht lösen; denn es liegt nicht in seiner Verantwortung. Wir können nicht Deutschland oder irgendeinen Staat in Europa bitten, Lösungen zu finden. Denn dies ist ein türkisches Problem, das nur wir Türken lösen können. Deshalb müssen wir uns selbst in Frage stellen und uns von vorgefaßten Vorstellungen und Meinungen befreien.

In Europa wird verschiedentlich der türkischen Armee die Schuld an der Fortsetzung des Krieges gegeben. Damit tut man der türkischen Armee großes Unrecht an. Ich sage ganz offen: Es ist die Pflicht der Armee, Terrorismus zu bekämpfen. Die Armee bekämpft den Terrorismus und nicht das Kurdenproblem. Dies haben die Militärs ganz offen gesagt auf einer Informationsveranstaltung.

Zunächst müssen wir die Schuldigen herausfinden und sie auffordern, das Problem zu lösen. Ich sage ganz unumwunden: Schuldig sind die türkischen Politiker, weil sie die Rahmenbedingungen des Problems nicht lösen und weil sie es nicht zulassen, daß es öffentlich diskutiert wird - offen, ohne Druck und ohne vorgefaßte Meinungen.

Das Militär hat uns kürzlich berichtet, wie enttäuscht es über die Zivilisten, insbesondere über die Politiker ist. Die Politiker haben das Problem der Armee überlassen wie einem Vertragspartner. Sie war gewissermaßen das ausführende Organ, das man beauftragt hat, das Problem zu lösen. Nein! Die Armee hat sich darauf zu beschränken, Terroristen zu bekämpfen, nicht das Kurdenproblem zu lösen!

Deshalb müssen auch die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die Geschäftsleute ihren Beitrag leisten, um eine Lösung zu finden. Wir Unternehmer müssen Arbeitsplätze schaffen. Denn weil es im Südosten keine Arbeitsmöglichkeiten gibt, ist die junge Generation versucht, in die Berge zu gehen. Das habe ich immer wieder im Fernsehen und in Zeitungsinterviews erklärt. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen. Deshalb werden wir in der nächsten Woche eine Konferenz darüber abhalten, wie mit dem Problem der Armut im Südosten fertig zu werden ist.

Dafür brauchen wir aber vor allem die Unterstützung der Politiker. Die Politiker müssen begreifen, daß die Unternehmer dieses Problem allein nicht lösen können. Deshalb müssen alle, die NGOs, die Wirtschaft und die Politiker, sich mitverantwortlich fühlen. Wir müssen die Politiker zwingen, den Rahmen für die demokratischen Rechte aller Bürger neu zu bestimmen, die sich nicht als normale Türken empfinden.

Ich kann ganz offen sagen, daß ich Jude und mosaischen Glaubens bin. Niemand klagt mich dafür an, niemand fragt mich, ob ich dies oder jenes bin. Warum sollten wir einen Kurden zwingen, der bereits Moslem ist, zu sagen: "Ich bin ein Türke und will vergessen, daß ich Kurde bin"? Meine persönliche Botschaft lautet also: Wir sollten den Mut haben, den Stier bei den Hörnern zu packen und uns selbst fragen, welche vorgefaßten Meinungen wir in dieser Hinsicht haben.

Es gab in der Türkei eine Partei mit dem Namen HEP, die verboten wurde. Dann wurde eine neue Partei gegründet, die sich HADEP nannte. Auch die wurde verboten. Alle diese Parlamentarier wurden ins Gefängnis geworfen. Sehr demokratisch! Jetzt wurde eine weitere Partei gegründet, die demokratische Massenpartei (DKP). Es ist ein offenes Geheimnis, daß es sich dabei um eine demokratische Kurdenpartei handelt.

Ich habe mich mit dem Parteivorsitzenden, Serafetti Elci, unterhalten, weil ich wissen wollte, welche Ziele er verfolgt. Er sagte mir, das erste Postulat sei: keine Trennung vom türkischen Staat, kein Separatismus und auch keine Diskussion darüber. Was wollen wir in bezug auf Identität? Gebt uns ein Forum frei, auf dem wir unsere Auffassung öffentlich darlegen können; denn daran werden wir heute gehindert. Und dann fügte er etwas sehr Wichtiges hinzu: "Ich habe zwei Feinde. Zum einen den übermächtigen türkischen Staat und zum anderen die PKK. Ich weiß nicht, wer mich zuerst umbringen wird; denn die größte Bedrohung für die PKK ist, daß ein neues Element entstehen könnte, das für die Kurden spricht." Wir sollten diese Botschaft ernst nehmen. Wenn wir einen Mann des Friedens als Gesprächspartner haben können, der das Thema offen behandelt und darüber diskutiert, was er mit

den demokratischen Rechten, Menschenrechten, Identitätsbestrebungen meint, warum sollten wir der PKK das Recht zubilligen, für fünf oder zehn Millionen Kurden zu sprechen?

Gasteyger

Ich denke, das war für uns alle - Türken und Nichttürken gleichermaßen - ein sehr eindrucksvoller Beitrag. Er zeigt uns einmal mehr, wie wichtig es ist, zu unterscheiden und Kenntnis zu nehmen von dem weiten Meinungsspektrum, das selbst - oder gerade - bei einem so heiklen Problem wie jenem der Kurden und ihres Verhältnisses zur Türkei besteht.

Vollmer

Was mich etwas besorgt macht, auch in dieser Debatte, ist die wiederholt durchscheinende Ansicht, der größte Widerstand gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei käme von Deutschland. Einem solchen Vorurteil, das sich offenbar mehr und mehr in der Türkei befestigt, möchte ich vehement widersprechen. Mag sein, daß die Debatte darüber in Deutschland etwas offener und ehrlicher verläuft, aber sie findet ebenso in den anderen EU-Ländern statt. Die deutsche Politik - das gilt wohl für sämtliche Parteien - ist sogar an einer Integration der Türkei in die Europäische Union interessiert, weil dies gleichzeitig die innenpolitische Situation bei uns in bezug auf die türkischen Mitbürger entspannen würde.

Nun ist es sicher falsch, für diesen Prozeß von der jeweils anderen Seite große Unterstützung zu erwarten. Das heißt, jeder muß die eigenen Integrationsaufgaben selbst anpacken. Weder kann die türkische Politik erwarten, daß sie mit ihren innenpolitischen Problemen leichter fertig wird, wenn sie nur erst Mitglied der EU geworden ist, noch können wir davon ausgehen, wenn die Türkei das Kurdenproblem gelöst hat oder mit dem Fundamentalismus besser umzugehen gelernt hat, daß wir es dann leichter haben, die Integration der Türken in unserem Lande zu bewältigen. Wir haben jedenfalls versäumt, die Integration zu einem Zeitpunkt, wo sie noch gut möglich gewesen wäre, durch eine entsprechende Einwanderungspolitik zu unterstützen. Deshalb müssen wir mit dem Problem selber fertig werden. Die Türkei wird uns dabei wenig helfen können.

Ich möchte aber auch der Ansicht entgegenreten, die HÖT Staatssekretär Öymen und Herr Rühl geäußert haben, es gehe hier letztlich nur um Realpolitik. Als Frankreich, England, Spanien der Europäischen Vereinigung beitraten, hat ten sie doch auch ihre blutigen Konflikte mit den Algeriern, den Iren und Basken nicht beiendet. Ich meine, diese Argumentation sticht aus mehreren Gründen nicht.

Erstens hätte es ohne Frankreich und England nie eine Europäische Union gegeben. Das ist eine andere Ausgangssituation als im Falle der Türkei, selbst wenn die Türkei dies als ungerecht empfinden mag.

Zweitens sollten wir nicht vergessen, daß sich die Europäische Gemeinschaft zu einer Zeit entwickelt hat, wo Europa geteilt war und es darum ging, die europäische Nachkriegsordnung einschließlich der bestehenden Grenzen nicht in Frage zu stellen. Heute sehen wir uns nach Überwindung der Spaltung Europas einer völlig anderen Situation gegenüber. Insbesondere die Auflösung der Sowjetunion und der Militärböcke haben eine Fülle von neuen Nationalstaaten entstehen lassen, und in diesem Zuge haben auch die Kurden einen günstigen Moment gesehen, ihre ethnischen Ansprüche neu zu stellen. Überall in der Welt hat die Forderung ethnischer Gruppierungen nach einem eigenen Nationalstaat eine gewisse Sympathie und Unterstützung erfahren.

Diese Tendenz beginnt sich allerdings inzwischen schon wieder abzuschwächen. Das heißt, das Entstehen kleiner und kleinster Nationalstaaten in Europa und überall sonst in der Welt wird nicht mehr als Königsweg zur Lösung der ethnischen Probleme gesehen. Das war im Falle von Slowenien, Kroatien und auch Bosnien noch anders. Heute glaubt niemand mehr so recht an eine quasi unschuldige Identität sich selbst bestimmender Ethnien, die man mit aller Macht unterstützen müsse.

Insofern sehe ich auch nicht, daß sich für einen kurdischen Nationalstaat weltweite Unterstützung findet, wobei in diesem Falle erschwerend hinzukommt, daß niemand in Europa ausgerechnet die PKK für verhandlungs- und dialogfähig hält, eine Gruppierung mit einer langen stalinistischen Tradition, die prinzipiell nicht demokratisierbar sein dürfte. Und an einem stalinistisch geprägten unabhängigen Kurdenstaat kann niemand in der Welt interessiert sein.

Deshalb stimme ich auch Herrn Alaton voll zu, wenn er sagt, in der Türkei selbst muß mit den demokratisch gesinnten Kurden ein ernsthafter Dialog beginnen, zumal ja auch das Militär offenbar einzusehen beginnt, daß dieses Minderheitenproblem anders nicht zu lösen ist. Da wird es dann um Fragen wie die Errichtung föderalistischer Strukturen, von kultureller Autonomie, eigenen Schulen,

eigener Verantwortung und ähnlichem gehen. Das wäre schon ein großer Fortschritt, wenn es damit gelänge, Aggressivität und Gewalt in den Auseinandersetzungen hier zu verringern.

Robins

Ich meine, Herr Alaton verdient unsere volle Zustimmung und Unterstützung für das, was er hier gesagt hat, und zwar aus zwei Gründen: Erstens, weil wir alle, die wir uns Freunde der Türkei nennen, äußerst besorgt über die Situation in diesem Land sind, die schon viel zu lange andauert und das Land sowohl wirtschaftlich als auch moralisch teuer zu stehen kommt.

Der zweite Grund ist, daß das Kurdenproblem schon längst nicht mehr nur ein innenpolitisches Problem der Türkei ist. Es ist ebenso zu einem innenpolitischen europäischen Problem geworden, und zwar durch den Flüchtlingsstrom seit den frühen achtziger Jahren, der durch die Ereignisse im Südosten des Landes ausgelöst wurde. Eine große Anzahl dieser Menschen hat in unseren Ländern um politisches Asyl nachgesucht, hat sich bei uns niedergelassen, sich politisch organisiert und nutzt nun unser politisches System, um Einfluß auf unsere Außenpolitik zu nehmen. Dies geschieht in einem Maße, das unsere Beziehungen zur Türkei schwer belastet.

Es ist auch deshalb ein Problem der europäischen Innenpolitik, weil in den kurdischen und türkischen Gemeinden vieler Länder, auch in Großbritannien, der Tatbestand der Erpressung zugenommen hat. Dieses Problem ist schwer in den Griff zu bekommen, weil nur wenige Betroffene genügend Mut aufbringen und Vertrauen in die Rechtsprechung dieser Länder haben, um die Menschen anzuzeigen, die sie unter Druck setzen.

Auch die Drogenproblematik, Drogenschmuggel und -handel machen es zu einem europäischen Problem. Die größten Drogendealer in Großbritannien kommen aus der Türkei, und seit dem schon erwähnten Autounfall von Süsülük fragen wir uns besorgt, ob solche illegalen Aktivitäten dort nicht den Schutz höchster Regierungskreise genießen.

Viele Türken kritisieren die angeblich zu nachgiebige Haltung der europäischen Länder gegenüber der PKK. Wenn man sich die Ereignisse der letzten Jahre und die Verlautbarungen der wichtigen europäischen Regierungen, der Europäischen Kommission und anderer ansieht, finde ich es geradezu auffällig, wie sehr man sich bemüht hat, die Position der Türkei zu unterstützen und die PKK zu verurteilen, ihr zumindest jegliche Unterstützung zu verweigern. Das hat den europäischen Regierungen die scharfe Kritik von NGOs, Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und sogar politischen Parteien in Europa eingetragen.

Wir haben viel getan, um die Türkei zu unterstützen; aber ich frage mich, ob das dort immer so wahrgenommen wurde, weil das Problem schon lange besteht. Erinnern Sie sich an 1984, da gab es diesen Konflikt noch nicht. Es gab lediglich eine Gruppe stalinistischer Aufrührer, die in den frühen achtziger Jahren gerade die Grenze zur Türkei überquert hatten. Das war in der Tat kein großes Problem. Aber dann brach der Konflikt offen aus und hat sich seitdem jeder rein militärischen Lösung gegenüber als resistent erwiesen. Es ist ein Problem, das entweder weiterschwelen wird und allenfalls eingedämmt werden kann, aber dann weiterhin all die negativen Auswirkungen auf die Türkei und Europa hat, oder aber es kann offen angegangen werden. Und das kann nur auf so glaubwürdige und überzeugende Weise geschehen, wie es Herr Alaton hier gezeigt hat. Deshalb verdient er unsere Unterstützung.

Ein zweiter Gedanke bezieht sich auf das, was Herr Graham Fuller in seinem ersten Beitrag gesagt hat, daß wir es nämlich nicht mehr mit der alten Türkei zu tun haben, sondern daß diese sich sehr verändert hat. Sie ist zu einer multiethnischen, multikulturellen, zu einer pluralistischen Gesellschaft geworden. Das Land ist in vieler Hinsicht unglaublich reich, attraktiv und lebendig gerade wegen dieses Pluralismus. Aber die bestehenden Unterschiede können auch unerhört destruktiv wirken, wie wir im Falle der Kurden gesehen haben. Wir sollten uns daher nicht nur der Kurdenfrage zuwenden, um nach einer endgültigen Lösung für diese destruktive Entwicklung zu suchen, sondern auch andere mögliche Problemfelder in der türkischen Gesellschaft beachten, die zu ähnlichen Konflikten führen können mit entsprechend hohen moralischen und finanziellen Kosten, unter denen alle leiden, wie die Situation im Südosten des Landes zeigt.

Deshalb sollten wir die gemäßigten Gruppen stärken, nicht nur in der Kurdenfrage, sondern auch in anderen Bereichen. Die Unterstützung der gemäßigten Mitte könnte Extremismus und Intoleranz verhindern, aus welcher Richtung sie auch immer kommen mögen. Wir sollten unseren türkischen Freunden helfen, ihre politischen Institutionen und ihr demokratisches System zu konsolidieren, damit diese ihre Rolle als neutrale Vermittler zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft erfüllen können. Aber wir sollten auch den Pluralismus anerkennen und die politischen Institutionen darin

unterstützen, daß die gemäßigten Kräfte zum Wohle des Landes aktiv werden können - sei es in der Kurdenfrage, der Religionsfrage oder in anderen Problembereichen.

Mortimer

Nordirland ist hier einige Male erwähnt worden. Bei den Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur damaligen EWG spielte diese Frage in der Tat keine Rolle. Hätte die britische Armee indes in Nordirland ähnliche Dinge angestellt wie die türkische Armee im Südosten dieses Landes, dann wäre dies sicherlich - und zu Recht - ein Thema gewesen.

Rühl

Ich glaube nicht, daß es darum geht, was die britische oder die türkische Armee tut oder nicht tut. Der eigentliche Punkt ist, daß es ungelöste territoriale Fragen und Erscheinungen von Separatismus und Sezessionskonflikten gibt. Wie damit umgegangen wird, ist eine andere Frage.

Die Europäische Union muß eine politische Entscheidung treffen, selbst wenn alle Bedingungen erfüllt werden: Wollen wir ein neues Mitglied aufnehmen, dessen Grenzen umstritten sind oder das ein internes Problem hat, das unter Umständen zu einer Sezession, Rebellion oder Revolution führen kann? Zunächst einmal müssen wir begreifen, daß es sich um einen politischen Konflikt unvereinbarer Ziele handelt, bevor daraus ein Menschenrechtsproblem wird. Überhaupt können wir nicht alle diese Probleme als Menschenrechtsfragen definieren.

Wenn jeder Konflikt, mit dem wir konfrontiert werden - etwa der zwischen Tschetschenien und der Russischen Föderation;-, sofort als Problem der Menschenrechte betrachtet würde, wäre es unmöglich, dafür pragmatische und durchsetzbare politische Lösungen zu finden. Das müssen wir verstehen. Es geht nicht darum, daß die britische Armee sehr viel humaner ist, als wir das von der türkischen Armee glauben, sondern um ungelöste territoriale Ansprüche und die Frage, ob die Europäische Union damit leben kann.

Mortimer

Ich fürchte, Herr Rühl, es geht eben doch um diesen Punkt. Natürlich kann man nicht erwarten, daß zuvor alle ethnischen und Identitätsprobleme endgültig und zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst werden. Dann könnte sich die Union nie erweitern und würde wahrscheinlich gar nicht existieren. Trotzdem ist nach meinem Verständnis diese Union eine Gemeinschaft von Menschen, die bestimmte Normen im Umgang miteinander beachten.

Das irische Problem ist möglicherweise unlösbar, weil dort so ein tiefer Konflikt zwischen Identitäten besteht, daß er weiterhin Gewalt verursachen wird, obwohl wir alle verzweifelt nach Wegen suchen, dies zu verhindern. Aber das ist nicht nur eine Frage von Humanität, sondern von Intelligenz. Ich möchte unterstreichen, was Herr Alaton gesagt hat: Die Art und Weise, in der die Türkei bisher versucht hat, mit dem Kurdenproblem umzugehen, macht alles nur noch schlimmer. Und das bereitet allen Organisationen, denen die Türkei angehört, Schwierigkeiten. Man kann von der Europäischen Union nicht erwarten, daß sie dies nicht in Rechnung stellt.

Gasteyger

Ist der Unterschied zwischen den beiden Positionen wirklich so groß, wie es den Anschein erweckt?

Vollmer

Ich denke, der Unterschied ist doch erheblich, und Herr Mortimer hat recht. Tatsache ist, daß in einer bestimmten politischen Schule seit jeher die Ansicht vorherrschte, den Menschenrechten sei dann nicht so stark Geltung zu verschaffen, wenn anders Ruhe, Ordnung und Stabilität nicht zu gewährleisten seien. So wurde immer wieder im Hinblick auf Rußland argumentiert, wenn es hieß: Falls es dort zu einem Militärregime käme, sollte man dies nicht überbewerten; es gäbe halt im Augenblick keine andere Möglichkeit. Ähnlich lautet heute die Argumentation gegenüber der Türkei. Das mag verständlich sein, wird aber von einer jüngeren Generation europäischer Politiker nicht mehr getragen. Deshalb sehe ich eine sehr große Differenz zwischen den Positionen von Herrn Rühl und Herrn Mortimer.

Türkmen

Ich weiß nicht, inwieweit sich die türkische und die britische Armee bei der Terrorismusbekämpfung unterscheiden; wir haben auch viele Geschichten über die Methoden gehört, die die britische Armee seinerzeit angewandt hat.

Herr Mortimer sagt weiter, das irische Problem sei möglicherweise unlösbar. Warum soll das irische Problem unlösbar, aber das Kurdenproblem lösbar sein? Wenn England einer Vereinigung von Irland zustimmen würde, wäre das Problem sehr wohl lösbar. Dann würde die Mehrheit darüber entscheiden, ob sie den Protestanten in Nordirland Autonomie zugesteht oder nicht. Das ist ganz einfach.

Abramowitz

Ich denke, es kann keine Frage sein, daß die türkische Politik in dieser Angelegenheit durchaus erfolgreich war. Es ist vorstellbar, daß der Krieg morgen endet, auch wenn das wenig wahrscheinlich ist. Ich glaube jedoch, Herr Rühl, daß Sie grundsätzlich unrecht haben, wenn Sie annehmen, weil es eine aufständische Gruppe gibt, geht es von vornherein um ein Souveränitäts- und territoriales Problem.

In der Türkei leben Millionen von Kurden, und ich glaube jedoch, daß die Masse dieser Kurden die Abtrennung von der Türkei und die Unabhängigkeit anstrebt. Deshalb sehe ich darin kein Souveränitätsproblem. Vielmehr geht es bei der Türkischen Kurdenproblematik darum, wie man mit einem Problem verfahren soll, das auf der einen Seite mit Terrorismus zu tun hat und auf der anderen Seite eine große Minderheit betrifft, die ökonomisch benachteiligt wird.

Lake

Die Kontroverse zwischen Edward Mortimer und Lothar Rühl ist sehr interessant vor dem Hintergrund dessen, was Herr Robins sagte. Ich bin längere Zeit sowohl in Nordirland als auch im Südosten der Türkei gewesen, und ich kann Ihnen versichern, daß es erhebliche Unterschiede in der Vorgehensweise gibt. Dies rührt an den Kern der Frage, wie wir die schriftlich fixierten Bedingungen für eine türkische Mitgliedschaft - dazu gehören auch die Menschenrechte und die Behandlung und der Schutz von Minderheiten handhaben.

Wenn wir der Türkei die Aufnahme verweigern, weil sie ihre Minderheiten nicht schützt, räumen wir der PKK ein Vetorecht ein. Auf der anderen Seite müssen wir daraufsehen, wie mit dem Problem umgegangen wird. Das ist eine Frage der Balance. Die Europäische Union hat sich die äußerst schwierige Aufgabe gestellt, dies zu beurteilen, und wird sich dabei zumindest in einer Grauzone bewegen. Ich überlasse es Ihnen, sich darüber Gedanken zu machen. Es ist in der Tat eine sehr schwierige Frage, die, wie wir hier gesehen haben, heftige Debatten auslöst.

Güngör

Ich stimme Frau Vollmer zu, wenn sie meint, Deutschland sei nicht das größte Hindernis für die Türkei auf dem Wege zur EU, zumal es gerade Deutschland gewesen ist, das die Türkei nach dem Ende der Militärherrschaft und der Etablierung der neuen Demokratie international wieder salonfähig gemacht hat. Damals kamen sowohl Bundeskanzler Kohl und Parlamentspräsident Jenninger als auch Sie, Herr von Weizsäcker, als erstes westliches Staatsoberhaupt in dieses Land.

Wenn ich es recht erinnere, haben Sie den türkischen Gastgebern bei dieser Gelegenheit geraten, den Antrag auf Beitritt zur damaligen Europäischen Gemeinschaft besser nicht sofort zu stellen, weil das möglicherweise zu ernsthaften Problemen führen würde. Die Türkei solle damit lieber warten, bis sich das Land weiter entwickelt habe und eine Ablehnung weniger wahrscheinlich sei. Sie hatten noch kaum den Heimweg angetreten, da kündigten die Türken an, man werde den Antrag in Brüssel stellen. Ich habe dies damals sehr negativ kommentiert und mir dafür den Zorn von Mesut Yilmaz, dem seinerzeitigen Regierungssprecher, zugezogen.

Natürlich trat genau das ein, wovor Sie gewarnt hatten, Herr von Weizsäcker. Und zweifellos ist es besonders die Kurdenfrage, die der Türkei in diesem Zusammenhang die größten Probleme bereitet. Ich lebe seit 1984 als deutscher Korrespondent in diesem Lande, und ich gewinne immer mehr den Eindruck, daß die Kurdenfrage in der Tat unlösbar ist, so wie sie sich entwickelt hat.

Wenn man der Argumentation der Militärs folgt, dann gibt es vier Stufen auf dem Wege zu einem Großkurdistan: Zuerst kommt Kultur- und Sprachfreiheit. Zweitens geht es um Autonomie, also, wie Herr Fuller sagt, die Möglichkeit, eigene Gouverneure, eigene Verwalter zu wählen. Drittens wird Nordkurdistan gefordert, also ein Kurdistan auf türkischen Gebieten, und die vierte Stufe ist dann die Schaffung von Großkurdistan. Davon sind die Militärs jedenfalls fest überzeugt.

Sie haben dann allerdings überraschenderweise hinzugefügt, die Kurdenfrage sei mit militärischen Mitteln allein nicht mehr lösbar, und die Militärs haben die Regierung aufgefordert, geeignete wirtschaftliche und soziale Maßnahmen zu ergreifen. Vor allem ist wichtig, daß Südostanatolien nicht mehr als ein Strafversetzungsgebiet angesehen wird. Sie können heute jeden Polizisten in Istanbul oder Ankara in Angst und Schrecken versetzen, wenn Sie ihm eine Versetzung etwa nach Hakkari androhen. Das heißt - und das haben die Militärs ebenfalls angesprochen;- es kommt darauf an, erfahrene, gut ausgebildete Verwaltungsfachleute dorthin zu schicken, die auch mit den Menschen in dieser Region umgehen können, die ihre Sprache und Mentalität verstehen. Das gilt im übrigen auch für Polizei und Sicherheitskräfte. Ich habe 1989 für neun Monate in Ostanatolien gelebt und weiß, daß diese Menschen dort, die in ihrer ganzen Geschichte ständig unterdrückt worden sind - nicht nur von Türken;- , ganz anders reagieren als Bewohner anderer Regionen.

Ich meine, dieser Konflikt ist so lange nicht lösbar, wie der türkische Staat dort ein Dorfwächtersystem von 62.000 Mann unterhält, die vom Staat bewaffnet und bezahlt werden, damit sie die Kurden in Schach halten. Das kostet den Staat eine Unmenge Geld. Zudem sind in diesen Gebieten - Herr Robins hat es erwähnt - jede Menge Waffenschmuggler und Drogenhändler unterwegs, die von der ganzen Situation begünstigt werden. Wie und mit wem sollte da wohl eine politische Lösung erreicht werden? Das ist kaum vorstellbar.

Lassen Sie mich deshalb einmal in eine andere Richtung denken. Die Türkei gehört der NATO an; das heißt, ihre Grenzen im Süden und Südosten begrenzen zugleich das NATO-Territorium. Diese Grenzen müssen gegenüber Feinden der NATO genauso geschützt werden, wie seinerzeit die Grenzen der Bundesrepublik gegenüber dem Feind Sowjetunion.

Mit anderen Worten: Wenn amerikanische, französische, britische oder deutsche Soldaten, ausgestattet mit den modernsten Grenzschutztechnologien diese Grenzen bewachen würden, ist es durchaus vorstellbar, daß sich Staaten wie Iran und Syrien hüten würden, die PKK weiter zu unterstützen. Gleichzeitig könnten diese ausländischen Soldaten und Experten auch den Türken auf die Finget gucken und sie davon abhalten, irgendwelche Dörfer niederzubrennen, weil sie darin einige FKK-Leute vermuten. Vielleicht wäre das eine Lösung.

Rouleau

Wie kann eine Lösung aussehen, die Herr Alaton fordert? Mein Eindruck ist, daß wir das Thema umkreisen, ohne wirklich eine Antwort zu geben. Wir haben das Problem von allen Seiten analysiert, sind aber nicht zum Kern der Sache vorgedrungen.

Ich meine, das liegt daran, daß wir den Sachverhalt verwirren - wie das die Leute tun, die das Problem aus verschiedenen Gründen gar nicht lösen wollen, ob nun wegen bestimmter Interessen oder aus ideologischen und anderen Gründen. Solche Leute stellen uns, die wir für eine friedliche Lösung eintreten, dann etwa die Frage, ob wir denn wollten, daß sie mit Terroristen und Verbrechern verhandeln, die Zivilisten ermorden und Separatismus fordern. Oder man fragt uns, wie wir hier gehört haben: Wie sollen wir die Grenzen der Türkei verändern, wo dies doch NATO-Grenzen sind?

Darum geht es gegenwärtig nicht; vielleicht wird dies in Zukunft zu einem Problem. Ich sehe das eigentliche Problem - wie es jetzt auch einige türkische Politiker bestätigen - als eine Frage der Demokratie an. Wir wissen nicht einmal, wie viele Kurden in diesem Land leben. Ihnen ist vielleicht bekannt, daß bei Volkszählungen die Zahl der Kurden nicht ermittelt wird. Vorhin wurden fünf Millionen genannt. Ich denke eher an 15 Millionen, kann aber völlig daneben liegen. Andere sprechen von zehn Millionen. Wir wissen nicht, was die Kurden wollen. Streben sie nach Abtrennung, oder wollen sie ihre eigene kurdische Kultur ausüben innerhalb der Grenzen der Türkischen Republik?

Jene, die das Thema verwirren, erklären mir, ihr politisches System sei ähnlich wie das in Frankreich. Es stimmt, daß Atatürk von der Französischen Revolution inspiriert wurde, als es darum ging, etwas zu schaffen, was wir "Nationalstaat" nennen. Es trifft auch zu, daß die Französische und die Türkische Republik etwas gemeinsam haben. In Frankreich sehen wir weder auf Gemeinschaften, ethnische Gruppierungen oder religiöse Zugehörigkeit. Ein französischer Bürger ist nichts anderes als ein französischer Bürger.

Was Frankreich jedoch grundlegend unterscheidet, ist, daß bei uns jede Fremdsprache unterrichtet werden kann, ob in Privatschulen, aber auch an staatlichen Schulen. So wird zum Beispiel an Hunderten von französischen Schulen Türkisch unterrichtet, weil in Frankreich Menschen türkischer Herkunft leben. Das geschieht nicht, weil es sich um eine schützenswerte Minderheitensprache handelt, sondern weil es ein demokratisches Grundrecht ist. Wenn jemand Türkisch, Hebräisch oder Armenisch lernen will, kann er das tun, wenn er dafür bezahlt. In Frankreich können Sie jederzeit eine

ethnische oder religiöse Vereinigung gründen. Niemand wird Sie dafür verhaften und ins Gefängnis werfen. In der Türkei dagegen gibt es Gesetze - die sogenannten Antiterrorismusetze;- , die es den Behörden ermöglichen, Schriftsteller, Journalisten, Künstler und Politiker ins Gefängnis zu schicken, wenn sie es wagen, eine politische Lösung des Kurdenproblems zu fordern.

Ich stimme Herrn Robins zu, daß es sich um ein europäisches Problem handelt. Das zeigte sich deutlich, als das Europäische Parlament und die Europäische Union die Türkei in die Zollunion aufnehmen wollten, und die Bedingung dafür war, daß die Türkei ihre Gesetze ändern sollte. Aber Frau Ciller, die damalige Ministerpräsidentin, tat nicht, was sie hätte tun sollen, und die Europäer nahmen es hin. Ich frage Sie: Wer ist dafür verantwortlich? Wenn demokratische Kräfte im Westen ihre Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte aus materiellen Erwägungen vernachlässigen, dann kann man nicht nur den Türken Vorwürfe machen.

Öymen

Was die Kurdenfrage angeht, so sind hier sehr unterschiedliche Meinungen deutlich geworden, ohne daß irgend jemand eine Patentlösung aufzeigen könnte, die es ohnehin nicht gibt. Wenn wir in die Details gingen, könnten wir stundenlang darüber reden. Wer ist in der Türkei ein Kurde und wer nicht? Wie viele Kurden leben in der Türkei? Diese Fragen kann niemand eindeutig beantworten. In meiner Partei verfolgen wir eine Politik, die möglichst vielen Wünschen gerecht wird, auch wenn zum Teil ganz unterschiedliche Wunschvorstellungen bestehen.

Nun haben wir in der Türkei eine Demokratie - sie mag sicher viele Mängel aufweisen;- , und deshalb müssen wir uns darum bemühen, für unsere Politik im Parlament eine Mehrheit zu beschaffen. Das ist in der Türkei nicht anders als in England oder in Deutschland. Wenn ich an England denke, so wird im englischen Parlament seit 26 Jahren darüber gestritten, ob man zur Lösung der Nordirlandfrage mit Sinn Fein verhandeln soll oder nicht. Neulich stimmte das Parlament dafür; kurz darauf lehnte man dies wieder ab. In der Türkei liegen die Dinge in der Kurdenfrage nicht anders.

Was kann von außen getan werden? Ich meine, es käme darauf an, die Diskussionen hier zu erleichtern. Gegenwärtig bestehen in der Türkei Gesetze, die die Meinungsfreiheit verhindern. So wurden beispielsweise Journalisten ins Gefängnis geworfen, die man aufgrund der Antiterrorgesetze verurteilt hat. Zeitungen, die über dieses Thema berichten, wirft man vor, sie würden den Separatismus propagieren. In der Tat sitzen in der Türkei extrem viele Journalisten, Schriftsteller, Intellektuelle im Gefängnis. Ich habe kürzlich gelesen, daß von weltweit 180 inhaftierten Journalisten allein 67 davon in der Türkei sind. Wir nehmen damit den ersten Platz ein.

Diese Behinderungen müßten abgeschafft werden, damit die Kurdenfrage offener und breiter diskutiert werden kann. Wenn heute darüber gesprochen wird, begibt man sich auf eine gesetzliche Gratwanderung, und diejenigen Kollegen, die verurteilt wurden, haben sich ein wenig zu weit mit ihren Formulierungen vorgewagt. Deshalb wäre es wichtig, die Diskussionen zu erleichtern und Behinderungen zu beseitigen.

Nun wird immer wieder gefordert, den Kurden sollten mehr politische und kulturelle Möglichkeiten eingeräumt werden. Das Stimmrecht besitzen sie ohnehin; aber es heißt, sie sollten in die Lage versetzt werden, im Rahmen der kommunalen Verwaltungen ihre eigene Identität stärker zur Geltung zu bringen. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern - und das ist ein wichtiger innenpolitischer Faktor für uns;- , daß in Deutschland zwei Millionen Menschen leben, die weder in Deutschland noch in der Türkei wählen dürfen, während sie beispielsweise in den Niederlanden in der Kommunalpolitik mitwirken können. Das ist in Deutschland nur möglich, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft erlangt haben, was bekanntlich nicht eben einfach ist. Deshalb wurde vor zwei Jahren die türkische Verfassung dahingehend verändert, daß Türken, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, in der Türkei wählen können. Um dieses Wahlrecht auszuüben, haben die türkischen Behörden vorgeschlagen, die türkischen Bürger könnten ihre Stimmen entweder in den türkischen Konsulaten abgeben, oder es sollten Wahllokale in Schulen oder anderen öffentlichen Einrichtungen eingerichtet werden. Letzteres haben die deutschen Behörden wegen angeblicher Sicherheitsbedenken und mit ähnlichen Argumenten abgelehnt.

Natürlich ist es legitim, wenn sich die Länder der Europäischen Union mit der Kurdenfrage beschäftigen. Entscheidend ist jedoch, was dazu in der türkischen Innenpolitik geschieht in puncto Minderheitenrechte und ähnliches.

Türkmen

Bei allen Überlegungen und Lösungsvorschlägen, die wir gehört haben, denke ich doch, daß die Parameter des Kurdenproblems eindeutig sind. Theoretisch gibt es sicher viele Möglichkeiten: Autonomie, Föderalismus oder sogar Unabhängigkeit. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß jede Lösung von der Mehrheit der türkischen Bevölkerung akzeptiert werden muß, sonst bleibt sie Theorie.

Herr Rouleau hat gesagt, Frankreich sei in mancher Hinsicht der Türkei ähnlich. Es erkennt weder Minderheiten noch ethnische Gruppierungen an, aber garantiert ihnen das Recht, ihre Sprachen zu sprechen. Das ist schön und gut; aber das gilt für Frankreich auch erst seit 1952. Vor 1952 waren Bretonisch, Baskisch oder Korsisch streng verboten. Kinder, die diese Sprachen in der Schule benutzten, wurden hart bestraft. Es ist keine drei, vier Jahre her, daß in der französischen Nationalversammlung ein Gesetzesentwurf eingebracht wurde, der besagte, daß die korsische Nation Teil der französischen Nation sei. Dieses Gesetz wurde vom französischen Verfassungsgericht zurückgewiesen, weil es im Gegensatz zur Verfassung steht, die "une France unie et indivisible" garantiert.

Wir haben genau die gleiche Verfügung in unserer Verfassung, die besagt, daß die türkische Nation und das türkische Territorium unteilbar sind. Und auch wir müssen unsere Verfassung respektieren.

Dann gab es die Überlegung, Verhandlungen aufzunehmen - nicht mit der PKK, aber mit gemäßigeren Gruppierungen. Das ist jedoch kaum möglich. Denn wie sollen wir solche Gesprächspartner identifizieren? Woher sollen wir wissen, ob der Betreffende die Kurden tatsächlich repräsentiert? Deshalb ist der parlamentarische Weg der einzig mögliche.

Ich wies schon daraufhin, daß gegenwärtig etwa 80 Abgeordnete kurdischer Abstammung in unserem Parlament sitzen. Aber das türkische Wahlsystem ist sehr schlecht. Wir haben ein Verhältniswahlrecht, und wer gewählt wird, das bestimmen letztlich die Parteiführer, die alle Diktatoren sind. Die jetzt dem Parlament vorgelegte Reform des Wahlrechts sieht dagegen ein einfaches Mehrheitswahlrecht mit kleinen Wahlkreisen vor, bei dem jeweils ein Abgeordneter seinen Wahlkreis vertritt. Dies wird dafür sorgen, daß alle Türken im Parlament besser vertreten werden, auch die kurdischer Abstammung. Vielleicht wird dadurch ein Dialog möglich. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

Es gab auch eine Diskussion über mehr Dezentralisierung. Überall in der Türkei, auch im Südosten, werden die Bürgermeister gewählt. Wenn man über weitere Dezentralisierung nachdenkt, könnte man sich die französischen Regionen zum Vorbild nehmen, in denen die regionale Ebene mehr Macht erhält, der Zentralstaat aber durch die regionalen Präfekten noch vertreten ist. Solch ein System könnte sich entwickeln, aber wir müssen uns dem langsam annähern.

Alaton

Ich freue mich, daß mein Beitrag zum Kurdenproblem eine Menge Diskussionsstoff geliefert hat; denn je mehr man darüber diskutiert, desto eher findet man auch Wege zu einer Lösung. Natürlich gibt es keine perfekten Lösungen, allenfalls intelligente Wahlmöglichkeiten, über die man vielleicht einer Lösung näherkommen kann. Das Problem, über das wir hier sprechen, ist von ungeheurer Bedeutung und besteht schon so lange, daß es wohl noch einige Zeit dauern wird, bevor eine Lösung dafür gefunden wird. Aber lassen Sie uns die Hoffnung nicht verlieren.

Ich habe versucht, den Standpunkt der Wirtschaft zum Kurdenproblem vorzutragen. Persönlich bin ich der Ansicht, dies ist ein unnötiger Krieg, der schon so lange geführt wird und die Ressourcen des Landes erschöpft. Er erzeugt eine Kriegswirtschaft und eine Schicht von Profiteuren. Ich sehe darin eines der Haupthindernisse für den Frieden; denn eine Menge Leute profitieren davon und haben kein Interesse an einer Beendigung des Krieges. Ich bin darüber außerordentlich unglücklich; denn diese Profite kosten Menschenleben. Ich fürchte, dadurch werden immer weniger die Menschen zum Zuge kommen, die eine Lösung des Kurdenproblems wirklich finden wollen - selbst wenn sie durch parlamentarische Immunität geschützt sind.

Unser ehemaliger Außenminister, mein Freund Ilter Turkmen, sagt, daß eine Lösung nur beim Parlament liegt. Das mag so sein. Leider hat es aber in den letzten Jahren in unserem Parlament eine Reihe schwerer politischer Verfehlungen gegeben: Die HEP und dann auch die HADEP-Partei wurden verboten und Parlamentarier trotz ihrer parlamentarischen Immunität ins Gefängnis geworfen. Wir haben also noch einen sehr langen Weg vor uns, bevor unsere Demokratie den heute international akzeptierten Standards entspricht. Es erfordert sehr viel Mut, dieses Thema anzusprechen. Trotzdem blicke ich optimistisch in die nähere Zukunft, weil die Lösung vielleicht doch zum Teil beim Parlament liegt. Dafür müssen wir aber eine Atmosphäre schaffen, die einige Parlamentarier ermutigt, sich offen des Problems anzunehmen.

Eines der vielen Anzeichen, die mich hoffen lassen, kam kürzlich von selten des Militärs. Ein hochrangiger Militär hat unlängst gesagt, das Kurdenproblem sei nicht länger ein militärisches, sondern ein politisches Problem und müsse daher auch politisch gelöst werden.

Die Botschaft der Militärs an die Politiker interpretiere ich so: "Ihr habt uns den Auftrag gegeben, den Terrorismus zu bekämpfen, und wir haben unser Bestes getan. Wir sind sogar in den Irak gegangen, um dort die Reste der PKK zu bekämpfen. Aber die Lösung des Problems kann nicht militärisch, sondern muß auf politischer Ebene gefunden werden." Sie haben also den Ball an die Politiker zurückgespielt.

Was ich Ilter Türkmen, Onur Öymen und all den anderen, die von dieser Sache ebenso betroffen sind wie ich, sagen möchte, ist, daß es eine Tragödie wäre, wenn wir den Ansporn verlören, den wir brauchen, um Teil Europas zu werden. Warum sollten wir uns die Chance entgehen lassen, ein europäisches Land zu werden, wenn wir dies mit etwas mehr Intelligenz ohne weiteres schaffen könnten. Das erreichen wir aber nur, wenn wir die Möglichkeit haben, das Problem offen zu diskutieren, um alternative Lösungsmöglichkeiten zu finden. Es gibt keine Ideallösung, aber verschiedene Herangehensweisen, und ich möchte meinen türkischen und ausländischen Freunden hier ein Zeichen der Hoffnung geben, daß wir sehr hart daran arbeiten. Haben Sie Geduld mit uns und unterstützen Sie uns in unseren Bemühungen.

Cetin

Vielleicht habe ich Ishak Alaton mißverstanden. Was eine generelle politische Lösung der Kurdenfrage anbetrifft - einschließlich der Frage der Föderation;-, so haben die Militärs nicht davon gesprochen. Sie haben lediglich eingestanden, daß sie mit ihren militärischen Mitteln nicht mehr weiterkommen; jetzt sei es an den Politikern, die Frage wirtschaftlich und sozial anzugehen. Es wird also ein falscher Eindruck erweckt, wenn gesagt wird, den Militärs sei es um eine politische Lösung zu tun.

Alaton

Sie sehen, wie wichtig es ist, dieses Thema offen zu diskutieren; denn ich meinte genau das, was Hikmet Çetin sagt. Die meisten Türken sind der Ansicht, eine politische Lösung bedeute automatisch Sezession. Das ist aber nicht der Fall. Wenn die Militärs sagten, wir brauchen eine politische Lösung, dann denken sie bestimmt nicht an Sezession. Lassen Sie uns also die Vorurteile vergessen und offen darüber reden.

Levite

Bei der Diskussion über die türkische Bevölkerung in Deutschland, aber auch im Hinblick auf die Kurdenfrage wurde hier stillschweigend davon ausgegangen, diese Probleme seien durch Erziehung und dann mit Hilfe sozialer und wirtschaftlicher Lösungen anzugehen. Dabei wurde unterstellt, auf diese Weise könne man die Probleme beseitigen.

Ich habe zwei Einwände dagegen. Zum einen zeigen Studien über radikale Formen von Opposition, daß es gerade die besser ausgebildeten Leute sind, die aber nicht in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leben, um sich selbst zu verwirklichen und erfolgreich zu sein, und die deshalb zur Gewalt greifen. Das hat sich in Algerien ebenso wie überall im Nahen Osten als richtig erwiesen. Die Selbstmordattentäter sind nicht ungebildet. Ich erwähne dies, weil Bildung für sich gesehen, so sehr sie Instrument des Fortschritts ist, zugleich auch der Instabilität dienen kann. Das sollten wir nicht vergessen.

Des weiteren gebe ich zu bedenken: Auch mit der bloßen Einführung wirtschaftlicher Lösungen ist es nicht getan. Damit allein kann man die Ansprüche nicht befriedigen. Wirtschaftliche Maßnahmen mögen eine notwendige Bedingung sein, aber sie alleine werden nicht ausreichen.

Ich denke, gerade die Palästinenserfrage zeigt deutlich, daß wir kreativere Lösungen finden müssen, um nationale Ziele umsetzen zu helfen. Der Begriff von Staatlichkeit, wie wir ihn normalerweise verstehen, greift hier zu kurz. Das kann zum Beispiel heißen, ihnen gewisse Symbole der Selbstverwaltung zuzugestehen; aber ich bin mir nicht sicher, wieweit dies auch auf die Kurden anwendbar ist. Doch zu glauben, nationale Bestrebungen könnten allein durch Bildungsmaßnahmen und Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse befriedigt werden, erscheint mir sehr zweifelhaft. Ich glaube, dies gilt nicht allein für die Palästinenser, sondern auch für die israelischen Araber sowie für andere Minderheiten der Region.

von Weizsäcker

Mein erster Besuch in der Türkei fand übrigens zu einer Zeit statt, als ich Regierender Bürgermeister von Berlin-West war, der "größten türkischen Stadt außerhalb der Türkei", wie es hieß. Dabei war nicht nur die Zahl der türkischen Mitbürger gemeint, sondern auch die menschlichen Sympathien, die diesen Ende der 70-er, Anfang der 80-er Jahre in Berlin entgeggebracht wurden.

Aber schon damals war das Hauptproblem, wie die Türken bei uns integriert werden könnten, und ich bin nach wie vor der Meinung, das Integrationsproblem könnte am ehesten durch eine doppelte Staatsbürgerschaft gelöst werden, wogegen wir uns in Deutschland leider immer noch sperren. Das würde die Identifikation der jungen Türken mit der deutschen Gesellschaft zweifellos erleichtern und ihre Integration fördern. Denn für diese jungen Menschen gab es schon damals nicht mehr die Alternative, in Deutschland zu bleiben oder nach Anatolien zurückzukehren. Auf der anderen Seite war verständlich, daß sie ihre Eltern und Großeltern, die die türkische Staatsangehörigkeit zu behalten wünschten, nicht vor den Kopf stoßen wollten.

Aus diesem Dilemma hätte nur helfen können, der jungen türkischen Generation die deutsche Staatsangehörigkeit zu gewähren, ohne daß sie die türkische aufgeben muß. Ich halte all die Einwände dagegen - Wehrpflichts- oder Erbschaftsprobleme - für nicht stichhaltig. Unser Staatsbürgerrecht, das noch aus der wilhelminischen Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammt, wird eben den realen Problemen und Wünschen der bei uns lebenden Türken nicht gerecht.

Als ich dann Mitte der 80er Jahre als Bundespräsident in die Türkei kam, stand in der Tat die Frage der Zugehörigkeit der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft im Vordergrund. Meine Warnung, den Aufnahmeantrag nicht zu überstürzen, bezog sich primär auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und nicht auf die Menschenrechte oder das Kurdenproblem, das damals noch so gut wie keine Rolle spielte.

Mit dem Kurdenproblem wurde ich erst bei meinem dritten Besuch konfrontiert, allerdings in einer Form, an die ich nur ungern zurückdenke. Als mir 1994 in Istanbul der Atatürkpreis verliehen wurde, hatte ich es in meiner Ansprache gewagt, der Kurden nur Erwähnung zu tun. Darauf wurde mir von höchster Stelle in der Türkei nahegelegt, dieses Wort aus meiner Rede zu streichen, wenn ich öffentlich in der Türkei sprechen wolle. Das empfand ich doch als reichliche Zumutung, zumal mir der Staatspräsident selbst diesen Preis überreichen sollte.

Um so mehr freue ich mich, daß wir heute hier so offen über die Kurdenfrage reden können, und ich bin besonders beeindruckt, wie die türkischen Teilnehmer dieses heiße Eisen anfassen. Ich meine, davon können wir alle viel lernen.

Ich will aber auch unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß für mich die Türkei zu Europa und zur Europäischen Union gehört, auch wenn die Frage des Zeitpunktes der Aufnahme offen ist. Gerade wir Deutschen haben den Türken hierfür die meisten Hoffnungen gemacht; deshalb ist es verständlich, daß wir ihnen auch die größten Enttäuschungen bereiten, wenn es nicht wie gewünscht läuft.

Natürlich müssen auch wir innenpolitisch Rücksichten nehmen, und unser Hauptproblem in Deutschland seit 1990 ist sicherlich, wie wir mit dem Zustrom an Fremden fertig werden. Die Frage der Religion - Christentum und Islam - spielt dabei kaum eine entscheidende Rolle, auch wenn dieser Anschein immer wieder erweckt wird, beispielsweise mit dieser unseligen Brüsseler Erklärung der E VP-Parteien im März. Damit wird nur verdeckt, daß die eigentliche Besorgnis ganz woanders liegt, nämlich bei der Einwanderung. Da wird dann befürchtet, eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU und die damit verbundene Freizügigkeit werde Millionen von Türken veranlassen, ihre Koffer zu packen und nach Europa, vorzugsweise nach Deutschland zu kommen, um liier zu arbeiten und zu leben.

Ich meine, wir Deutschen sollten klar zum Ausdruck bringen, daß wir mehr noch als andere Partner der Europäischen Union daran interessiert sind, der Türkei das Gefühl zu geben, zu Europa zu gehören und eines Tages auch Mitglied der Europäischen Union zu werden. Dazu sollten uns nicht in erster Linie sicherheitspolitische Gründe bewegen - die bei den Amerikanern im Vordergrund stehen;- , sondern weit mehr gesellschaftliche und nicht zuletzt mitmenschliche Motive.

Öymen

Wenn wir hier über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei sprechen, dann tut dies jeder aus der Sicht seines eigenen Lan. des, und jedes Land hat seine eigenen innenpolitischen Bedingungen. Herr Klose sagte, in seinem Hamburger Wahlkreis leben rund 35 Prozent Türken, sicher eine Tatsache, die in der deutschen Bevölkerung Befremden auslöst, wenn es beispielsweise um Fragen des Islam geht. Und die 2,5 Millionen Türken, die in Deutschland leben, haben nahezu zehn Millionen Verwandte in der Türkei. Von daher ist verständlich, wenn alles, was Türken in Deutschland geschieht, auf die türkische Innenpolitik ausstrahlt. Wenn Deutschland

beispielsweise die Visumpflicht für türkische Kinder unter 16 Jahren einführt, dann führt das zu Reaktionen in der Türkei.

So verhält es sich auch bei dem Problem, das ich vorhin erwähnt habe. Das heißt, das Statement der Christdemokraten von Brüssel des Inhalts, daß die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei nachhaltig durch den kulturellen Konflikt, der aus dem Verhältnis von Christentum und Islam resultiert, geprägt seien, ruft bei uns ebenfalls Reaktionen hervor. Darüber sollten wir uns auf beiden Seiten im klaren sein.

Damit die Türkei in einigen Jahren der Europäischen Union beitreten kann - die Weichen dafür wurden immerhin schon 1963 gestellt;- , wäre es wichtig, daß die Türkei zumindest von den Beitrittskandidaten nicht ausgeschlossen wird. Heute sind es elf, und die Türkei legt Wert darauf, als zwölfter Kandidat mit auf ein Gruppenphoto zu kommen. Aber nicht einmal das hat man uns bisher gewährt. Deshalb sollten Sie verstehen, daß die Türkei zur Zeit nicht eben viel Vertrauen in die Europäische Union und ihren guten Willen setzt.

Utkin

Im Hinblick auf die türkischen Probleme reden wir über Demokratie, Säkularismus, Menschenrechte und so weiter. Ich möchte insbesondere unsere deutschen Freunde daran erinnern, daß Demokratie und Integration dazu dienen sollen, den Lebensstandard zu erhöhen und eine Zivilgesellschaft aufzubauen.

Meiner Meinung nach wird die Zukunft der Türkei vom Schicksal der Millionen ehemaliger Bauern bestimmt, die als erste Generation zu Stadtbewohnern wurden. Das ist ein einzigartiges Phänomen. Von den 12 Millionen Menschen, die im Großraum Istanbul leben, kannten zwei Drittel vor 20 Jahren noch kein fließendes Wasser. Worüber wir hier sprechen, ist Demokratie in ihrer eigentlichen Bedeutung. Sie sollten nicht technische Dinge darüber entscheiden lassen, ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird oder nicht - das Wichtigste ist, daß 60 Millionen Türken westlichen Werten anhängen, zumindest aber Erfahrung mit ihnen haben. Sie gehören längst dem westlichen Lager an - mit oder ohne Integration.

Ich habe zwei Jahre lang an der Bosphorus-Universität unterrichtet und muß sagen, daß sie eine kleine, aber sehr wichtige Insel des Westens in diesem Land ist, zusammen mit der Marmara-Universität und einigen sehr mutigen prowestlichen Zeitungen. Es gibt jedoch keine Satellitenkanäle mit westlichen Programmen und nur sehr wenige Buchläden, in denen man Bücher aus dem Westen kaufen kann. Aber ohne den gegenseitigen Austausch von Ideen und Menschen kann man keinen Einfluß auf eine schnellwachsende Nation ausüben. Ich weiß, daß 20.000 türkische Studenten an deutschen Hochschulen studieren. Das ist eine eindrucksvolle Zahl: aber Anatolien und Kleinasien stehen weiterhin vollkommen außerhalb der europäischen Welt.

In einigen Tagen wird das 50-jährige Jubiläum des Marshallplans gefeiert. Teil dieses Plans war eine Art von Expertentourismus in die USA, um dort die modernsten Berufe und Techniken kennenzulernen. Wer übt heute den größten Einfluß auf diese Millionen ehemaliger Bauern aus? Es sind jene, die sagen, daß die Moslems die am schnellsten wachsende Gemeinschaft in der Welt sind. Heute machen sie 14 Prozent der Weltbevölkerung aus; in zwanzig Jahren werden es 28 Prozent sein. Heute produzieren sie vier Prozent des Weltbruttosozialprodukts und in 20 Jahren acht Prozent. Darauf sollten sie stolz sein.

Der Einfluß der kleinen Bosphorus-Universität mit ihren englischsprachigen Studenten und Dozenten ist nicht zu vergleichen mit dem Einfluß einer Ideologie, deren zentrale Aussage Stolz auf die Türkei ist. Rußland hat ein ähnliches kulturelles Problem. Mein Eindruck ist jedenfalls, daß die Türkei diesem Problem nicht die nötige Aufmerksamkeit widmet.

Um die Sache noch von einem anderen Standpunkt aus zu betrachten: Wir sprechen hier über ein Land, dessen Pro-Kopf-Einkommen bei 3000 US-Dollar liegt. Sicher, das ist weit mehr als die 600 Dollar in Libyen oder Algerien, aber kein Vergleich mit den 25.000 Dollar in Deutschland. Da klafft eine unendliche Lücke. Und wer die Türkei wirklich in der EU sehen will, müßte eigentlich eine Neuauflage des Marshallplans für die Türkei über 50 Jahre fordern. Ein Teil dieses Plans müßte die Assimilation Kurdistans und der türkischen Bevölkerung beinhalten, so wie der Marshallplan damals auch Gemeinschaftsprogramme vorsah.

Nun wissen wir, daß der Westen heute kein Geld hat. Aber für die Türkei stellt sich die Frage, ob sie zum Lager der Besitzenden oder der Besitzlosen zählt. Im Moment steht sie genau dazwischen, mit einem Lebensstandard, der viel höher ist als in den arabischen Ländern, aber noch nicht einmal den in den osteuropäischen Staaten erreicht.

Wenn wir über die Entwicklung der Türkei sprechen, dürfen wir die Realität der 50 Millionen Bauern nicht vergessen, die eine unbekannt Zukunft vor sich haben. Wir müssen ihnen zeigen, daß diese Zukunft zumindest vorstellbar und erreichbar ist. Aber in unseren Diskussionen befassen wir uns mit sehr abgehobenen Themen und ignorieren die Realitäten des täglichen Lebens. Wahlen sind Wahlen, so einfach ist das; und hier müssen wir unseren Einfluß geltend machen. In Rußland haben wir ein ähnliches Problem. Wir müssen deutlich machen, daß Moskau attraktiv ist. Nachdem ich zwei Jahre hier gelebt habe, weiß ich, wie wichtig das Goethe-Institut ist. Wir brauchen 20 Goethe-Institute in diesem Land.

Bagci

Ich möchte ein spezifisches Problem ansprechen, das Sie vielleicht überraschen wird: Obwohl Deutschland aus vielen Gründen für die Türkei das wichtigste europäische Land ist - schon allein der 2,1 Millionen Türken wegen, die in Deutschland leben;- , werden im türkischen diplomatischen Dienst nur Englisch und Französisch als Fremdsprachen anerkannt. Auch die offiziellen Vertreter der Türkei in Deutschland, Botschafter und andere Diplomaten, sprechen kaum Deutsch und können sich folgl: ich mit den deutschen Behörden nicht in der Landessprache verständigen. Das ist für unsere Beziehungen ein großes Handikap.

Mir gegenüber haben sich mehrfach junge Türken, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, Politikwissenschaft studiert haben und eigentlich alle Voraussetzungen für den diplomatischen Dienst mitbringen, beklagt, daß sie mit ihren sehr guten Deutschkenntnissen keine Chance hätten, von türkischer Seite akzeptiert zu werden.

Ich hatte die über 20.000 türkischen Studenten erwähnt, die gegenwärtig an deutschen Hochschulen studieren. Wenn wir nur 5000 dieser jungen Leute veranlassen könnten, später in der Türkei tätig zu werden - ob in der Wirtschaft oder an den Universitäten;- , hätten wir ein erhebliches Potential von qualifizierten Kräften, die wir dringend benötigen. Unser Bildungsministerium fordert an die 2500 Studenten im Ausland, die ihre Magister- und Doktorarbeiten schreiben, und zwar fast ausschließlich in Amerika und England. Deutschland ist im intellektuellen Leben der Türkei nahezu eine Fehlanzeige.

Dabei ist Deutschland heute die führende Nation in der Europäischen Union, deren Einfluß zunehmend nach ganz Osteuropa hin ausstrahlt, was auch in der wachsenden Bedeutung der deutschen Sprache zum Ausdruck kommt. Ich meine, die Türkei wäre gut beraten, sich darauf einzustellen und davon zu profitieren. Denn die junge Generation bei uns ist sehr viel weltoffener geworden, als sie es noch vor zehn Jahren war. Das gilt nicht zuletzt für ihre Aufgeschlossenheit gegenüber der modernen technischen Entwicklung.

Mit anderen Worten: Die Türken von heute, das sind nicht mehr nur die anatolischen Bauern, vor denen Bundeskanzler Kohl besorgt ist, sondern das sind Menschen, bereit zum Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Insofern habe ich auch großes Vertrauen in die türkische Demokratie. Die Mission der Türkei im 21. Jahrhundert könnte geradezu sein, im ganzen Nahen und Mittleren Osten bis in den Kaukasus hinein für Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechte einen wichtigen Beitrag zu leisten - so wie schon William Shakespeare einst gesagt hat: Don't underestimate the power of the Turks.

Gasteyger

Herr Baga sprach von 20.000 türkischen Studenten in der Bundesrepublik, von denen, so hofft er, zumindest 5000 in die Türkei zurückkehren werden. Es wäre in der Tat bedauerlich - Herr Utkin hat daraufhingewiesen;- , wenn die meisten dieser 20.000 Studenten in Deutschland blieben, statt zur Europäisierung der Türkei, also einer Öffnung nach außen hin, beizutragen.

Ergüder

Die Türkei muß sich mit vielen Problemen auseinandersetzen, von denen das Kurdenproblem nur eines ist. Was mich beunruhigt, ist, wie wir eine Lösung finden wollen und welche politischen Mechanismen uns dafür zur Verfügung stehen. Es ist sicher richtig, dafür unser Parlament aufzufordern, das jedoch darauf gar nicht vorbereitet ist - genausowenig, wie unsere Bürokratie, die immer noch die Mentalität der zwanziger und dreißiger Jahre hat. Ich kann mir nicht vorstellen, wie eine effiziente Regierung mit einer so riesigen Bürokratie funktionieren soll.

Die Globalisierung wirkt sich auf die Türkei aus. Einige Sektoren haben sich zu einer Art Dänemark entwickelt, während andere Regionen eher Bangladesch gleichen. Wir haben also auch erhebliche Verteilungsprobleme. Wie sollen wir diese lösen und mit welchen politischen Instrumenten? Kann

unser politisches System dafür einen Konsens finden? Dies sind die entscheidenden Fragen, alles andere ist eher zweitrangig.

Ich bin nicht sehr optimistisch, daß das Parlament eine Lösung schaffen kann. Das Verhältniswahlrecht stellt ein erhebliches Problem dar, und die türkischen Intellektuellen und Wissenschaftler sind schuld, daß sie die Verhältniswahl für das demokratischste Wahlsystem halten. Wir haben Demokratie mit Recht und Repräsentation gleichgesetzt; aber wenn daraus keine Regierung entsteht, die in der Lage ist, Probleme zu lösen, wird die Demokratie ihre Legitimation verlieren.

Wie können wir aus diesem Dilemma herausfinden und entscheidungsfähige Regierungen bekommen, die eine gründliche Reform der türkischen Bürokratie in Angriff nehmen, damit diese angemessen funktionieren kann? Welches Wahlsystem ermöglicht die Schaffung von Mehrheiten und die Herstellung von Konsens? Wenn uns das nicht gelingt, wird das Vakuum auf die eine oder andere Weise gefüllt werden, und das könnte eine erhebliche Bedrohung für die Demokratie bedeuten.

Meiner Meinung nach befindet sich die türkische Demokratie bereits in einer Legitimitätskrise, weil das System nicht in der Lage ist, die Probleme der Türkei zu lösen. Eine Gefahr für die Gesellschaft entsteht dadurch, daß die immer zahlreicher werdenden Nichtregierungs- und Wirtschaftsorganisationen und sogar öffentliche Institutionen wie die Universitäten ihre eigenen Lösungen anbieten. Sie operieren dabei in einer halblegalen Grauzone, und das ist für unsere Demokratie gefährlich.

Meine eigene Erfahrung ist, daß man selbst Lösungen entwickeln muß, damit zum Beispiel eine Universität vernünftig arbeiten kann. Auf Maßnahmen der Regierung kann man nicht warten. Das ist jedoch gefährlich, denn dadurch wird die Profitmacherei gefördert wie sich dies zum Beispiel beim Kurdenproblem zeigt. Aber auch in anderen Bereichen mißbrauchen Nichtregierungsorganisationen und "Stiftungen" ihre Macht und die halblegalen Freiheiten, die sie sich erworben haben. Deshalb sehe ich die zentrale Frage darin, wie wir in der Türkei einen demokratischen Konsens herstellen, der es einer demokratischen Regierung erlaubt, wirksam zu arbeiten. Dann werden sich auch die Kurdenfrage und die Verteilungsprobleme lösen lassen. Im Augenblick versucht das Militär, hinter verschlossenen Türen Lobbyarbeit zu leisten und einige Nichtregierungsorganisationen zu drängen, sich stärker im politischen System zu engagieren. Ich bin nicht sicher, ob das eine Lösung ist.

Gasteyger

In einem Artikel über Menschenrechtsfragen hat Herr Turkmen einmal die Frage gestellt, ob es nicht auch ein Menschenrecht auf eine effiziente und stabile Regierung geben müßte. Das ist eine wahrscheinlich für die meisten Länder berechnete Forderung; denn wer ist schon mit seiner Regierung zufrieden. Ob daraus allerdings ein Anspruch, ein "Menschenrecht" abgeleitet werden kann, bliebe zu untersuchen. Die ersten, die sich wahrscheinlich dagegen wehren würden, sind die anvisierten Regierungen selbst. Das sollte uns nicht davon abhalten, Herrn Türkmens Idee weiter zu verfolgen.

Fuller

Herr Turkmen sprach von den Wünschen der Mehrheit. Das Phänomen der Diktatur der Mehrheit ist uns überall in der Welt durchaus vertraut. Es gibt zwei Möglichkeiten, damit umzugehen, eine legale und eine praktische. Auf der einen Seite muß die Herrschaft der Mehrheit den Schutz der Minderheiten gewährleisten. Wie dies zu handhaben ist, dazu gibt es eine umfangreiche Literatur. Die praktische Frage lautet: Wenn die Mehrheit der Türken gegen jede Art von Anerkennung irgendwelchen Kurdentums votiert, dann bedeutet das Aufstand, und zwar auf unbegrenzte Zeit.

Das ist ein praktisches und kein rechtliches Problem. Eine gute Politik ist der Schlüssel zur Bereitschaft der Minderheiten überall in der Welt, in den Staaten zu bleiben, in denen sie leben. Wenn jedoch ihre grundlegenden Bedürfnisse nicht erfüllt werden, erweist sich das als katastrophal für die jeweiligen Staaten. Die Türkei nähert sich ohne Zweifel den Reihen der fortschrittlichen und hochentwickelten Nationen, aber ihr Erfolg wird davon abhängen, wie sie dieses Problem löst.

Herr Ergüder hat die Frage gestellt, ob man beim Verhältniswahlrecht bleiben solle und ob es den heutigen Problemen angemessen ist. Das ist es sicher nicht; doch die Hoffnung, auf andere Weise leichter einen Konsens zu finden, ist auch trügerisch. In unseren modernen Gesellschaften mit ihrer wachsenden Vielfalt von Menschen, Ansichten, Meinungen und Ideen wird es leider immer schwieriger werden, noch einen gesellschaftlichen Konsens zu finden.

Abramowitz

Ich möchte Ihnen eine kleine Anekdote erzählen, die das illustriert, was Herr Ergüder gesagt hat, daß es ein Hauptproblem für die heutige Türkei sei, die Handlungsfähigkeit der Regierung zu gewährleisten.

Ich bat vor kurzem einen sehr angesehenen Türken um eine Einschätzung der gegenwärtigen Situation seines Landes. Er verglich die Türkei mit einer Autobahn, die mit Schlaglöchern übersät ist - auf der Fahrbahn ebenso wie zu beiden Seiten der Straße. Und er meinte, die türkische Lösung, mit dem Problem umzugehen, sei, sich einfach einen guten Fahrer zu nehmen. Leider haben wir aber keine guten Fahrer mehr in der Türkei; deshalb wird es Zeit, daß wir damit beginnen, die Straße zu reparieren.

Genau das, meine ich, muß die Türkei tun, um aus ihrem gegenwärtigen Dilemma herauszukommen. Mit immer neuen Koalitionen von zwei rechtsgerichteten oder zwei linksgerichteten Parteien wird das nicht zu erreichen sein, sondern nur mit einer Reformbewegung, die das politische System grundlegend analysiert und reformiert.

Gasteyger

Die sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei für den Westen und die NATO ist unbestritten. Wie steht es aber um die wirtschaftliche Bedeutung der Türkei im Hinblick auf ihre künftigen Beziehungen zur Europäischen Union, Herr Lake?

Lake

Ich will mich bei den Schwerpunkten der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei an nüchterne Fakten halten. Das erste ist der strategische, das zweite der politische Schwerpunkt. Die Türkei ist prowestlich, und Europa möchte sie irgendwie als Teil der europäischen Architektur sehen, in die sie bereits zu 70 Prozent eingebunden ist. Der dritte Schwerpunkt ist sozialer Natur und schließt die Werte mit ein. Dazu gehört - als Teil der türkischen Propaganda, wenn Sie so wollen - das Kurdenproblem, das mit allen anderen zusammenhängt. Der vierte Schwerpunkt betrifft die Wirtschaft.

Wirtschaftlich ist die Integration bereits sehr eng. Sie ist irreversibel und von strategischer Bedeutung. 1993 betrug unser gegenseitiges Handelsvolumen 20 Milliarden US-Dollar. Ende 1996, nach dem ersten Jahr der neuen Zollunion, betrug der Handel in beiden Richtungen 35 Milliarden. Das ist ein Zuwachs von 80 Prozent in drei Jahren, was phänomenal ist. Im ersten Jahr der Zollunion belief sich das Handelsdefizit der Türkei auf insgesamt 19 Milliarden US-Dollar. Das gegenwärtige Leistungsbilanzdefizit ist weitaus geringer und liegt bei über sechs Milliarden Dollar, denn es schließt Tourismus, Überweisungen und den berühmten Kofferhandel mit Rußland ein. Von den 19 Milliarden Handelsdefizit geht die Hälfte auf die Europäische Union, die mit der Türkei auch die Hälfte ihres Handelsvolumens - Importe und Exporte - abwickelt.

Im ersten Jahr der Zollunion sind meine großen Befürchtungen nicht eingetroffen. Es gab keine Pleitewelle. Es hat sich schnell gezeigt, daß die Türkei in der Zollunion wettbewerbsfähig ist. Das Defizit wird in diesem und im nächsten Jahr zurückgehen; denn die Zollunion wurde von einer expansiven Wirtschaftspolitik begleitet, die Importe von Investitionsgütern und Rohmaterial anzog, um die Produktionskapazitäten und die Exportmöglichkeiten der Türkei zu steigern. Dies wird sich in diesem Jahr und mehr noch im nächsten positiv bemerkbar machen.

Die Beziehungen wurden beeinträchtigt durch die fehlende finanzielle Zusammenarbeit infolge des griechischen Vetos. Das betraf auch die Finanzmittel, mit denen die Zollunion sowohl seitens der Kommission als auch der Europäischen Investitionsbank gestärkt werden sollte. Weitere Beschränkungen der finanziellen Zusammenarbeit ergaben sich aus dem Euro-Mittelmeerabkommen, wo das Europäische Parlament sein Augenmerk ausschließlich auf Menschenrechtsfragen richtet. Wir haben also das merkwürdige Phänomen, daß die Europäische Union auf dem türkischen Markt im vergangenen Jahr einen Überschuß von zehn Milliarden US-Dollar erzielt hat, aber es bislang an jeder finanziellen Unterstützung hat fehlen lassen.

Ein Programm zur weiteren Integration, das mit der Zollunion wie auch mit der finanziellen Zusammenarbeit verbunden ist, ist bisher ebenfalls gescheitert, nämlich die Zusammenarbeit auf institutionellem Gebiet. Es gibt at er regelmäßige Treffen von der Ebene der Ministerpräsidenten abwärts. Es besteht Zusammenarbeit in den Bereichen kleiner und mittlerer Unternehmen, bei Energie, Umweltschutz transeuropäischen Netzwerken bei Straße, Schiene, Elektrizität und Telekommunikation, im Transportwesen, in der Landwirtschaft, Forschung, Bildung und sogar im kulturellen Bereich.

Das ergibt ein beträchtliches Programm zur weiteren Integration. Wir können auch beginnen, über einige Aspekte des gemeinsamen Marktes in der Türkei zu verhandeln wie etwa bei den Dienstleistungen, die in die Zollunion nicht einbezogen wurden, weil Deutschland dagegen Einspruch erhob. Doch das Problem läßt sich lösen.

Wo ist die Türkei derzeit in die europäische Architektur einzuordnen? Auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates 1995 in Madrid wurde die Türkei zusammen mit Rußland und der Ukraine in eine Schublade gesteckt. Dies hat die Türkei sehr verletzt. 1997 in Apeldoorn haben unsere Außenminister dann bestätigt, daß die Türkei für eine Mitgliedschaft in Frage kommt und die gleichen objektiven Standards und B Kriterien für sie gelten wie für alle anderen Kandidaten. Das ist eine substantielle Aufwertung des Status der Türkei im Hinblick auf die europäische Architektur. Dieser Wortlaut war in einer gemeinsamen Erklärung aller 15 Länder enthalten, die der Präsident beim Assoziationsrat in Luxemburg am 29. April abgegeben hat.

Die Türkei hat als Ergebnis all dessen ihre Beziehungen in der Region weiterentwickelt. Sie hat Freihandelsabkommen mit Israel und mit Ungarn geschlossen. Sie verhandelt über entsprechende Vereinbarungen mit Polen, Tschechien und anderen.

Diese Entwicklung führt zu strukturellen Veränderungen in der Türkei. Die industrielle Leistungsfähigkeit in der ganzen Türkei nimmt einen gewaltigen Aufschwung, insbesondere auf dem Gebiet der Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Türkei wird zum Angelpunkt der Automobilindustrie in der gesamten Region, nicht nur für Autos, sondern auch für Zubehör. Bosch exportiert 80 Prozent dessen, was die Firma in der Türkei produziert. Vor zwei Wochen hat Volkswagen 15 hochrangige Vertreter auf eine Autoausstellung geschickt, wo sie mit 1400 türkischen Zulieferern zusammentrafen, um herauszufinden, was sie künftig in der Türkei kaufen können. Die Türkei erhält 70 Prozent ihrer gesamten Investitionen aus der Europäischen Union, wozu auch Joint-ventures gehören. Diese Investitionen, ob ausländische oder derzeit hauptsächlich noch interne, breiten sich jetzt auch sehr stark in das Hinterland aus.

In fünf oder zehn Jahren, so wurde mir gesagt, werde es kein produzierendes Gewerbe mehr um die Istanbul-Marmara-Region herum geben. In mehreren Städten bis weit in den Osten der Türkei hinein liegt die Wachstumsrate höher als der nationale Durchschnitt von 7 Prozent. In Gaziantep beträgt sie zehn Prozent, was außergewöhnlich ist. Das wirkt sich natürlich entscheidend auf die künftige Mitgliedschaft aus; denn das bedeutet, daß die Einkommensungleichheiten zwischen Ost und West abnehmen. Davor sollte sich die Europäische Union also nicht länger fürchten.

Eine andere Befürchtung der Europäer mag ebenfalls abnehmen. Denn mit zunehmendem Wohlstand geht die Geburtenrate zurück. In den letzten sechs Jahren ist sie von 2,3 auf 1,8 Prozent gefallen. Dabei will ich nicht verhehlen, daß die Europäische Kommission großen Anteil an dieser Entwicklung hat, da sie Mittel für die Familienplanung zur Verfügung stellte, und Präsident Demirel ist der erste Präsident, der öffentlich die Familienplanung unterstützt.

Wenn wir also die wirtschaftliche Integration ansehen, die ich geschildert habe, wenn wir die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Betracht ziehen, die Herr Rühl erwähnt hat, dann ist mein Gefühl, daß sich die Mitgliedschaft der Türkei eines Tages von selbst ergeben wird. Aber um dies sicherzustellen, braucht die Türkei vor allem politische Stabilität. Auf der anderen Seite ist die Europäische Union bei zahlreichen Problemen in dieser Region weiterhin auf türkische Unterstützung angewiesen. Das gilt sowohl in strategischer Hinsicht wie auch für die Region insgesamt. Für unser Verhältnis zu Rußland, im Nahen Osten, der Ägäis und Zypern werden wir uns nach wie vor gegenseitig brauchen.

Cetin

Ohne Frage gibt es zwischen der Türkei und der Europäischen Union ernsthafte Probleme, die sich auch auf die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sehr negativ auswirken. Diese Beziehungen bestehen aber nicht lediglich darin, unsere Menschen anzuhalten, nach Deutschland und anderen europäischen Ländern auszuwandern, damit sie dort Arbeit finden und ein besseres Leben führen können.

Ich meine, wir müssen hier in die Geschichte zurückgehen. Bei Gründung der türkischen Republik hatte Atatürk drei Alternativen, an denen er sich orientieren konnte: Erstens die Sowjetunion, die gerade eine große Revolution erfolgreich durchgeführt hatte; zweitens die islamische Welt, einschließlich Osmanisches Reich und Türkei; drittens Europa, von dem wir die Unabhängigkeit durch Krieg gewonnen hatten. Es ist Atatürk nicht leichtgefallen, die Entscheidung für Europa und seine

Werte zu begründen. Aber er hat diese Alternative gewählt und den Europäern erklärt: "Ich bin Europäer und werde die europäischen Werte in der Türkei einführen."

In dieser Linie ist auch der Antrag der Türkei zu sehen, unmittelbar nach Abschluß der Römischen Verträge 1957 in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen zu werden. Daran hat sich bis zum heutigen Tage nichts geändert. Natürlich gibt es bei uns wie in anderen Ländern auch - Gegner einer solchen Politik, aber die große Mehrheit bei uns befürwortet sie nach wie vor.

Nach dem Ende des kalten Krieges hat man uns seitens der Europäischen Gemeinschaft nun klargemacht, daß die Türkei als Sicherheitsfaktor, um die Stabilität der Region zu gewährleisten, nicht mehr im gleichen Maße gebraucht wird. Die Welt habe sich geändert, heißt es. Für Europa stünden Wirtschaft und Wohlstand im Vordergrund und man habe keinen Bedarf mehr an der Türkei. So jedenfalls verstehe! wir die jetzige Haltung der Europäer. Aber während des Golfkrieges waren wir plötzlich wieder sehr gefragt; wenn es um türkische Beteiligung an einer Friedenstruppe für Bosnien geht, sind wir willkommen, und Sicherheit und Stabilität in der Region sollen wir natürlich auch weiterhin gewährleisten. Aber zum Wohlstand in Europa leisten wir keinen Beitrag, heißt es.

Mit einem Mal wird die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa in Frage gestellt, eines Landes, das seit dem 14. Jahrhundert mit Europa verbunden ist. Jetzt wird gefragt: Ist die Türkei eigentlich europäisch? Lassen Sie mich unmißverständlich sagen: Die Türkei ist Teil der europäischen Geschichte, die nicht ohne die Türkei geschrieben werden kann, so wenig wie die Geschichte der Türkei ohne Europa geschrieben werden kann. Die Türkei gehört geographisch zu Europa. Darüber bedarf es eigentlich keiner Diskussion, obwohl dies von Zeit zu Zeit immer wieder zum Diskussionsthema gemacht wird.

Im Grunde haben wir es mit zwei Europas zu tun. Das eine ist das Europa der Sicherheit und Stabilität, und das Gebiet der NATO findet seine Grenzen im Osten und Süden der Türkei. Das andere ist das Europa des Wohlstands - dabei meine ich Wohlstand nicht im Sinne der Wohlfahrtspartei (Refah);-, und für dieses Europa steht die Europäische Union, deren Grenzen aber im Westen der Türkei liegen sollen. Sie werden verstehen, daß es kaum möglich ist, diese Unterscheidung den Menschen in der Türkei klarzumachen. Wenn es um die NATO, um Sicherheit und Stabilität geht, gehört ihr Türken zu Europa; aber wenn es um den Wohlstand geht, seid ihr nicht gefragt.

Es gibt die Zollunion mit der Türkei. Gewiß. Aber das ist eine höchst einseitige Angelegenheit zu Lasten der Türkei. Michael Lake hat zu Recht daraufhingewiesen, daß die Türken unter großen Schwierigkeiten alle mit der Zollunion verbundenen Auflagen erfüllt, vor allem auf dem Sektor der Privatwirtschaft, während Europa nichts getan hat und die uns zugesagten Gelder bis heute verweigert werden. Wenn Sie uns als Begründung das griechische Veto vorhalten, so kann ich darauf nur erwidern: Als am 5. März 1995 der Vertrag unterschrieben wurde, war die Haltung Griechenlands bekannt. Dann führte das Europäische Parlament die Menschenrechte ins Feld, und mit immer neuen Argumenten werden uns die Zahlungen verweigert. Michael Lake hat darauf hingewiesen, daß die europäischen Exporte in die Türkei sich seitdem um 10 Milliarden US-Dollar erhöht haben, die der Europäischen Union zugute kommen. Es fehlt von europäischer Seite jegliche Bereitschaft zu einem politischen Dialog, während wir alle unsere Auflagen erfüllt haben.

Wenn bei der Neuordnung Europas die Staaten Mittelosteuropas den Vorrang erhalten sollen, wenden wir uns nicht dagegen. Aber daß Ost- und Mitteleuropa Freiheit und Demokratie erlangt haben, daß die beiden deutschen Staaten wiedervereinigt worden sind, dazu hat die Türkei genausoviel beigetragen wie England oder die Bundesrepublik. Die Türkei hat jahrzehntelang die Südostflanke der NATO geschützt. Dafür war sie gezwungen, nach den USA die größte Armee im westlichen Bündnis zu unterhalten, um für Europa Frieden und Stabilität zu bewahren. Daraus leitet die Türkei nicht zuletzt ihr Recht ab, zu Europa zu gehören. Aber Europa will dieses Recht nicht anerkennen. Da werden dann die Menschenrechte, der Zypernkonflikt, die Auseinandersetzungen in der Ägäis, der Islam, die Kurdenproblematik als Begründungen für die Ablehnung angeführt wie es gerade paßt.

Als ehemaliger Außenminister sehe ich sehr klar, daß dies alles vorgeschobene Argumente sind. Herr von Weizsäcker war da sehr viel ehrlicher, als er sagte: "Die Türkei ist ein großes Land mit einer wachsenden Bevölkerung; das kann uns Probleme bringen." Nun, darüber kann man reden. Michael Lake hat erwähnt, daß in Apeldoorn beschlossen wurde, für alle Länder die gleichen Kriterien anzuwenden. So steht es auf dem Papier. In der Praxis sieht es anders aus. Während mit den anderen elf Beitrittskandidaten der Diskussionsprozeß begonnen wird, verweigert man dies der Türkei, obwohl sie sich bemüht, alle Voraussetzungen zu erfüllen.

Horstmann

Nur zwei Bemerkungen zu Ihren Ausführungen, Herr Çetin. Sie erwähnten die Wohlstandsgrenze. Wie wir von Michael Lake eindrucksvoll gehört haben, ist die Türkei durch die Zollunion mit der EU verknüpft wie kein anderer Staat außerhalb der EU sonst.

Und was das griechische Veto angeht, so ist in der Europäischen Union in Beitrittsfragen nach wie vor das Konsensprinzip gültig. Die Regierungskonferenz jetzt in Amsterdam versucht, auch in dem Punkt Abhilfe zu schaffen, aber noch sind wir an dieses Prinzip gebunden.

Schmidt

Ich halte es in der Tat für wichtig, Herr Çetin, daß sich in der langfristigen Perspektive Europäische Union und Türkei von der Suche nach gegenseitigen Schuldzuweisungen freimachen und gemeinsam auch strategische Ziele definieren sollten. Insofern dürfte sich die Europäische Union in ihrer weiteren Entwicklung auch von ihren gegenwärtigen Fesseln befreien können. So kann es beispielsweise auch nicht im Sinne Griechenlands selbst sein, die Annäherung an die Türkei über die Nichtfreigabe der Finanzmittel auf Dauer zu blockieren. Ich meine, die Türkei pocht zu Recht darauf, daß europäische Zusagen auch eingehalten werden.

Dabei möchte ich doch noch einmal betonen, daß es im wesentlichen der Bundesrepublik Deutschland zu verdanken war, wenn die Aufnahme der Türkei in die Zollunion zustande kam. Herr Çetin wird dies bestätigen können. Hier war es insbesondere Bundeskanzler Kohl, der vor dem Europäischen Parlament sich dafür mit Nachdruck eingesetzt hat. Wenn sich das Europäische Parlament in bezug auf die Türkei immer nur auf die Menschenrechtsfrage konzentriert, macht es sich tendenziell politikunfähig.

Europa und Deutschland haben im übrigen ihre Verpflichtungen gegenüber dem NATO-Partner Türkei stets genau eingehalten, und gerade die Bundesrepublik hat trotz heftiger innenpolitischer Debatten ihre militärische Ausstattungshilfe bis zur letzten Tranche erfüllt.

Ich halte es für richtig, daß sich die USA im Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei, beispielsweise um die Felseninseln in der Ägäis, engagiert haben. Die Europäische Union war dazu nicht in der Lage - vielleicht weil sie im gewissen Sinne Partei ist. Ich kann indes nicht verstehen, daß die Europäer bisher nicht fähig waren, Mechanismen zu entwickeln, um Konflikte dieser Art - auch die Zypernproblematik gehört dazu - einer Regelung zugänglich zu machen. Vielleicht könnte hier der Aufbau einer europäischen Kontaktgruppe hilfreich sein.

Was das offenkundig gescheiterte double containment gegenüber Iran und Irak angeht, bedarf es zweifellos des türkischen Engagements, wenn die USA und auch die Europäer dort eine nachhaltige politische Wirkung erzielen wollen. Das gleiche gilt für die Lösung des Armenien-Aserbaidschan-Konflikts, der durch die Rohstoffvorkommen in der kaspischen Region für uns noch erheblich an Brisanz gewinnen wird.

Der neue NATO-Rußland-Rat, der in dieser Woche in Paris gegründet wird, setzt zwischen den Mitgliedsstaaten - und die Türkei gehört dazu - in allen strategischen Grundsatzfragen eine enge Abstimmung voraus, vor allem wenn es um Konfliktregelungen geht. Ich befürworte deshalb auch die Vollmitgliedschaft der Türkei in der Westeuropäischen Union, um unsere gemeinsamen Interessen miteinander besser abstimmen zu können.

Im übrigen halte ich mich an den Grundsatz: Pacta sunt servanda, was den Assoziierungsvertrag mit der Türkei von 1963 mit der damaligen EWG angeht. Ich bin ganz sicher, daß die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union letztlich eine Frage der Zeit ist. Aber um den Weg dahin zu ebnen, sind nicht nur die Europäer angehalten, sondern auch die Türkei muß dazu ihren Beitrag leisten, nicht zuletzt im Hinblick auf ihre innere politische Stabilität. Und da blicken wir gespannt auf die weitere Entwicklung in der Türkei.

Cetin

Ich habe nicht gesagt, Herr Schmidt, die NATO sei ihren Verpflichtungen gegenüber der Türkei nicht nachgekommen, sondern die Europäische Union habe ihre Verpflichtungen aus dem Assoziationsabkommen und der Zollunion nicht erfüllt.

Natürlich stelle ich nicht in Abrede, daß die Türkei Probleme hat - mit oder ohne die Europäische Union. Diese Probleme müssen und wollen wir lösen. Dazu gehören Menschenrechtsverletzungen, Demokratiedefizite, die Kurdenfrage, der Südosten und auf wirtschaftlichem Gebiet beispielsweise die hohe Inflation. Wir behaupten nicht, alle diese Probleme schon gelöst und deshalb ein Anrecht zu

haben, sofort volles Mitglied der Europäischen Union zu werden. Worum es uns geht, ist das Recht, mit zu den ernsthaften Kandidaten für eine Aufnahme gezählt zu werden.

Hier wird immer wieder so getan, als müssten wir erst einmal alle unsere Probleme lösen, bevor wir einer Kandidatur für würdig befunden werden. Aber es wird uns ja nicht einmal zugestanden: Wenn ihr eure Probleme gelöst habt, könnt ihr Vollmitglied werden. Da heißt es vielmehr: Macht eure Hausaufgaben, dann werden wir weitersehen. Deshalb besteht die Türkei darauf, zumindest für eine aktive Kandidatur eine verbindliche Zusage zu erhalten.

Wir stehen in der Türkei heute an einem Wendepunkt. Unser Volk und unsere Gesellschaft kommen allmählich zu der Erkenntnis, daß die Welt für uns nicht nur aus Europa besteht. Es gibt für uns auch andere Optionen. Die Türkei ist ein großes Land, das in dieser Welt einen ehrenhaften Platz beanspruchen kann. Die türkische Republik hat 70 Jahre auch ohne die Europäische Union Bestand gehabt. Dies wird auch in Zukunft der Fall sein. Aber wir sind bereit, mit Europa zusammenzugehen. Wenn die Europäer dies nicht wollen, dann sollten sie es klar sagen. Wir werden auch damit zurechtkommen und unseren Weg finden.

Robins

Michael Lake hat gezeigt, daß die Türkei und Europa unmöglich zu trennen sind. Derartige Überlegungen sind rein rhetorisch. Die wirtschaftliche und die demographische Entwicklung zeigen, daß wir zusammenbleiben müssen.

Doch wir sprechen hier über Integration auf der einen und Mitgliedschaft auf der anderen Seite, und man muß sich fragen, warum unsere türkischen Freunde eigentlich so unbedingt darauf drängen, möglichst schnell die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu erwerben. Ich meine, dabei geht es nicht zuletzt um die Frage der Identität, nämlich die europäische Identität eines Teils der türkischen Elite zu stärken.

Die Europäische Union ist für die Sicherung und Garantie der Werte in der Tat sehr wichtig. Es war schließlich von erheblicher Bedeutung, als seinerzeit Griechenland, Spanien und Portugal in die Europäische Union aufgenommen wurden, um die Demokratie in diesen Ländern zu stützen und jede militärische Machtergreifung oder Diktatur unmöglich zu machen. Deshalb hat die Wertperspektive sehr viel für sich.

Aber welche Werte sollen wir in der Türkei stützen? Dies sind Werte, die vornehmlich vom türkischen Militär hochgehalten werden, ausgesprochen rigide Werte, die immer weniger mit dem Wertbewußtsein in der türkischen Gesellschaft im Einklang stehen. Ich fürchte, so wird es mit Europa nicht laufen. Denn für das Wertempfinden im neuen Europa und auch in der Europäischen Union ist von entscheidender Bedeutung, daß nichtdemokratische Institutionen einschließlich des Militärs immer weniger eine zentrale Rolle spielen. Ich würde somit unsere türkischen Freunde bitten, ihre Beziehungen zu Europa neu zu überdenken. Sie sollten die Betonung auf Integration legen und sich mit der wirtschaftlichen Integration, wie sie tatsächlich stattfindet, zufrieden geben. Freuen Sie sich über den wachsenden Wohlstand, der aus den Beziehungen zur Europäischen Union resultiert, und sehen Sie auf die ausländischen Direktinvestitionen, die in der Türkei vorgenommen werden. Lassen Sie uns von Dingen Abstand nehmen, die uns wahrscheinlich mehr auseinanderbringen als enger zusammenführen.

Türkmen

Herr Robins meint, die Europäische Union solle die Wertvorstellungen des türkischen Militärs ablehnen. Warum sind unsere britischen Freunde so gegen das türkische Militär eingenommen? Das überrascht mich. Welche Werte vertritt denn das türkische Militär heute? Erstens unterstützt es voll den Laizismus. Sind Sie gegen Laizismus? Zweitens wollen die Militärs Verhandlungen und Dialog mit Griechenland vorantreiben. Ist das schlecht, nur weil diese Ziele von Menschen in Uniform verfolgt werden?

Mortimer

Es geht nicht um die besonderen Wertevorstellungen des Militärs, Herr Türkmen. Wie sollten wir etwas gegen Laizismus haben? Und natürlich sind wir für Frieden und Dialog zwischen Griechenland und der Türkei. Worum es eigentlich geht, ist jedoch, daß Demokratie, wie wir sie in Westeuropa verstehen, auf freien Wahlen beruht. Regierungen werden gewählt und, falls nötig, vom Parlament gestürzt.

Wir können uns nicht damit befreunden, daß Leute, nur weil sie Uniformen anhaben und Waffen tragen, festlegen: "Ihr müßt soundso viele Jahre staatlicher Schulerziehung absolvieren" oder "Diese Partei hat in der Regierung nichts zu suchen." Das entspricht nicht der Rolle des Militärs in einer Demokratie, so wie wir sie verstehen;. Das ist ein entscheidendes Problem, das wir nicht unter den Teppich kehren wollen.

Cetin

Ich möchte nochmals betonen: Die Türkei verlangt nicht die sofortige Mitgliedschaft. Aber Ende dieses Jahres wird die neue Karte von Europa gezeichnet. Und deshalb fragen wir: Wird die Türkei aus europäischer Sicht mit dabei sein, wenn die Zukunft Europas neu gestaltet wird, oder nicht? Darauf möchten wir von den Europäern eine klare Antwort bekommen. Es geht uns nicht um die sofortige Mitgliedschaft.

Wenn ich von anderen Optionen der Türkei gesprochen habe, dann meinte ich nicht, wir würden uns von Europa abwenden. Die Türkei hat sich vor vielen Jahren entschieden und insbesondere ihre Wahl mit der Gründung der Republik für eine laizistische, demokratische, moderne Türkei getroffen. Daran wird sich nichts ändern. Und wir sagen den Europäern: Wir wollen diesen Weg unbedingt mit euch zusammen weitergehen. Aber wenn die Europäer dazu nein sagen, dann werden wir auch ohne sie den Weg fortsetzen.

Mortimer

Ich will über die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union sprechen, und zwar in vier Punkten.

Die Türkei hegt einen starken Groll wegen der Art und Weise, wie sie von der EU behandelt wird. Aber mir scheint, dies ist großenteils selbstverschuldet. 1977 hat die Türkei eine große Chance vergeben, als sie sich nicht gleichzeitig mit Griechenland um die Mitgliedschaft bewarb. Es wäre für die EU damals sehr schwer gewesen, eines der beiden Länder aufzunehmen und das andere abzulehnen.

Ein Grund für die jüngsten Konflikte - auch das Dilemma der "weisen Männer" macht dies deutlich - ist die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Türkei, eindeutig zu erklären, daß sie internationale Rechtsnormen und die territoriale Integrität ihrer Nachbarn anerkennt und Konfliktlösungen nicht gewaltsam beabsichtigt. Das sollte das Mindeste sein, was man von einem Mitglied der NATO und der OSZE in seinen Beziehungen zu einem anderen Mitgliedsstaat verlangen kann.

Die Frage von Demokratie und Menschenrechten bleibt unbeantwortet. Nun gibt es in der Türkei die Tendenz zu sagen, "bedauerlicherweise haben wir diese fundamentalistische Partei, die zufällig gerade an der Macht ist; aber das ist nur eine Abirrung. Denn eigentlich sind wir alle überzeugte Anhänger des Laizismus, und das Problem wird auch gelöst werden, denn wir haben ja glücklicherweise eine starke und im Lande hochangesehene Armee".

Ich glaube, diese Einstellung mißverstehet die wahre Natur des Problems, und ich möchte kurz Werbung machen für die morgige Ausgabe der "Financial Times", die einen unserer regelmäßigen Länderüberblicke enthält, diesmal passenderweise über die Türkei. In seinem hervorragenden einführenden Artikel zitiert mein Kollege aus Ankara einen nicht genannten europäischen Diplomaten mit den Worten: "Wir können einen muslimischen Staat in die EU aufnehmen, aber keinen kemalistischen." Kemalistisch bezieht sich hier wohl auf die starke institutionalisierte Rolle der Armee und daß das Zustandekommen der "richtigen" Regierung mehr von der direkten oder indirekten Einflußnahme des Militärs abhängt als von den normalen Wahlen.

Zweitens zur Haltung der Europäer; denn die Fehler liegen auch aufseiten Europas. Die Erklärung der christlich-demokratischen Parteien vom 4. März war schlimm; aber sie spiegelt eine deutliche Ambivalenz in der europäischen Politik wider. Wir, die Eliten, die sich mit strategischen Fragen beschäftigen, wollen natürlich, daß die Türkei langfristig Teil Europas wird; aber wir haben es völlig versäumt, dies der öffentlichen Meinung in Europa mitzuteilen. Wenn Sie in irgendeiner westeuropäischen Stadt Menschen auf der Straße erzählen, daß die Türkei ein europäisches Land ist, dann ernten Sie wahrscheinlich großes Erstaunen. Das ist ein echtes Problem.

Drittens ist die EU kein Paradies. Ich erinnere mich noch an die 60er Jahre, als ganz Großbritannien unbedingt dem Gemeinsamen Markt - wie er damals noch hieß - beitreten wollte; so wie jetzt die türkischen Eliten. Wir wollten hinein, weil de Gaulle uns draußen hielt und wir über ihn so verärgert waren, wie Sie heute über Kohl. Aber sobald wir drin waren, fingen wir an, uns darüber zu beklagen. Und ich stimme voll denen zu, die sagen, daß man sehr wohl ein westliches zivilisiertes und

demokratisches Land sein kann, ohne Mitglied der EU zu sein. Darüber sollten Sie in der Türkei nachdenken.

Viertens hoffe ich trotz allem persönlich, daß sich die Türkei nicht von ihrem Wunsch abbringen läßt, der Union beizutreten. Ich fühle mich vielen Türken sehr verbunden, unter den hier Anwesenden besonders mit Herrn Alaton und dem, wofür er eintritt. Ich bewundere das TÜSIAD-Programm, das unter anderem die Abschaffung des Nationalen Sicherheitsrats vorschlägt, und ich sehe in all den mutigen Menschen, die in der Türkei für die Menschenrechte kämpfen und von denen leider viele im Gefängnis sitzen, Mit-Europäer und würde mich freuen, sie und ihr Land noch zu meinen Lebzeiten in der Europäischen Union willkommen zu heißen.

Kramer

Was mich an der Diskussion hier erstaunt, ist die implizite Annahme, daß das etablierte außenpolitische und militärische Establishment in der Türkei die Außen- und Sicherheitspolitik dieses Landes für eine vorhersehbare Zukunft weiter so beherrschen wird, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Dabei unterschlagen wir, daß die gegenwärtig stärkste politische Kraft, die einzige Partei, die in den letzten sieben, acht Jahren konstant Stimmengewinne, das heißt, Gewinn an öffentlicher Zustimmung erzielen konnte, eine ganz andere außen- und sicherheitspolitische Agenda verfolgt, als wir unserer Diskussion zugrunde legen.

Können wir eigentlich so sicher sein, daß bei den nächsten Wahlen eine neue Regierung nicht noch stärker als die jetzige Regierung versuchen wird, eine alternative politische Agenda zu verfolgen? Ich denke beispielsweise an die sogenannte D-8, die engere wirtschaftliche Kooperation jener acht Staaten, die Erbakan unter einen Hut zu bringen trachtet. (Neben der Türkei sind dies Ägypten, Iran, Pakistan, Indonesien, Malaysia, Nigeria und Bangladesch.) Das mag uns heute noch als wenig seriös erscheinen. Aber können wir solche Entwicklungen bei der Einschätzung des strategischen Partners Türkei einfach außer acht lassen und so tun, als würde der politische Islam in der Refah-Partei mit seinem alternativen Programm der Außen- und Sicherheitspolitik in Zukunft überhaupt keine Rolle spielen?

Rühl

Wir müssen unterscheiden zwischen der strategisch-geopolitischen Bedeutung der Türkei und ihrer Verfügbarkeit als Partner. Letzteres hängt von der gegenseitigen Interessenlage ab. Und wenn sich diese ändert, bleibt die Türkei zwar weiterhin ein strategischer Faktor von hohem Grenznutzen für jede Form europäischer Außenpolitik, aber sie steht uns als Partner dann eben nicht mehr zur Verfügung. Das ist in der Politik ja nicht ungewöhnlich. In dem Fall, Herr Kramer, müssen wir sehen, welche Alternativen wir haben.

Natürlich können wir uns nicht darauf verlassen, daß es immer so bleiben wird, wie wir hier diskutieren. Vielleicht ändern sich jetzt auch die Dinge im Iran mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Türkei. Das alles muß man abwarten.

Güngör

Hier wurde nach Alternativen für die Türkei zur EU-Mitgliedschaft gefragt. Ich will klar sagen, daß die Türkei nicht nach solchen Alternativen sucht, sondern den jetzigen Zustand vor den Toren der EU ändern möchte. Aus türkischer Sicht würde die Suche nach einer Alternative einem Stock gleichen, dem an beiden Enden Dreck anhaftet. Wo immer man ihn anfaßt, stets macht man sich die Finger schmutzig.

Geht die Türkei etwa mit Israel eine militärische Kooperation ein, schreien bestimmte Leute auf. Versucht sie, sich mit dem Iran zu arrangieren, sind andere Leute empört. Herr Rouleau sagt, zwischen der Türkei und dem Iran stehe nur das Kurdenproblem. Ich kann Ihnen versichern: Wenn die Türkei ein islamistischer Staat mit einem Mullah-Regime werden würde, würden Iran und die Türkei sofort darangehen, die Kurden in beiden Ländern in einer Sandwichoperation zu vernichten. Sicher keine einladende Alternative.

Herr Kramer hat D-8 erwähnt, dieses Monstrum, das Erbakan in die Welt gesetzt hat. Vor kurzem hat Erbakan stolz verkündet, wenn die Teilnehmer des D-8-Treffens Mitte Juni in Istanbul zusammenkommen, dann wird ein Staatspräsident dabei sein, der zum ersten Mal sein Land verläßt, nämlich der Präsident von Nigeria, Sani Abacha, und dafür wählt er ausgerechnet die Türkei aus. Von solcher Qualität sind die Alternativen, die sich der Türkei dann bieten.

Ich meine, Europa sollte jede sich bietende Gelegenheit ergreifen, solange in der Türkei eine prowestlich orientierte Regierung besteht, die Türkei näher an Europa heranzuziehen. Wenn bei den nächsten Wahlen Refah wieder an die Macht kommen sollte, wird sie nicht nur 21 Prozent der Stimmen wie 1995, sondern wahrscheinlich über 30 Prozent bekommen. Und dann wird es in der Tat viel schwerer, wie Herr Kramer zu Recht vermutet. Dabei werden allerdings die Militärs nicht tatenlos zusehen, sondern eingreifen, was wir Demokraten wiederum entschieden ablehnen.

Kühnhardt

Herr Lake, Sie sagten, die Europäische Union brauche die türkische Unterstützung auch im Hinblick auf Zypern. Der Antrag der Republik Zypern auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat die Problematik des geteilten Zypern so recht erst auf die Tagesordnung gesetzt, worum die EU sich nicht mehr herumdrücken kann.

Politische Vorschläge, wie die Zypernfrage gelöst werden könnte, liegen seit Jahren auf dem Tisch: Gleichberechtigung der beiden Volksgruppen; bikantonale Lösung unter dem Dach eines Staates; Entmilitarisierung der Insel. Aber es fehlt offenbar, auch in der Türkei, der politische Wille, wirklich zu einer Lösung zu kommen.

In dem Zusammenhang stellen sich zwei wichtige Fragen. Erstens: Erfolgt die Aufnahme Zyperns in die EU erst, wenn die strittigen Fragen gelöst sind? Oder erhofft man sich eine Lösung der Zypernfrage dadurch, daß die Insel in die EU aufgenommen wird? Mit anderen Worten und um zum Kern der Sache zu kommen: Werden wir im nächsten Jahr ernsthaft über einen Beitritt Zyperns nachdenken und zugleich die Türkei als volles WEU-Mitglied akzeptieren? Auf einer solchen Basis könnte dann auch die militärische Absicherung auf Zypern neu überlegt werden. Es ist doch ein geradezu beschämender Zustand, daß auf Zypern ein UN-Kontingent von den Fidschiinseln und allen möglichen anderen Ländern dafür sorgen muß, daß keine Eskalation erfolgt, statt daß wir uns für dieses europäische Problem um eine europäische Lösung bemühen.

Meine zweite Frage lautet: Ist es denkbar, daß die WEU auf dem Wege zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU einen Beitrag für eine friedenserhaltende Lösung leistet, an der schließlich auch die Türkei als WEU-Mitglied beteiligt werden könnte? Die türkischen Truppen brauchten in einem solchen Falle Zypern nicht zu verlassen, wenn sie denn Teil der WEU-Friedenstruppe wären

Ich möchte daran erinnern, daß es durchaus Zeiten gab, in denen die Türkei und Griechenland gutnachbarliche Beziehungen hatten, etwa unter Atatürk und Venizelos. Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als beide Länder in die NATO und in den Europarat aufgenommen wurden und nahezu zeitgleich die EWG-Assoziierung stattfand. Meine Frage ist: Wie steht es um die Möglichkeit, daß Griechenland und die Türkei wieder übereinstimmende Interessen formulieren und gemeinsam die zukünftige Entwicklung in Europa mitgestalten?

Und genau wie Herr Kramer frage ich hier nach den europäischen Konzepten und Interessen. Wäre nicht ein gemeinsames griechisch-türkisches Interesse an einer Schwarzmeer-Kooperationszone denkbar, die heute erst ansatzweise besteht und die nach dem Vorbild des Europäischen Wirtschaftsraumes näher an Europa herangeführt werden könnte? In dieser Hinsicht könnten beide Länder gemeinsam einen wertvollen Beitrag leisten. Denn dieses Gebiet ist für Europa unter politischen und strategischen Gesichtspunkten eminent wichtig, weil es dabei nicht zuletzt um die künftigen Ölwege vom Kaukasus, vom Kaspischen Meer und aus Zentralasien geht. Angesichts der großen Unsicherheiten im Nahen Osten ist dies zweifellos ein nicht zu vernachlässigendes Thema.

Eine weitere Frage betrifft die Türkei direkt. In Armenien habe ich immer wieder den Vorwurf gehört: "Die Türkei versperrt uns den Weg nach Europa." Natürlich weiß ich um den schwierigen Punkt der Vergangenheitsbewältigung. Deshalb sollte man den Blick nach vorne richten und beispielsweise über eine Mitgliedschaft von Georgien, Armenien und Aserbaidschan im Europarat nachdenken. Dazu könnte die türkische Außenpolitik, die nach Europa hin orientiert ist, einen konstruktiven Beitrag leisten, um das Anliegen aller dieser drei Staaten zu unterstützen, in den Europarat aufgenommen zu werden.

Cetin

Die Türkei ist nicht dagegen, wenn es um die Aufnahme von Armenien und Aserbaidschan in den Europarat geht. Wir haben mit Armenien keine Probleme. Worauf es ankommt, ist, daß zuvor der Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien gelöst wird. Das heißt, beide Länder müssen die vom Europarat, von der OSZE und weltweit anerkannten Grenzen gegenseitig anerkennen. Wir haben zu

Georgien, zu Aserbaidschan und auch zu Armenien gute Beziehungen. Aber zur Zeit hält Armenien zwanzig Prozent des Territoriums von Aserbaidschan besetzt; eine Million Menschen sind von dort geflohen. Das muß geregelt werden. Dann sehe ich keinen Grund, warum sich die Türkei gegen die Aufnahme dieser Länder in den Europarat wenden sollte.

Veremis

Herr Kühnhardt hat ein Tauschgeschäft vorgeschlagen, nämlich die Aufnahme eines Teils von Zypern in die Europäische Union gegen die volle Mitgliedschaft der Türkei in der WEU. Ich hätte damit keine Probleme, weil ich eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der WEU befürworte.

Ich meine jedoch, daß es eine bessere Lösung gibt, nämlich die Aufnahme von ganz Zypern in die Europäische Union - eines wiedervereinigten Zyperns, das - auch wenn die Türkei dem wohl nicht zustimmt - der Türkei nützen wird, weil sie sich damit über die türkischen Zyprioten ihren Weg in die EU ebnet. Gleiches gilt natürlich für Griechenland, weil auf diese Weise endlich die verhärteten Fronten und das mangelnde Vertrauen zwischen beiden Seiten aufgelöst würden. Jedenfalls wäre es falsch, die Aufnahme Zyperns als Pfand gegen den Wunsch der Türkei auf Aufnahme in der EU zu nehmen. Das ist eine sehr heikle Frage, die die Diskussion um den Beitritt Zyperns nicht beeinflussen sollte.

Das Schwarzmeer-Kooperationsabkommen ist in der Tat eine großartige Idee. Es wäre eine geeignete Basis, auf der Griechenland und die Türkei ihre schwer zu fassenden gemeinsamen Interessen ausloten könnten. Solange diese gemeinsamen Interessen nicht identifiziert werden, bleiben wir bei Absichtserklärungen, die in der Praxis nicht viel wert sind.

Ich denke, daran kranken heute die griechisch-türkischen Beziehungen. Beide Staaten blicken nur in die Vergangenheit, statt in die Zukunft, in der Stabilität im östlichen Mittelmeerraum den Interessen beider Länder nutzen würde; denn die kaspische Region wird mit steigenden Ölpreisen immer wichtiger werden. Der Öltransport und der Bau von Pipelines setzen jedoch Frieden voraus. Hier bieten sich enorme Möglichkeiten; aber wir streiten uns noch immer über Kleinigkeiten wie Grauzonen und darüber, ob die Insel Gavdos nun zu Griechenland oder, sagen wir, Libyen oder wem sonst gehört.

Ich komme zurück auf die Bemerkung von Herrn Schmidt und anderen zum griechischen Veto gegen die Bewilligung von EU-Mitteln an die Türkei, das sich offensichtlich gegen Griechenland auswirkt. Das Veto war jedoch nicht willkürlich, sondern Griechenland hat sein Veto eingelegt, weil es Sicherheitsfragen in der Region sehr ernst nimmt und die damaligen türkischen Kommentare über Gavdos nicht dazu angetan waren, diese Bedenken zu beschwichtigen. Es gibt sogar eine Veröffentlichung der türkischen Marine-Akademie über den Status der griechischen Inseln oder der Inseln in der Ägäis generell. Es gibt auf griechischer Seite eine ernste Sorge, was die Sicherheit seiner Inseln in der Ägäis betrifft.

Die Fragen des Festlandssockels und wirtschaftliche Erwägungen dazu sind zweitrangig, verglichen mit der Befürchtung, daß die griechische Souveränität in einigen Teilen der Ägäis, die zumindest seit dem zweiten Balkankrieg griechisch waren, in Frage gestellt wird. Solche Gefühle bekommen leicht eine Eigendynamik. Herr Pangalos sucht im Augenblick nach einem Ausweg aus dieser Situation. Das könnte zum Beispiel mit einer Vereinbarung oder einer glaubhaften Versicherung der Türkei erreicht werden, daß die Drohung mit Krieg nicht den Beziehungen zwischen Staaten angemessen ist, die demselben Bündnis angehören.

Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU würde die Lösung all dieser Probleme erleichtern, auch wenn der Beitritt nicht sofort erfolgt. Aber schon die glaubwürdige Aussicht darauf würde in der Türkei einen Lernprozeß auslösen, Problemlösungen zukünftig auf EU-Weise anzugehen.

Ergüder

Ich will versuchen, mich einmal in die Rolle eines Griechen zu versetzen, der von einer der griechischen Inseln oder vom Festland aus die Türkei betrachtet. Mir würde die Türkei durchaus als Bedrohung für die Sicherheit Griechenlands erscheinen, nicht weil sie entsprechende politische oder militärische Ziele oder Expansionabsichten hegt, sondern weil ich als Mitglied einer kleinen Nation von 10 Millionen Griechen auf der anderen Seite ein Land mit einer ständig wachsenden Bevölkerung sähe, von der 50 Prozent unter 20 Jahre alt sind und ein hoher Prozentsatz schlecht ausgebildet ist, das aber trotzdem eine sehr dynamische Wirtschaft hat. Dächte ich dann noch an Zypern, so erschiene mir tatsächlich die Türkei als Sicherheitsproblem.

Kehre ich nun zu meiner Identität als Türke zurück und sehe die Situation von dieser Seite der Ägäis und mit türkischen Augen gegenüber Griechenland, dann denke ich nicht, daß die Türkei expansionistisch ist. Das eigentliche Problem der Türkei ist vielmehr, daß sie nicht in der Lage ist, eine politische Führung hervorzubringen, die fähig ist, mit eben den Problemen umzugehen, die die Türkei zu einem potentiellen Problem machen. Solange die Türkei es nicht schafft, ihre wachsende Bevölkerung auszubilden und die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reformen einzuleiten, wird sie weiter als Problem wahrgenommen, und die griechischen Ängste bleiben verständlich.

Das Hauptproblem in der Türkei ist der Mangel an politischer Führungskraft. Wenn es daran fehlt und der Populismus das politische System dominiert, ist es sehr schwierig, nach den von Herrn Veremis erwähnten Gemeinsamkeiten zu suchen. Unser politisches System ist sehr zersplittert, und ich glaube, daß wir politische Führer brauchen, die sich sowohl über den Populismus als auch über die politischen Alltagsprobleme hinwegsetzen.

Türkmen

Die Türkei sollte aus allgemeinen Sicherheitserwägungen in die WEU aufgenommen werden; aber nicht als Gegenleistung für die Aufnahme Zyperns in die Europäische Union.

Wir sollten das Problem der Aufnahme Zyperns in zweierlei Hinsicht betrachten. Wenn Zypern als wiedervereinigte Insel aufgenommen wird, wie Herr Veremis sagte, sollten wir uns dem nicht entgegenstellen. Die Türken dort sehen das allerdings anders, weil sie sagen, daß Zypern so lange kein Mitglied werden kann, wie die Türkei selbst nicht Mitglied der EU ist. Persönlich kann ich dieser Ansicht nicht zustimmen. Ich denke, wenn es eine Lösung für ganz Zypern gibt, sollten auch die türkischen Zyprioten von den Vorteilen der EU profitieren.

Ich bin auch der Meinung, daß wir dieses Problem so schnell wie möglich lösen sollten, aber wenn die Bemühungen in diese Richtung gehen, müßten auch die Türkei und Griechenland in die Verhandlungen einbezogen werden. Wenn wir nur auf der Ebene der bilateralen Beziehungen zwischen griechischen und türkischen Zyprioten weiterverhandeln, werden wir keine Fortschritte erzielen.

Wenn Zypern jedoch aufgenommen wird, bevor es eine Lösung gibt, wird das Problem nur verschärft, und die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland sowie der Türkei und der Europäischen Union werden sich noch schwieriger gestalten. Es würde die Teilung der Insel zementieren. In dem Augenblick, in dem Zypern aufgenommen würde was hieße, nur einen Teil der Insel aufzunehmen;- , würden die türkischen Zyprioten umgehend die volle Integration in die Türkei fordern, wenn nicht sogar die Annexion durch die Türkei. Das würde erhebliche Probleme auslösen. Deshalb sollte man in dieser Hinsicht sehr vorsichtig sein.

Eine kurze Bemerkung zu dem, was Herr Veremis über die Ägäis gesagt hat. Ich meine, er hat hundertprozentig recht mit dem, was er zur Insel Gavdos äußerte. Aber Sie wissen ja, jeder hat das Recht, sich gelegentlich unklug zu äußern, und in der Tat sind damals einige unkluge Bemerkungen gefallen. Die Insel liegt in der Nähe von Kreta und hat nichts mit uns zu tun.

Zur Ägäisfrage hat Herr Pangalos jedoch kürzlich einem türkischen Journalisten gegenüber in einem Interview etwas sehr Wichtiges gesagt: "Warum sollten wir die Sache nicht auf Eis legen?" Wenn man eine Situation nicht lösen kann, kann man sie auf Eis legen. Ich finde das eine höchst interessante Idee; aber wir müssen abwarten und sehen, was wird. Deshalb hoffe ich, daß die Verhandlungen mit den "weisen Männern" bald beginnen und das Problem in allen seinen Dimensionen ausloten.

Gasteyger

Lassen Sie uns nun zum Nahen Osten übergehen und darüber sprechen, wie die Rolle der Türkei in dieser Region wahrgenommen wird und was man von ihr hier erwartet. Herr Levite, Sie sind als bestens informierter Experte genau der Mann, den wir zum besseren Verständnis für diese regionale Perspektive brauchen. Das Verhältnis Ihres Landes - Israel - zur Türkei hat ja in letzter Zeit eine wichtige Veränderung erfahren.

Levite

Ich möchte das Thema der türkischen Integration in Europa aus der Perspektive des Nahen Ostens, speziell Israels, behandeln.

Ich gehe von zwei Faktoren aus: Erstens gibt es eine große Anzahl von Moslems in Europa, die weiter zunehmen wird. Die entscheidende Frage ist, ob diese Moslems eher den Ideen Atatürks oder denen

des Iran anhängen. Das ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Der zweite Faktor sind die vitalen Interessen Europas im Mittelmeerraum und im Nahen Osten. Aus naheliegenden Gründen hat sich Europa bisher vor allem dem südlichen Pfeiler, und hier in erster Linie Algerien, zugewandt. In Zukunft muß Europa jedoch auch nach Osten blicken, und der Barcelona-Prozeß weist ja in diese Richtung.

Mein zweiter Punkt ist, daß der Nahe Osten im Moment eine sehr heftige Identitätskrise durchmacht, von der leider weder die Türkei noch Israel verschont sind. Diese Identitätskrise wird durch die Faktoren charakterisiert, über die wir hier schon gesprochen haben: Stabilität, Säkularismus und Demokratie. Alle drei Elemente werden gegenwärtig in Frage gestellt. Die Frage ist, ob wir aus dieser Krise mit dem am wenigsten erwünschten Ergebnis herauskommen, nämlich mit Chaos, Fundamentalismus und Totalitarismus oder mit einer Mischung der oben genannten, weit erstrebenswerteren Phänomene.

In diesem Bereich konkurriert eine Reihe von Identifikationsmodellen miteinander: Pan-Islamismus, Pan-Arabismus, eine Mittelmeer-Identität, eine Nahost-Identität und so weiter. Und der Türkei kommt eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Zukunft dieser Region zu. Ich gebe zu, daß wir ein deutliches Interesse daran haben, daß sich die Türkei identitätsmäßig nach Europa orientiert und sich gleichzeitig in dieser Region engagiert, und zwar vorrangig aus drei Gründen: Erstens ist die Türkei gewissermaßen das Gegenmodell zu Algerien. Zweitens hat sie eine Brückenfunktion zwischen Europa und dem Nahen Osten sowie Asien, und drittens ist sie ein wirklicher Akteur in dieser Region und spielt eine wichtige Rolle für Sicherheit und Wirtschaft des künftigen Nahen Ostens. Die Integration der Türkei in Europa ist genau der richtige Weg, um das Land dabei zu unterstützen, diese drei schwierigen Rollen konstruktiv zu spielen.

Im Hinblick auf die NATO ist die Bedeutung der Türkei als NATO-Mitglied, was den Gewinn zusätzlicher Sicherheit für den Westen angeht, überbetont worden. Ich möchte jedoch einen anderen Aspekt erwähnen, von dem ich mich bei meinen Kontakten mit türkischen Militärs in den letzten Jahren immer wieder überzeugen konnte: Die NATO-Mitgliedschaft der Türkei hat sich sehr positiv auf die Beziehungen zwischen Militär und Gesellschaft ausgewirkt. Was die Einmischung in die Politik angeht, hält sich das türkische Militär jetzt sehr viel mehr zurück. Zweitens hat die NATO-Mitgliedschaft dazu geführt, daß das Militär als Garant des laizistischen Erbes Atatürks diese Aufgabe mehr im europäischen Sinne versteht, vielleicht noch nicht so, wie man es erhofft hatte, aber es geht in diese Richtung. Drittens haben sich dadurch die griechisch-türkischen Konflikte etwas entschärft. Externe europäische Beobachter dieses erbitterten Streits sehen dabei nur den negativen Aspekt eines Konflikts, der sich innerhalb der NATO-Grenzen abspielt. Tatsächlich konnte das Militär den Konflikt bisher eindämmen und eine größere Eskalation verhindern. Viertens: Durch die der NATO-Mitgliedschaft zu verdankende Modernisierung der technischen Ausrüstung des türkischen Militärs ist die Türkei in die Lage versetzt worden, auf militärische Herausforderungen eigenständig zu reagieren, und das hat sich auch auf andere Teile der Gesellschaft ausgewirkt.

Ich bin davon überzeugt, daß man aus diesen Beispielen Schlüsse ziehen kann, welche positiven Auswirkungen eine EU-Mitgliedschaft auch in anderen Bereichen der türkischen Gesellschaft haben würde.

Die treibende Kraft der israelisch-türkischen Beziehungen - und ich spreche jetzt nicht von Geschäftsbeziehungen, die von kommerziellen Interessen motiviert werden - gründet vor allem in dem Wunsch Israels, daß eine moderne, säkulare und demokratische Türkei eine konstruktive Rolle in dieser Region übernimmt. Wir können davon nur profitieren und wollen durch unsere bilaterale Kooperation alles tun, um diese Rolle zu festigen - mit der Türkei, aber nicht gegen andere Staaten. Die gegenseitigen Vorteile, die sich aus einer Integration der Türkei in Europa ergeben würden, sind in der Tat sehr bedeutsam.

Letztlich glaube ich, daß eine Lösung des Nahostkonflikts nur möglich ist, wenn die Akzeptanz vielfältiger Identitäten gewährleistet ist. Die Europäer würde es sicher nicht erschrecken oder erstaunen, wenn Pan-Islamismus, Pan-Arabismus, neue Nahost- und Mittelmeeridentitäten sowie europäische Identitäten nebeneinander existierten. Wir Israelis haben uns für eine westliche Identität entschieden, die nicht nur auf der westeuropäischen, sondern auch auf der atlantischen Komponente basiert. Es wäre für die Türkei und letztlich für uns alle von Vorteil, wenn die türkische Verwestlichung durch einen europäischen Pfeiler gestärkt und abgestützt würde.

Wenn wir die aktuelle Lage der israelisch-arabischen Beziehungen diskutieren und uns fragen, wo die Türkei dort hineinpaßt, ist vielleicht der beste Weg, sich die Entwicklung des Friedensprozesses im letzten Jahr vor Augen zu führen. Die Perspektive des vergangenen Jahres ist nicht nur deshalb sinnvoll, weil die derzeitige israelische Regierung ungefähr ein Jahr im Amt ist, sondern weil man

anders das gegenwärtige Dilemma des Friedensprozesses ebensowenig zu verstehen vermag, wie möglicherweise zu findende Lösungen.

Nach dem Anschlag auf Premierminister Rabin und spätestens im Frühjahr letzten Jahres wurde bereits deutlich, daß es schwierig werden würde, den Friedensprozeß in der Form aufrechtzuerhalten, in der er seit Oslo geführt wurde. Syrien wurde ein Angebot mit zwei Variationsmöglichkeiten zum Golan gemacht, beide beinhalteten mehr oder weniger das, was es erreichen wollte. Es lehnte jedoch beide ab. Einmal, weil die Syrer meinten, der Preis, den sie im Bereich der Sicherheit zu zahlen hätten, sei zu hoch; zum anderen, weil der Preis für eine Normalisierung für sie zu hart wäre. In jedem Fall war es nicht die Frage, ob die Syrer in etwa das, was sie verlangten, bekamen, sondern ob sie bereit waren, den Preis dafür zu zahlen. Die Antwort, die sie damals gaben, war ein deutliches Nein.

Selbst zu einer Zeit, als der Friedensprozeß für sie recht gut lief, signalisierten die Palästinenser, daß sie Schwierigkeiten hätten, ihren Teil des Handels zu erbringen. Sie waren nicht imstande, die von ihrem eigenen Gebiet ausgehende Gewalt gegen Israel und die Israelis zu kontrollieren. Gleichzeitig wurden vom Friedensprozeß rasche Fortschritte erwartet, die weit über das hinausgingen, was dieser tatsächlich leisten konnte. Es gab damals bereits wachsende Anzeichen für innere Systemschwächen, die, so fürchte ich, langfristig unheilvolle Konsequenzen zeitigen werden, nämlich Korruption, autoritärer Führungsstil und ähnliche Dinge.

Die Libanesen wiederum befanden sich auch nicht in einer Position, in der sie den Friedensprozeß voranbringen konnten, zumal sie keinen Handlungsspielraum von den Syrern erhielten, obschon sie es versucht hatten. Sie waren deshalb völlig festgefahren. Damit bildeten die Jordanier zu diesem Zeitpunkt den einzigen und wichtigsten Lichtblick. Die innere Verwundbarkeit Jordaniens jedoch und die weit überzogenen Erwartungen verhießen für die Zukunft nicht allzuviel Gutes.

Ägypten fühlte sich durch die Richtung, die der Friedensprozeß nahm, sehr gefährdet. Es war zusehends feindlich und unkooperativ eingestellt, weil es im Ergebnis die Normalisierung der Beziehungen im Nahen Osten oder die Multilateralisierung des Nahen Ostens fürchtete, die dazu führen könnten, daß Palästinenser, Syrer oder Jordanier direkt mit Israel verhandeln würden. Dadurch würden sie weitgehend außen vor bleiben, was wiederum für Ägypten abträglich gewesen wäre, so wie es seine Rolle in der Region verstand. Die Ägypter machten uns deshalb das Leben sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Ebene des Friedensprozesses schwer.

Alles dies muß vor dem Hintergrund eines zwanzigjährigen Friedens zwischen Israel und Ägypten gesehen werden, bei dem kaum eine Normalisierung oder etwa eine Versöhnung mit Israel stattgefunden hat. Tatsächlich ist das Phänomen, über das wir hier sprechen nämlich nur Frieden zwischen den Eliten anstatt wirklicher Versöhnung zwischen den Völkern;-, ein zunehmend wichtiger Faktor geworden.

Ich möchte die multilaterale Seite des Friedensprozesses in diesem Zusammenhang hervorheben, weil eben hier die Türkei ins Spiel kommt. Die Aktivitäten der verschiedenen multilateralen Arbeitsgruppen kamen bereits vor den Wahlen in Israel aus einer Vielzahl von Gründen abrupt zum Stillstand. Einer der Gründe war, daß den bilateralen Gesprächen zu jener Zeit eine zu große Bedeutung auf Kosten der multilateralen eingeräumt wurde. Dabei war der Prozeß der multilateralen Gespräche bereits weit fortgeschritten, aber es fehlte die Energie, einen Schritt weiter zu gehen, um die Umsetzung der Projekte, die Errichtung von Institutionen und so weiter zu verwirklichen. Es fehlte die treibende Kraft, entweder weil es an wirtschaftlichen Ressourcen oder am politischen Willen mangelte. So versiegte der Impuls der multilateralen Bemühungen. Dies erschien damals aber als kein so hoher Preis, wenn es gelingen würde, bei den bilateralen Beziehungen einen Durchbruch zu erzielen. Das Problem war, daß wir uns nicht klarmachten, wie gefährdet die bilateralen Verhandlungen waren und welche vitale Rolle die multilateralen Beziehungen bei deren Stärkung spielen konnten.

Was Israel angeht, so hatte sich am Vorabend der Wahlen die Stimmung in unserem Land gegenüber dem Friedensprozeß dramatisch verändert. Sie hatte den Punkt erreicht, an dem deutlich wurde, daß nicht nur die Euphorie für einen neuen Nahen Osten keine Entsprechung finden würde, sondern wir auch das einzige, was uns der Nahost-Friedensprozeß bringen sollte, nämlich größere Sicherheit für Israel und seine sichere Verankerung in der Region, zunehmend als Illusion erschien und sich die Sicherheitslage tatsächlich immer mehr verschlechterte.

Die Kriterien, nach denen die israelische Öffentlichkeit die Auswirkungen des Friedensprozesses bewertet, hatten sich inzwischen von der nationalen Sicherheit, also der Gefahr eines Krieges, auf die individuelle Sicherheit verlagert. Was die Leute am meisten fürchteten, war die Bedrohung ihrer

individuellen Sicherheit, und sie hatten das Gefühl, daß deren Verschlechterung direkt dem Fortschritt beim Friedensprozeß zuzuschreiben war.

Vor dem Hintergrund, daß Ägypten sich nach 20 Jahren des Friedens eher von einer Normalisierung weg als auf sie hinbewegt, der Friede mit Jordanien trotz aller Euphorie wegen der gesellschaftlichen Widerstände zerbrechlich ist und nachdem die Beschränkungen, die Friedensverhandlungen mit verbrecherischen, nicht demokratischen Regimes mit sich bringen, immer deutlicher geworden sind, hat Israel sich bewußt entschieden, mit seinen arabischen Nachbarn zu verhandeln, egal ob sie demokratisch sind oder nicht, ohne zu versuchen, ihr System zu verändern. Wir wußten, daß dies bestimmte Beschränkungen für einen Friedensprozeß mit solchen Partnern mit sich bringen würde, doch wir haben es vorgezogen, dies zu ignorieren. Ich fürchte, das wird uns in Zukunft noch verfolgen.

In den letzten Jahren wurden auf allen Seiten Fehler gemacht, aber es ist wenig sinnvoll, irgend jemand die Schuld zuzuschreiben. Nehmen wir das Beispiel des israelischen Premierministers: Er hat ebenfalls Fehler begangen, muß aber großen Ärger darüber empfinden, daß er die Bestimmungen zu Hebron realisiert und umgesetzt hat, die erste Phase des Truppenrückzugs eingeleitet sowie weibliche Gefangene entlassen hat, an deren Händen Blut klebt. Er hat die Arbeit der palästinensischen Behörde in Jerusalem nicht aufgehoben. Er hat das Abkommen von Oslo und Arafat anerkannt und unterstützt, und trotzdem bekommt er nicht das, was ihm an Gegenleistungen zusteht.

Mein Fazit ist, daß der Friedensprozeß immer mehr zu einem Nullsummenspiel wird. Wenn aber die Probleme, um die es geht, so komplex sind, wird es ohne die Unterstützung Dritter schwer werden, Fortschritte zu erzielen. Und hier kommt die Türkei ins Spiel.

Die Türkei spielt für uns eine wichtige Rolle, nicht nur wegen der kulturellen Affinität oder des gemeinsamen Erbes des Osmanischen Reiches. Es ist handfester - obwohl einige Gesetze in Israel auf die osmanische Zeit zurückgehen. Wir betrachten die Türkei als ein Land, das uns angesichts der ablehnenden Haltung der Araber, uns anzuerkennen, dabei helfen kann, uns auch in der Region stärker zu verankern. Die Türkei ist unter anderem eben auch ein Land des Nahen Ostens. Darüber hinaus - und das ist sehr bedeutsam - ist es ein großes muslimisches Land, das in der gesamten Region, am Golf und mit Jordanien gute Beziehungen unterhält. Außerdem hat es eine sehr wichtige geostrategische Lage und kontrolliert ein knappes Gut im Nahen Osten, nämlich Wasser.

Die Türkei besitzt eine Identität, die prowestlich, demokratisch, weltlich ausgerichtet ist und eine Verbindung zum westlichen Sicherheitssystem darstellt. Das gilt nicht nur wegen ihrer NATO-Zugehörigkeit, sondern auch durch die CFE- und OSZE-Prozesse, um nur einige zu nennen, die allerdings den Südosten der Türkei bewußt außen vor lassen. In jedem Fall hat sie Erfahrung mit solchen Regionen und bildet von daher eine Verbindung mit dem Nahen Osten. Wenn wir also davon sprechen, daß es im Nahen Osten eines Tages ein regionales System geben wird, das eine wirtschaftliche und auch eine sicherheitspolitische Dimension besitzt, kommt der Türkei eine sehr wichtige Rolle zu, um die Brücke zwischen Europa und dem Nahen Osten zu bilden.

In dieser Rolle der Türkei sehen wir durchaus vorteilhafte Interessen - militärischer und nichtmilitärischer Art;- , die dazu geführt haben, daß Israel und die Türkei Mechanismen für bilaterale Gespräche über politische und politisch-militärische Fragen installiert haben. Die Türkei hat eine wichtige Rolle bei der Rüstungskontrolle und im regionalen Sicherheitsprozeß der Arbeitsgruppe ACRS gespielt. Herr Çetin weiß das, denn er hat dies weitgehend unterstützt.

Es gab einiges an militärischer Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern, die sich trotz aller Presseverlautbarungen gegen niemanden richtet. Es handelte sich eher um eine Partnerschaft als um ein Bündnis, und es ging um Lösungen für technische Probleme. Beispielsweise haben wir keinen Luftraum für Übungsflüge. Die Türkei hat es uns ermöglicht, Übungen abzuhalten, so wie sie dies auch der NATO angeboten hat. Auf der anderen Seite helfen wir den Türken, mit bestimmten technischen Schwierigkeiten besser fertig zu werden. Im übrigen sind an diesen trilateralen Such- und Rettungsübungen der Marine, von denen soviel Aufhebens gemacht wird, auch die USA beteiligt.

Mein Fazit ist: Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo wir angesichts der dornigen Probleme, die vor uns liegen - ob nun mit den Palästinensern oder mit den Syrern;- , in einem Nullsummenspiel festsitzen. Deshalb brauchen wir eine multilaterale Verankerung. Wir müssen sehen, wenn wir über Sicherheitsfragen mit Palästinensern und Syrern verhandeln, werden wir gleichzeitig mit dem Iran und dem Irak konfrontiert.

Nur durch diese Verankerung der bilateralen Beziehungen in einer regionalen Struktur können wir Fortschritt erzielen in Richtung auf einen stabileren Nahen Osten, der dann imstande wäre, die destabilisierenden Faktoren zu entschärfen, ob es sich dabei nun um nicht säkularisierte radikale Formen handelt oder um Parteien, die die Ordnung des Nahen Ostens in Frage stellen wollen.

Robins

Die Beziehungen zwischen Israel und der Türkei sind zweifellos sehr wichtig und von großem Interesse. Wenn ich Israeli wäre, würde es mich allerdings etwas irritieren, daß die Beziehungen mit dem türkischen Militär vorgebracht wurden und nicht mit anderen Institutionen oder Parteien in der Türkei. Irritiert hätte mich auch die Tatsache, daß das erste Abkommen im Februar 1996 zustande kam, zu einer Zeit, als es keine Regierung in der Türkei gab und man sich noch mitten in Koalitionsverhandlungen befand. Es wäre ohne weiteres möglich gewesen, diesen Prozeß ein wenig hinauszuzögern, bis die Koalitionsregierung aus ANAP und DYP im Amt war, und der Vereinbarung damit das Siegel demokratischer Legitimation zu geben.

Inzwischen sind die Israelis dafür sensibilisiert und bemühen sich, ihre Beziehungen mit der Türkei und der türkischen Gesellschaft zu vertiefen. Es finden jetzt zahlreiche Besuche statt mit think-tanks, Akademikern, politischen Führern und Parlamentariern, und zwar in beiden Richtungen. Ich halte das für sehr vernünftig und begrüßenswert.

Was mir jedoch auch nicht so recht behagt an den türkisch-israelischen Beziehungen, sind die starken Anklänge an die 50-er Jahre. Vieles erinnert an den Peripherie-Pakt; das heißt, die damaligen Beziehungen beruhten auf der Zusammenarbeit zweier Länder der Region, die "Jenseits des arabischen Zauns" lagen, um Ben Gurion zu zitieren. Der Unterschied zwischen den 50-er und den 90-er Jahren ist lediglich, daß der Iran nicht mehr diesem Pakt angehört, sondern auf der anderen Seite des Zauns steht.

Das sollte die Türkei und Israel nachdenklich werden lassen. Denn vor zwei Jahren bestand die große Gelegenheit, mit dem historischen Konflikt, nämlich mit dem arabischisraelischen Problem fertig zu werden, Integration und eine wirkliche Zusammenarbeit in der gesamten Region zu erreichen. Die multilateralen Verhandlungen waren dafür symptomatisch. Ich meine, wir sollten alle darüber besorgt sein, daß die multilateralen Ansätze nicht mehr laufen, und müssen uns fragen, was das besagt.

Wenn sich die Anzeichen mehren, daß die 50-er Jahre wiederkehren, sollten wir nicht vergessen, was damals geschehen ist, nämlich Polarisierung, Spannungen und letztlich einige sehr unselbige Entwicklungen. Die Türkei hat sich damals bei den Nahostbeziehungen erheblich die Finger verbrannt. Aus diesem Grunde hat sie sich seitdem im Nahen Osten zurückgehalten.

Schließlich, Herr Levite, ist es nach meiner Auffassung absolut unglaubwürdig zu behaupten, die israelisch-türkischen Beziehungen seien gegen keinen Dritten gerichtet. Die Syrer fühlen sich dadurch in die Zange genommen. Die Iraner sind äußerst beunruhigt durch die Tatsache, daß israelische Flugzeuge in der Nähe ihrer Grenze operieren. Darüber sollten wir schon sehr besorgt sein, nicht zuletzt, weil Türken und Israelis unsere Freunde sind und wir nicht wollen, daß in der Region Spannungen entstehen, die dem einen oder beiden Ländern Schaden zufügen.

Bagci

Herr Robins. Sehen Sie in den guten Beziehungen mit Israel ein Hindernis für die künftige türkische Mitgliedschaft in der EU, weil die Nachbarländer Iran, Syrien und Irak darüber nicht glücklich sind?

Fuller

Ich stimme Phil Robins voll zu, daß die Beziehungen zwischen Israel und der Türkei äußerst wichtig und vielversprechend sind. Beides sind demokratische Länder, beide vertreten Werte, die der Westen voll teilt. Aber die Begründung, die Herr Levite hier gegeben hat, legt nahe, daß Israel, weil es keine Möglichkeit sieht, in absehbarer Zeit mit seinen unmittelbaren Nachbarn übereinzukommen, die Türkei als alternative Option ansieht.

Das ist deshalb wichtig, weil wir hier über Problemlösungsmodelle reden und wie die Türken mit ihren eigenen Kurden eine Vereinbarung erreichen können. Es wäre ermutigend, wenn Israel aufgrund eigener Übereinkünfte mit den Palästinensern für die Türkei und die übrige Welt ein Modell für friedliche Lösungen liefern könnte. Doch die Beziehungen zur Türkei sollten nicht als Alternative für Israels Unvermögen dienen, die eigenen Probleme mit den unmittelbaren Nachbarn zu lösen.

Cetin

Herr Fuller sagt, die Türkei und Israel seien beide demokratische Länder. In unserer ganzen Geschichte haben wir keine Konflikte mit Israel oder dem israelischen Volk gehabt. Wir haben unsere Politik so angelegt, daß die Beziehungen Israels zur arabischen Welt dabei berücksichtigt wurden.

Das ist unproblematisch, solange man ein Übereinkommen anstrebt. Von daher ist jedes Abkommen für beide Länder von Vorteil und wird dem Frieden und der Stabilität im Nahen Osten dienen.

Unser Abkommen in Sachen Verteidigung ist nicht das erste mit Israel. Es sind bereits Freihandelsabkommen vom Parlament verabschiedet worden, und es gibt Vereinbarungen über Investitionsanreize, Doppelbesteuerung, Tourismus sowie kulturelle Beziehungen.

Die Türkei und Israel verwenden das gleiche Rüstungsmaterial, das hauptsächlich aus den USA stammt. Wir sind die beiden einzigen Länder mit Abkommen über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung und für militärische Übungszwecke. Das richtet sich nicht gegen Dritte. Es handelt sich nicht um ein Bündnis und wird auch nicht so gehandhabt. Deshalb braucht auch kein Land unsere Zusammenarbeit zu fürchten, die für unsere beiden Länder und für die gesamte Region von Nutzen ist.

Natürlich können unsere beiden Länder auf diese Weise zu Frieden und Stabilität in der Region beitragen. Das schließt auch eine Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung ein, da beide stark unter Terrorismus zu leiden haben. Dies ist ein sehr vernünftiges Übereinkommen und gegen keinen Dritten gerichtet. Ich habe 1993 das Rahmenabkommen mitunterzeichnet, und ich denke, wir sollten auf diesem Weg fortfahren.

Gasteyger

Sie sagen, Herr Çetin, die Abkommen mit Israel seien kein Bündnis, sondern lediglich eine Partnerschaft über Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten.

Cetin

Ich betone: Es ist kein Bündnis.

Gasteyger

Ich meine, diese Unterscheidung ist mehr als eine semantische Frage. Sie zeigt, wie neu und sensitiv die militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ist und von arabischer Seite auch so empfunden wird.

Robins

In den 80-er Jahren habe ich mich immer gewundert, daß die Türkei keine engeren Beziehungen zu Israel unterhielt; denn nachdem Ägypten mit Israel Frieden geschlossen hatte, gab es eigentlich keinen Grund, warum die Türkei nicht zumindest ebenso gute bilaterale Beziehungen haben sollte. Deshalb habe ich die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Türkei und Israel in den letzten Jahren sehr begrüßt.

Wir haben es jedoch mit Realitäten zu tun und wie sie von den anderen Akteuren in der Region gesehen werden. Es geht darum, wie diese Beziehungen wahrgenommen werden, insbesondere seit Februar 1996, als sie eine militärische Dimension erhielten, die eindeutig vom Militär geführt und vorangetrieben wurde.

Ich habe es immer für eine der Stärken der türkischen Nahostpolitik in den letzten Jahren gehalten, daß die Türkei es verstanden hat, ihre Beziehungen zu drei sehr schwierigen Nachbarn - Syrien, Irak und Iran - in so besonnener und maßvoller Weise zu handhaben. Bei Gott, wir hatten in den vergangenen Jahren alle unsere Probleme mit jenen Ländern.

Die Beziehungen, die sich jetzt mit Israel entwickelt haben, und die herausfordernde Art, in der vieles davon verlautbart wurde - dies ist eine Herausforderung; da sollten wir uns keiner Täuschung hingeben;-), haben sich von der besonnenen und konsequenten Entwicklung der Beziehungen, wie wir es beispielsweise zwischen 1989 und 1993 gesehen haben, weit entfernt. Davon haben beide Länder profitiert, weil dadurch der Tourismus gefordert und ausgebaut wurde und hochrangige diplomatische Kontakte zugenommen haben.

Ich habe also an sich kein Problem mit der Entwicklung der Beziehungen. Es wäre auch völlig abwegig anzunehmen, die guten Beziehungen der Türkei zu Israel könnten für die Europäische Union im Hinblick auf die türkische Mitgliedschaft ein Problem darstellen. Doch die Art und Weise, wie die Beziehungen sich entwickelt haben und nach außen präsentiert wurden, ist außerordentlich irritierend. Die Reaktionen der Iraner, der Syrer, der Iraker und kürzlich auch von seiten der Ägypter sind ebenso irritierend.

Wenn man dies in den Zusammenhang mit dem Friedensprozeß stellt und sich ansieht, wie dieser in den letzten zwölf Monaten verlaufen ist, dann ist das in doppelter Hinsicht besorgniserregend: Zum einen für Israel und das israelische Volk genauso wie für die Türkei und das türkische Volk; zum anderen, weil wir ein ausgeprägtes Interesse an einem möglichst stabilen Nahen Osten haben.

Cetin

Ich denke, wir können es dem Iran, Irak und Syrien in keiner Weise recht machen, was unsere Beziehungen mit Israel angeht. Sie sind auch über unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Europa nicht eben erfreut. Warum lassen Sie unerwähnt, Herr Robins, daß der Iran über unsere Beziehungen zur NATO, zu den Vereinigten Staaten und zu Europa keineswegs glücklich ist? Israel und die Türkei spielen eine sehr wichtige Rolle in der Region, und wir haben unsere Beziehungen sehr behutsam verfolgt. Jene Länder sind es, die sich gegen eine Beziehung zwischen der Türkei und Israel stellen und behaupten, wir wären dabei, ein neues Bündnis einzugehen. Das entspricht aber nicht der Wahrheit, und wir haben dies auch nicht behauptet.

Es gibt einige Länder im Nahen Osten, die generell eine Führungsrolle anstreben. Sobald die Türkei die Initiative ergriffen hat zum Nutzen beider Länder und der Region, fingen einige Länder an zu fragen, warum die Türkei mit Israel zusammenarbeitet. Warum sollten wir nicht? Wir haben kein Problem mit Israel und sind der Meinung, daß Kooperation dem Frieden und der Stabilität in der Region langfristig dienen wird.

Wir können sogar noch weiter gehen - ich habe das seinerzeit mit dem damaligen Außenminister Shimon Peres diskutiert - und versuchen, eine Art von KSZE für den Nahen Osten zu erreichen. An dieser Idee, die Ägypten, Jordanien und später andere Länder einbeziehen sollte, hatten wir bereits zu arbeiten begonnen. Aber inzwischen sind wir beide nicht mehr im Amt, und der Friedensprozeß befindet sich in einer sehr kritischen Situation. Dennoch, so meine ich, können wir auf diesem Weg fortfahren, und die Türkei und Israel eine führende Rolle bei der Suche nach Lösungen für die Probleme des Nahen Ostens übernehmen.

Bagci

Die türkische Außenpolitik - Herr Robins weiß das genau - war eine Geisel des arabischen Nationalismus während der ganzen 50er, 60er und 70er Jahre. Jetzt sind wir in eine Phase eingetreten, in der der arabische Nationalismus nicht länger diktieren kann, was die Türkei zu tun hat.

Die Türkei und Israel sind dabei, eine bedeutende und gestaltende Rolle innerhalb des europäischen Mittelmeerprojektes zu spielen. Beide sind 3 demokratische Länder, im Gegensatz zu all den anderen nichtdemokratischen Ländern in der Region.

Die Türkei und Israel spielen in diesem Rahmen und strategischen Konzept eine Schlüsselrolle. Zusammen mit den USA bilden sie ein Dreieck, das Demokratie und Stabilität in diesem Teil der Welt voranbringt.

Türkmen

Ich unterscheide mich etwas von Herrn Çetin und Herrn Bagci. Die Türkei war niemals ein Gefangener des arabischen Nationalismus. Wir haben in den 50-er Jahren sicherlich viele Fehler gemacht, doch es waren unsere eigenen Fehler. Die Araber haben uns nicht gedrängt. Im Gegenteil, wir haben den Irak veranlaßt, den Bagdad-Pakt beizutreten.

Ich bin sehr für eine Zusammenarbeit mit Israel. Dies schließt militärische Kooperation ein, die aber nicht sehr umfangreich ist. Doch Symbolik ist in der Außenpolitik ein wichtiger Faktor. Die Art, wie diese Zusammenarbeit herausgestellt wurde, das Gerede über eine hochrangige strategische Verständigung mit Israel hat bei den arabischen Ländern einen denkbar schlechten Eindruck hinterlassen, was ich verstehen kann. Wenn die Türkei aktiv im Nahen Osten mitspielen will, muß sie sowohl Israel als auch die arabischen Länder mit einbeziehen. Dieser Möglichkeit sollten wir uns nicht selbst berauben.

Es wurde gesagt, die Türkei könne eine Rolle im Nahost-Friedensprozeß spielen. Ich denke nicht, daß sie das wirklich kann, denn dazu sind nur die Amerikaner in der Lage. Aber die Türkei kann auf jeden Fall eine wesentlich größere Rolle spielen, wenn der Friede erreicht ist und eine multilaterale Zusammenarbeit in der Region sich herauszubilden beginnt.

Klose

Sie haben gesagt, Herr Levite, die israelische Regierung hatte im letzten Jahr erlebt, daß sich der Friedensprozeß zu einer Art Nullsummenspiel entwickelt hat. Und Sie haben hinzugefügt: Da kam die Türkei ins Spiel. Bedeutet also die besondere Akzentuierung der Zusammenarbeit mit der Türkei aus der israelischen Sicht, daß der Friedensprozeß beendet ist?

Levite

Die Türkei hat im nahöstlichen Friedensprozeß in mehrerer multilateralen Arbeitsgruppen durchaus eine sehr wichtige Rolle gespielt, Herr Türkmen. Übrigens - und das ist schon interessant - das einzige Land, das die türkische Rolle ambivalent sah, war Ägypten. Viele arabische Länder vom Golf und des Maghreb, sicher auch Jordanien, haben die Rolle, die die Türkei gespielt hat, nachhaltig begrüßt.

Wenn ich die Türkei im Zusammenhang mit der Verlangsamung des Friedensprozesses und der Probleme, die sich aufgetan haben, erwähnte, dann wollte ich damit keineswegs sagen, der Friedensprozeß sei beendet und es gäbe keine andere Möglichkeit, als jetzt die Türkei ins Spiel zu bringen. Ich will lediglich deutlich machen, daß die Begeisterung für den Friedensprozeß erheblich nachgelassen hat und die Menschen beginnen, ganz pragmatisch die Schwierigkeiten zu sehen. Beiden Seiten wurde zunehmend klar, daß dies mehr und mehr zu einem Nullsummenspiel wird. Wenn man keinen Weg findet, den Kuchen zu vergrößern und die Sicherheitsproblematik umfassender anzugehen als nur auf der bilateralen Ebene, dürfte es äußerst schwierig werden, Fortschritte zu erzielen. In diesem Kontext, meine ich, kann die Türkei eine wichtige Rolle spielen.

Was uns veranlaßt, mit der Türkei zu kooperieren, ist zu einem gut Teil darin begründet, daß wir meinen, die Türkei ist für diese Aufgabe hervorragend geeignet, und zwar aus geographischen, politischen, kulturellen und religiösen Gründen sowie aufgrund ihrer Verbindungen zu Europa, aber auch weil sie in die Mittelmeerfragen und in den Nahen Osten involviert ist. In dem Maße, wie der Prozeß wieder in Gang kommt - und mein Eindruck ist, daß immer mehr Menschen allmählich klar wird, daß es keine Alternative gibt;- , wird sich herausstellen, daß eine Lösung der äußerst hartnäckigen Probleme nur in einem weiteren multilateralen Kontext möglich ist. Und wie Herr Çetin eben sagte, sehen wir in diesem Zusammenhang gerade die Rolle der Türkei als sehr bedeutsam an. Das heißt, wir hoffen auf andere Staaten, die sich dafür einsetzen, um die Schlüsselrolle, die die Vereinigten Staaten mit einiger europäischer Unterstützung wahrnehmen, zu ergänzen.

Schließlich eine Klarstellung zur bilateralen militärischen Zusammenarbeit zwischen Israel und der Türkei. Weder die türkische noch die israelische Seite will diese Kooperation, die von sehr begrenztem Ausmaß ist, überbewerten. Einige Leute, die dagegen sind, haben versucht, davon einen falschen und irreführenden Eindruck zu vermitteln. Tatsächlich zeichnen sich diese Beziehungen durch eine sehr behutsame Zusammenarbeit aus, nicht nur, was das tatsächliche Ausmaß angeht, sondern weil wir auch nicht auf ein Terrain geraten wollen, das entweder zwischen uns und den Arabern oder zwischen der Türkei und ihren Nachbarn strittig ist, oder andere brisante Probleme berühren, ob es sich dabei nun um Zypern, Griechenland oder was sonst handelt.

Klose

Ich habe die israelische Haltung immer so verstanden, daß die politische Führung beim Friedensprozeß bei den Amerikanern liegt und die Europäer sich da bitte heraushalten sollen. Offenbar stellt sich die Sache jetzt vielschichtiger dar. Denn neben den Amerikanern sollen sich offensichtlich ebenso die Europäer und auch die Türkei engagieren, um den Friedensprozeß wieder in Gang zu bringen. So ganz verstehe ich indes die Logik nicht. Bleibt es nach wie vor dabei, daß die Amerikaner den politischen Prozeß führen? Dann muß die Zusammenarbeit mit der Türkei eine andere Dimension haben.

Levite

Es ist ein Unterschied, ob man den Prozeß wieder in Gang bringen will oder ob man die Voraussetzungen schafft, damit er erfolgreich beendet wird. Um ihn wieder in Gang zu bringen, dafür brauchen wir die Türkei nicht. Ich sehe das so: Wenn wir solch zentrale und heikle Probleme wie Jerusalem oder die Golanhöhen angehen wollen, dann muß dies in einem Kontext geschehen, in dem Israel etwas einbringen könnte. Das mag Land sein oder Souveränität oder was immer. Die Frage ist: Was erhält Israel dafür? Einen zerbrechlichen Frieden mit Eliten? Einen Frieden nur mit den Nachbarländern, während Iran und Irak außen vor bleiben?

Ich denke, das allein wird nicht reichen, um den Prozeß aufrechtzuerhalten. Die einzige Möglichkeit, dem Prozeß Tiefe und Schwung zu verleihen, ist, ihn multilateral einzubetten. Diese Einsicht gibt es

auf amerikanischer Seite, und in Barcelona haben die Europäer einen ähnlichen Ansatz favorisiert. Wenn wir diesen Prozeß auf Dauer am Leben halten und schließlich lösen wollen, ist das ohne einen multilateralen Ansatz im Nahen Osten nicht möglich. Ob wir das dann KSZE nennen und ob das einen ökonomischen und einen sicherheitspolitischen Pfeiler braucht, ist unwichtig. Bei beiden ist die Türkei unverzichtbar.

Türkmen

Ich meine, Herr Levite, gegenwärtig stellen multilaterale Gespräche im Nahen Osten einen Nebenschauplatz dar. Sie könnten jedoch wichtig werden, wenn die bilateralen Probleme eines Tages gelöst sind, das heißt, der Friede mit den Palästinensern, mit Syrien und so weiter erreicht ist. Doch zur Zeit finden multilaterale Gespräche keine Substanz. Deshalb trifft es auch nicht zu, daß die Türkei hier aktiv ist.

Ich habe betont, daß die Türkei in den bilateralen Verhandlungen kein wichtiger Mitspieler sein kann. Wie soll die Türkei zwischen Syrien und Israel oder zwischen den Palästinensern und Israel wirkungsvoll mitagieren? Die Amerikaner haben das lange Zeit versucht. Wir verfügen nicht über dergleichen Macht und Mittel. Somit verbleibt dies zwischen den Israelis, den Arabern und den Amerikanern - und den Europäern, wenn sie wollen. Selbst Europa als Ganzes könnte da keine Rolle spielen. Wie stellen Sie sich das für die Türkei vor?

Rouleau

Es kommt in der Tat nicht darauf an, ob man das nun Partnerschaft oder Bündnis nennt. Wichtig ist, wie es sich entwickelt und wie es außen wahrgenommen wird. Ich sehe drei Aspekte, die wir bedenken müssen, wenn wir die Partnerschaft zwischen der Türkei und Israel angemessen bewerten wollen.

Den ersten Aspekt hat Herr Türkmen mit dem Stichwort Symbolik erwähnt. Was immer man sagt oder tut, entscheidend ist in der Politik, wie Menschen dies wahrnehmen. Das sollten wir nicht einfach abtun.

Aber ich füge zwei weitere Faktoren hinzu, die vielleicht noch wichtiger sind und die den Inhalt und den äußeren Rahmen der Partnerschaft betreffen.

Wir müssen uns bewußt sein, daß die Situation im Nahen Osten hoch explosiv ist. In Israel gibt es eine Regierung, die einen völlig anderen Ansatz im Friedensprozeß verfolgt als ihre Vorgängerin. Ich will jetzt nicht diskutieren, ob Herr Netanjahu ein Gegner des Friedens ist oder nicht, aber er wird sogar von der amerikanischen Regierung als Gegner des Friedensprozesses eingeschätzt.

In dieser äußerst kritischen Situation - und damit komme ich zum Inhalt - geht die Türkei eine militärische Partnerschaft mit Israel ein. Das hat nichts mit dem zu tun, was Sie seinerzeit verabredet haben, Herr Çetin. Da ging es um ganz andere Dinge. Was heute vorgeht, ist, daß israelische Flugzeuge die Grenzen von Syrien, Iran und Irak überfliegen und dies tun sie. Des Weiteren ist es eine Tatsache, daß der israelische und der türkische Geheimdienst gegen die Kurden zusammenarbeiten. Ich kann durchaus einsehen, daß alles dies für Israel Vorteile bringt. Was ich jedoch kaum zu erkennen vermag, sind irgendwelche Vorteile für die türkische Seite.

Ich war hier Botschafter, als Özal Ministerpräsident und dann Präsident war. Er war sehr darauf bedacht, eine wohlausgewogene Politik zwischen den beiden Lagern zu betreiben. Zu jener Zeit gab es kein Oslo und keinen Friedensprozeß. Die Türkei war das erste Land, das 1948 den Staat Israel anerkannte. Die Türkei war auch das erste Land, das den palästinensischen Staat anerkannte, als er in Algier von Arafat ausgerufen wurde, also zu einer Zeit, als das durchaus problematisch war. Özal stellte gute Beziehungen zu den Golfstaaten, insbesondere zu Saudi-Arabien, her und baute Geschäftsverbindungen auf. Es lag im türkischen Interesse, gute Beziehungen mit Israel - was die Türkei zu keiner Zeit geleugnet hat - und gleichzeitig mit der arabischen Welt zu unterhalten.

Heute wird die Türkei, ob wir das wollen oder nicht, als Feind der Araber angesehen. Ich lese die arabische Presse aus der ganzen arabischen Welt. Es gibt sehr kritische Artikel gegen die Türkei. Das heißt, die Türkei ist in der Region isoliert und kann im Friedensprozeß überhaupt keine Rolle spielen, selbst wenn sie gebeten würde, sich daran zu beteiligen.

Natürlich geht die arabische Presse zu weit, wenn sie behauptet, dies sei ein Kriegsbündnis zwischen der Türkei und Israel. Ich würde hier nicht von einem Kriegsbündnis sprechen; ich behaupte, dies ist mehr ein "Kalter-Krieg-Bündnis". Im Nahen Osten herrscht ein kalter Krieg zwischen Israel und den arabischen Ländern, und die Türkei tritt dabei auf die Seite Israels.

Cetin

Ich stimme Eric Rouleau zu, daß das Verhältnis der Türkei zu den moslemischen Staaten zur Zeit schlecht ist. Aber das rührt nicht von unseren Beziehungen zu Israel her. Der Grund ist vielmehr, daß die heutige türkische Regierung am Beginn ihrer Amtszeit in vielen moslemischen Ländern auch mit regimefeindlichen Gruppen Kontakt aufgenommen hat.

Wenn also aus Tunesien Herr Ganuschi von verschiedenen Persönlichkeiten empfangen wird, dann darf man sich nicht wundern, daß die Beziehungen zu diesem Land gestört werden. Oder wenn Erbakan noch aus der Opposition heraus gegenüber dem Irak sagt: Sobald wir an die Regierung kommen, werden wir das Embargo aufheben, und anschließend als Regierungschef dieses Versprechen nicht hält, ist der Irak in seinen Erwartungen natürlich enttäuscht. Und wenn die Beziehungen zum Iran auf höchster Ebene intensiviert werden und dann zwei Botschafter ausgewiesen werden, belastet das verständlicherweise die Beziehungen.

Mit unseren Beziehungen zu Israel hat es jedenfalls ursächlich nichts zu tun, wenn wir mit einigen islamischen Ländern nicht gut zurechtkommen.

Levite

Es gibt kein Militärbündnis zwischen der Türkei und Israel, und Israel arbeitet auch nirgendwo mit der Türkei gegen die Kurden zusammen. Nichts dergleichen. Es herrscht äußerste Vorsicht. Außerdem sind sogar einige arabische Länder an Israel herangetreten, um an den Seeübungen mit den Vereinigten Staaten und der Türkei teilzunehmen.

Und wer meint, die multilateralen Bemühungen können warten, bis die bilateralen Verhandlungen erfolgreich sind, liegt völlig falsch. Ebenso falsch ist es, die Probleme im Friedensprozeß ausschließlich Netanjahu anzulasten. Damit will ich nicht bestreiten, daß die Wahl Netanjahus den Friedensprozeß in der Region kurzfristig zurückgeworfen hat. Aber dies wird nur die Zeit und die genaue nachträgliche Analyse erweisen.

Gasteyger

Dennoch bleibt wichtig, Herr Levite, was Herr Rouleau gesagt hat: Leider zählt in der Politik die Wahrnehmung und nicht die Realität.

Rouleau

In der internationalen Politik sind Aussagen über Demokratie und Werte oft nicht mehr als reine Rhetorik. Man kann gute Beziehungen nicht nur zu denen herstellen, die gesunde Demokratien und ähnliche Werte, wie man selbst, haben. Wäre das der Fall, dürfte Frankreich Beziehungen nur zu ungefähr fünf bis zehn Ländern auf der Welt haben.

Die Türkei existiert in einer Region, in der man gute Beziehungen zu seinen Nachbarn braucht. Dies war der Fall, bis das Kurdenproblem immer schlimmer wurde. Der Grund, warum sich die Beziehungen zum Iran verschlechtert haben, hat nichts damit zu tun, daß die Iraner muslimische Fundamentalisten sind und die Türken nicht, sondern wegen der Kurdenproblematik. Das gleiche gilt für die Beziehungen zu Syrien. Die Türkei hat schlechte Beziehungen mit anderen Ländern, die in Verdacht stehen, die PKK zu unterstützen. An dem Tag, an dem sie das Kurdenproblem los ist, werden sich die regionalen und internationalen Beziehungen der Türkei entscheidend verbessern.

Rühl

Es spricht vieles dafür, daß weder Europa noch die USA oder die NATO eine kohärente Orientpolitik haben. Jedenfalls ist die seit 1990 verfolgte Politik des doppelten containment gegen Iran und Irak mit Abstützung auf das nicht sehr robuste, aber besonders empfindliche und angreifbare Saudi-Arabien auf lange Sicht nicht eben erfolgversprechend. Ob sich aus der gerade gestern erfolgten Wahl eines neuen Präsidenten im Iran dort andere Perspektiven ergeben könnten, darüber will ich jetzt nicht spekulieren.

Wie könnte eine gemeinsame Orientpolitik ohne die Türkei denn aussehen? Ohne den NATO-Partner Türkei hätte die westliche Politik so gut wie überhaupt keine Basis, um beispielsweise im Falle regionaler Krisen, die jederzeit entstehen können, wie sich 1990 gezeigt hat, den Zugang zum Persischen Golf zu sichern.

Ich brauche nur daran zu erinnern, wie ergebnislos alle Versuche verlaufen sind, Ägypten als eine solche Basis zu gewinnen. Das gilt im übrigen auch im Verhältnis zu Israel. Man nenne mir einen

anderen gleichwertigen Partner als die Türkei, der für den Westen einen auch nur annähernd so großen Grenznutzen abwirft, ob es sich dabei um die Nutzung von Bodenschätzen, Infrastrukturanlagen, Investitionen in industrielle Produktion oder aber um militärische Sicherung gegen weitreichende Träger- und Massenvernichtungswaffen und um präventive Truppenstationierung zur Verhütung von Kriseneskalation in der Region handelt.

Boidevaix

Die Ölvorkommen in der kaspischen Region sind zweifellos von erheblicher strategischer Bedeutung für die Europäische Union, und der Türkei kommt in dieser Hinsicht in der Tat eine wichtige Rolle zu. Es wäre sicher auch wünschenswert, wenn die Europäische Union hier ein eigenes politisches Konzept entwickeln würde. Auf der anderen Seite sollte man nicht übersehen, daß die Ölreserven im Kaspischen Meer nicht mit denen im Nahen Osten zu vergleichen sind. Jedenfalls würde eine Krise im Nahen Osten unmittelbar auf die Weltölmärkte durchschlagen und auch die europäischen Interessen direkt berühren.

Was den Friedensprozeß im Nahen Osten angeht, so wird die Führung weiterhin bei den Vereinigten Staaten liegen, während die Europäer sich da nur sehr begrenzt einbringen können. Daran wird sich auch auf absehbare Zeit nichts ändern.

Auf der anderen Seite stellt sich sechs Jahre nach dem Golfkrieg die Frage, inwieweit bei den beteiligten Staaten wieder Normalität eintritt und eine Modernitätsentwicklung in Gang kommen kann. Das gilt für die Staaten der arabischen Halbinsel in anderer Weise als etwa für den Iran und Irak. Schwache Staaten befördern politische Instabilität und sind krisenanfällig. Ich meine, dies zu verhindern, daran sollten die Europäer eminent interessiert sein.

Das ist für uns auch weniger eine Frage der politischen Regime in dieser Region. Da stimme ich Eric Rouleau zu. Wir wollen diese Länder schließlich nicht in die Europäische Union aufnehmen. Es geht also darum, wie sich unsere Beziehungen zu Staaten wie Iran und Irak, das zur Zeit durch das Embargo geschwächt ist, entwickeln werden. Ich würde dafür plädieren, die Sanktionen gegen Irak unter bestimmten Bedingungen wieder aufzuheben und die Stabilität dieses Staates zu fördern. Diese Frage wird sich gegen Ende des Jahres erneut stellen, und dabei ist auch die Türkei gefordert.

Die Prosperität in dieser ganzen Region ist sehr gering. Den Ländern mit dem größten Investitionsbedarf fehlt es an den finanziellen Voraussetzungen. Es würde unserer eigenen Sicherheit dienen, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen in dieser Region verbesserten und diese Länder stärker mit der internationalen Gemeinschaft verbunden wären. Zweifellos werden bestimmte europäische Länder, wie Frankreich zum Beispiel, eine ganz andere Zielsetzung als die Vereinigten Staaten verfolgen. Hier werden schwierige Kompromisse zwischen den Europäern, den USA und auch der Türkei notwendig, die wir aber anstreben müssen, wenn wir eine gemeinsame Politik erreichen wollen.

Cavanaugh

Wir sprechen hier über Kreuzungspunkte - das Thema die ser Konferenz;- , und ich will etwas über Umgehungsstraßen hinzufügen. Das Dilemma bei Kreuzungen ist ja, daß sie einem viele Richtungen offerieren, man sich aber entscheiden muß, welchen Weg man gehen will. Unsere Diskussion hat hier jedenfalls deutlich gemacht, daß sich die Türkei noch nicht klar entschieden hat, wohin sie sich wenden will.

Es gibt eine Reihe unterschiedlicher Tendenzen in der heutigen Türkei. Über die Beziehungen zu Israel ist ausführlich gesprochen worden. Daß das Militär diesen Weg verfolgen will, ist ganz deutlich; aber ob die Regierungskoalition das auch will, ist wesentlich weniger klar. Das Militär plant gemeinsame Übungen, von denen der Ministerpräsident sagt, daß sie nicht stattfinden werden, worauf die Militärs ihrerseits betonen, daß sie doch durchgeführt werden. Der Ministerpräsident wiederum beabsichtigt, die militärische Zusammenarbeit mit dem Iran auszuweiten, worauf das Militär antwortet, das sei unerlaubt, und das Ganze stoppt. Während die Regierungskoalition die Verbindungen mit den östlichen Nachbarn verbessern möchte, will das Militär die guten Kontakte zum Westen aufrechterhalten. Viele Gruppierungen in der Türkei fordern bessere Beziehungen zum Irak, während das Militär gerade 120 Meilen tief auf irakisches Territorium vorgedrungen ist, was die Normalisierung der Beziehungen unmöglich macht.

Was die Europäische Union angeht, so ist der Wunsch des Außenministeriums und von Herrn Öymen unüberhörbar, daß die Türkei voll in die Europäische Union aufgenommen wird, während eine Reihe anderer Gruppierungen in der Türkei Dinge unternimmt, die das fast unmöglich machen. Das

Außenministerium sucht Fortschritte für eine Annäherung an die EU, und gleichzeitig gibt ein Vertreter des Militärs eine Erklärung zu Grauzonen in der Ägäis ab. Während einige die Frage stellen, ob Gavdos griechisch ist, veranstalten andere eine Militärübung in nächster Nachbarschaft einer griechischen Übung und verursachen einen Zwischenfall, der alles wieder zurückwirft. Solange es in Ankara keine stabilere Regierung gibt, wird es für die Türkei sehr schwer sein, sich für einen dieser Wege zu entscheiden. Das ist, wie gesagt, das Problem bei Kreuzungen.

Von außen betrachtet, bieten Kreuzungen interessante Wahlmöglichkeiten. Wenn sie einfach, hilfreich und erforderlich sind, werden andere Länder sie mitbenutzen, um ihre eigenen außenpolitischen Ziele durchzusetzen. Ich denke, sie sind erforderlich, wenn es um Themen wie double containment (von Iran und Irak) oder Zypern geht. Die USA und die europäischen Länder werden hier die Türkei unterstützen, um Lösungen zu finden.

Bei einer Reihe weiterer Themen stellt sich das Problem jedoch anders dar. Wenn sich die Türkei da nicht entscheiden kann, in welche Richtung sie gehen will, und wenn sie ihre internen Probleme nicht löst, dann wird sie einfach umgangen werden. Ein Beispiel dafür ist die Energie aus dem Kaspischen Meer, die auf jeden Fall ausgebeutet werden wird. Der beste Weg wäre durch die Türkei mit einer Pipeline nach Ceyhan. Aber wenn die Probleme hier nicht gelöst werden, werden die Energielieferungen irgendeinen anderen Weg nehmen.

Die Entwicklung der Länder des Kaukasus und Zentralasiens ist eine große Herausforderung für die Welt, und die Türkei könnte dabei eine Schlüsselrolle spielen. Wenn sie jedoch ihre eigenen Probleme nicht lösen kann, werden andere Länder die Entwicklung vornehmen. Ich füge hinzu, daß Griechenland eine ähnliche Rolle beim Wiederaufbau des Balkans spielen könnte, aber wenn es seine Probleme mit der Türkei nicht löst, wird es ebenfalls umgangen werden. Das gleiche Bild bietet sich bei den Friedensbemühungen im Nahen Osten. Auch dabei wird die Türkei außen vor bleiben, wenn sie ihre internen Schwierigkeiten nicht in den Griff bekommt. Das alles macht die Notwendigkeit einer stabilen, einigen Regierung in der Türkei deutlich, die klar bestimmen kann, wo es langgeht.

Die nächsten Monate werden für die Türkei sehr schwierig werden. In Europa und den USA fragt man sich ständig, ob das Militär in die Politik eingreifen wird und wie das die Chancen der Türkei auf Mitgliedschaft in der EU und ihre engeren Verbindungen zum Westen beeinflusst. Für den Beginn des nächsten Jahres sehe ich ernste Probleme voraus; denn die Regierungskonferenz wird in diesem Sommer abgeschlossen, und sechs Monate später beginnt die EU die Beitrittsgespräche mit Zypern. Das birgt erhebliches Konfliktpotential in sich. Wenn die Türkei das so interpretiert, daß Zypern wirklich geteilt und Herr Denktaj Präsident von Restzypern ist, dann haben wir eine Trennungslinie in Europa, die nur noch sehr schwer überwunden werden kann.

Irgendwann im nächsten Jahr werden russische Raketen auf dem Weg nach Zypern sein. Die Türkei hat bereits offiziell erklärt, daß sie die Stationierung dieser Raketen nicht tolerieren wird. Das gleiche gilt für griechische Militärbasen auf Zypern, die im nächsten Jahr dort errichtet werden sollen. Da zeichnet sich am Horizont ein neuer europäischer Konflikt ab, der viele der heute besprochenen Themen noch erheblich verändern könnte.

Ein weiterer Punkt betrifft die Besorgnis über die Blindheit der EU. Hier wurde gefragt, warum die EU in der Zypernfrage oder beim griechisch-türkischen Konflikt nicht vermitteln könne. Es ist bereits deutlich geworden, daß das für die EU sehr problematisch ist, weil sie da nicht unabhängig ist. Mit Griechenland als Mitgliedsstaat ist es für die EU praktisch unmöglich, als ehrlicher Vermittler aufzutreten - das gilt im übrigen für beide Länder. Die Türkei sagt, die EU vertrete griechische Interessen, und ähnlich argumentiert Griechenland.

Es sollte nicht übersehen werden, daß das jüngste Dilemma mit dem Vorschlag eines "Komitees der weisen Männer" zwischen Griechenland und der Türkei durch Bemerkungen des griechischen Außenministers ausgelöst wurde, der der niederländischen EU-Präsidentschaft Unverständnis und Unfähigkeit zur Problemlösung vorwarf. Ich meine, die USA und Europa müssen bei diesen Konflikten zusammenarbeiten, und ich denke, daß dies auch möglich ist. Die Vorstellung jedenfalls, die EU könne das alleine, ist unrealistisch.

Ein letztes Wort zur WEU. Ich halte die türkische Mitgliedschaft in der WEU für wichtig, aber nicht, um den türkischen Truppen einen Grund zu geben, in Zypern zu bleiben. Sie sind ja bereits NATO-Mitglieder, genauso wie die dort stationierten griechischen Truppen. Wenn beide Streitkräfte in Zypern bleiben, sollte die NATO-Mitgliedschaft ausreichen. In Washington wird sie jedenfalls höher bewertet als die Mitgliedschaft in der WEU.

Gasteyger

Dieses Gespräch war - sicher für mich, aber ich glaube für uns 5 alle - ein großer Gewinn. Ich gestehe, daß ich es in dieser Offenheit und Ergiebigkeit nicht zu erhoffen gewagt habe. Um so größer ist die Dankbarkeit gegenüber allen, die dazu beigetragen haben: Das sind Sie alle, die an diesem Tisch sitzen; das sind unsere vorzüglichen Dolmetscher, und das sind die stets hilfsbereiten Mitarbeiter der Körber-Stiftung.

Wir alle sind uns in diesen zwei Tagen wahrscheinlich eindrücklicher und klarer als je bewußt geworden, daß sowohl die Türkei wie die Europäische Union und die mit ihr verbundenen Länder - Rußland hier, die Vereinigten Staaten da - sich dem ebenso schwierigen wie unvermeidlichen Punkt nähern, wo sie Entscheide über ihr Verhältnis zueinander treffen müssen. Zumindest werden sie nicht darum herumkommen, sehr offen miteinander zu sein, die Argumente für oder gegen eine Zugehörigkeit der Türkei zu Europa und zur Europäischen Union abzuwägen und dann auch entsprechend Stellung zu nehmen.

Dabei wird die EU über ihre Sorgen und Bedenken, aber auch ihre Erwartungen gegenüber der Türkei sprechen müssen, wie es diese gegenüber der EU bereits tut - und wie es sich für Freunde geziemt. Denn daß es hier nicht nur um vielfache Interessen hüben und drüben, um die strategische Bedeutung der Türkei für die NATO und für Europa einerseits, um Europas und Amerikas vitalen Stellenwert für die Türkei andererseits geht, dürfte uns allen klargeworden sein.

Es geht, viel wichtiger noch, um die Millionen von Türken, die in Europa, zumal in Deutschland leben und arbeiten und sich dort zu Hause fühlen. Es geht um die zahllosen geschichtlichen, kulturellen, wirtschaftlichen Bindungen zwischen beiden Seiten, und es geht um die Zukunft der Türkei als dem Westen zugehörige Demokratie mit allen daraus fließenden Verpflichtungen zu friedlicher Streitschlichtung und zum Schutz der Grundfreiheiten und Grundrechte.

Niemand, der wie wir das Privileg hatte, einem solchen Gespräch beizuwohnen, wird sich Illusionen darüber machen, daß dieses so erstrebenswerte Zusammenfinden und dessen institutionelle Absicherung ein leichtes Unterfangen ist. Sein Gelingen, das wir uns alle wünschen, wird noch mancher Anstrengungen und viel guten Willens auf allen Seiten bedürfen. Gespräche wie dieses stimmen uns aber zuversichtlich, daß wir gemeinsam ans gemeinsame Ziel gelangen müssen - und werden. Etwas Besseres, Hoffnungsvolleres konnten wir von diesem Gespräch nicht erwarten. Grund genug, dafür dankbar zu sein.

von Weizsäcker

Wir haben in dieser Diskussion die Vielgestaltigkeit der türkischen Probleme und Verpflichtungen vorgeführt bekommen, insbesondere in bezug auf den Nahen und Mittleren Osten, und zugleich den türkischen Wunsch, Europa näherzukommen, eindringlich vernommen.

Ich will mich zum Abschluß nur mit einer Frage beschäftigen: Wie steht es um den europäischen Charakter der Türkei, und was können insbesondere wir Deutsche dazu beitragen, diese europäischen Komponenten zu stärken? Es ist unbestritten, daß unsere gegenwärtigen Beziehungen nicht frei von Spannungen sind. Viele Türken, die in Deutschland leben, fühlen sich immer wieder bedroht. Und auch die vom EVP-Kongreß in Brüssel zitierten Äußerungen haben die Türken verständlicherweise erregt, zumal es an einer befriedigenden Klarstellung durch die Bundesregierung gefehlt hat.

Auf der anderen Seite sind wir Deutsche über vieles besorgt, was wir in der Türkei wahrnehmen. Wir haben hier nicht ohne Grund so ausführlich über die Kurdenproblematik gesprochen, und auch Verletzungen rechtsstaatlicher Prinzipien lassen uns nicht gleichgültig. Die Schuld daran ist sicher nicht nur dem Militär zuzuschreiben, obwohl dessen Verhalten auch nicht dazu angetan ist, uns in bezug auf die türkische Demokratie sicherer zu machen.

Worauf es mir aber ankommt, ist, daß es uns Deutschen ernst ist mit der Feststellung, die zuletzt in Apeldoorn bekräftigt wurde: Die Türkei ist ein gleichberechtigter Kandidat für die volle Mitgliedschaft in der Europäischen Union und steht auf der gleichen Stufe wie die übrigen Beitrittsanwärter. Ich halte die Integration der Türkei für eine geschichtliche Aufgabe allerersten Ranges, die zu verwirklichen besonders wir Deutsche aufgerufen sind.

Und dem Votum des unbekanntenen europäischen Diplomaten, die EU könne nicht ein kemalistisches Land aufnehmen, möchte ich entgegenhalten, Herr Mortimer: Atatürk ist einer der wenigen in diesem Jahrhundert, die eine friedliche Vision für ihr Land entwickelt haben. Wir sollten alles tun, um die guten Ansätze dieser Vision zu unterstützen und nicht nur die sicher auch vorhandenen negativen Erfahrungen verurteilen.

Zweifellos hat der Westen ein ausgeprägtes sicherheitspolitisches Interesse an der Türkei. Aber die geschichtliche Aufgabe der Integration der Türkei in die Europäische Union geht über das Sicherheitsinteresse weit hinaus. Ich sehe dafür auch keine stichhaltigen religiösen, kulturellen oder zivilisatorischen Hemmnisse oder Einwände. Herr Lake hat sehr zu Recht auf die positiven Entwicklungen in der Türkei in den letzten Jahren hingewiesen. Das sind nüchterne Tatsachen, an die wir uns eher halten sollten als an die reichlich spekulativen und ungreifbaren Erwägungen und Befürchtungen.

Ich will es noch einmal betonen: Weil wir die Integration der Türkei als eine so überaus wichtige geschichtliche Aufgabe begreifen, war dies der eigentliche Grund, diesen Bergedorfer Gesprächskreis nach Istanbul einzuladen. Daran sollten wir trotz aller geschilderten Schwierigkeiten weiterarbeiten.